



Nebentätigkeiten der Universitäts- professoren

Evaluation der Regelungen und der Praxis

Impressum

| | |
|----------------------------------|--|
| Bestelladresse | © Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) |
| Adresse de commande | Monbijoustrasse 45, CH - 3003 Bern |
| Order address | http://www.efk.admin.ch/ |
| Bestellnummer | |
| Numéro de commande | 1.7308.329.00348.12 |
| Zusätzliche Informationen | Fachbereich 6 „Wirtschaftlichkeitsprüfung und Evaluation“ |
| Complément d'informations | eMail: ernst.kissel@efk.admin.ch / laurent.cremieux@efk.admin.ch |
| Further informations | Telefon: 031 323 10 74 031 323 11 12 |
| Originaltext | Deutsch |
| Texte original | Allemand |
| Testo originale | Tedesco |
| Original text | German |
| Zusammenfassung | Deutsch (« Das Wesentliche in Kürze ») |
| Résumé | Français (« L'essentiel en bref ») |
| Riassunto | Italiano (« L'essenziale in breve») |
| Abstract | English (« Key facts ») |
| Abdruck | Gestattet (mit Quellenvermerk) |
| Reproduction | Autorisée (merci de mentionner la source) |
| Reproduction | Authorised (please mention the source) |



Nebentätigkeiten der Universitätsprofessoren Evaluation der Regelungen und der Praxis

Das Wesentliche in Kürze

An fast allen Universitäten und Technischen Hochschulen der Schweiz besteht für die Professorinnen und Professoren die Möglichkeit, private Nebentätigkeiten in unterschiedlichem Masse während der Arbeitszeit auszuüben. In der Schweiz sind es theoretisch rund 2'500 Personen von universitären Hochschulen, die Nebentätigkeiten ausüben könnten. Wenn sie alle - bei einem angenommenen durchschnittlichen Bruttoeinkommen von je 200'000 Franken - im Durchschnitt 15% der Arbeitszeit für private Tätigkeiten verwenden würden, würde sich das in einer Grössenordnung von schätzungsweise rund 75 Mio. Franken jährlich bewegen.

Nebentätigkeiten sind nicht zu einem Hauptamt gehörende persönliche Leistungen von Professorinnen und Professoren, im eigenen Namen, auf eigene Rechnung und Risiko. Diese Tätigkeiten sollten in der Regel in einem gewissen Zusammenhang mit Lehre und Forschung stehen und müssen vereinbar sein mit der akademischen Tätigkeit. Typische Nebentätigkeiten sind beispielsweise Beratungsmandate, selbständige Gutachtertätigkeit und Verwaltungsratsmandate.

Gegenstand und Fragestellungen

Gegenstand der vorliegenden Analyse sind die Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren an den universitären Hochschulen der Schweiz. Es sollen folgende drei Fragen untersucht werden:

- Sind die Nebentätigkeiten an den Schweizer Hochschulen klar definiert und einheitlich geregelt?
- Werden diese Regelungen umgesetzt und kontrolliert?
- In welchem Umfang werden an den Hochschulen Nebentätigkeiten ausgeübt?

Nicht in die Analyse einbezogen ist die privatärztliche Tätigkeit der an den Universitätsspitalern tätigen ordentlichen Professorinnen und Professoren. Diese richtet sich in den Kantonen (Basel, Bern, Genf, Waadt, Zürich) nach den jeweiligen Bestimmungen der Spitalgesetzgebung.

Ein Dutzend unterschiedlicher gesetzlicher Regelungen

Jede Universität hat für die Nebentätigkeiten ihre eigenen Regelungen, aber diese sind zwischen den Universitäten nicht aufeinander abgestimmt. Die meisten dieser Regelungen sind relativ neu und daher auch aktuell. Ein wichtiger Grund für die Schaffung neuer Vorschriften war die für alle Universitäten verbindliche Einführung eines Kostenrechnungsmodells im Jahre 2002. Einige Universitäten haben ihre Organisation und ihre betrieblichen Abläufe überprüft, angepasst oder neu geregelt. Ein weiterer Grund liegt darin, dass einzelne Universitäten ihren eigenen Rechtsstatus erhalten haben und dadurch verschiedene Vorschriften ausser Kraft traten. Ein dritter Grund für Reglementanpassungen ist auf die Ergebnisse aus zwei Untersuchungsberichten über Unregelmässigkeiten an der Universität Genf (2007) und an der ETH Zürich (2005) zurückzuführen.

Ein Nachteil dieser unterschiedlichen Regelungen liegt darin, dass sie sich auf verschiedene Geltungsbereiche (Personen) beziehen. Einmal sind nur die vollamtlichen Professoren, einmal der ganze Lehrkörper mit unterschiedlichen Beschäftigungsgraden und dann wiederum das ganze



Personal einer Universität betroffen. Hinzu kommt, dass die Universitäten von diesen Personen unterschiedliche Angaben verlangen.

Zusatzverdienst als Hauptmotivation für Nebentätigkeiten

Fast alle Nebentätigkeiten könnten durch die Universitäten auch als Drittmittelaufträge behandelt werden. Typisches Beispiel dafür ist ein Beratungsauftrag. Die Hauptmotivation einer Professorin oder eines Professors, einen Auftrag als Privatperson durchzuführen, liegt oft im zu erwartenden Zusatzverdienst.

Pragmatische und teilweise „schlanke“ Umsetzung der Vorschriften

Der Bereich Nebentätigkeiten wird von den Universitäten weder als prioritär noch als risikoreich wahrgenommen. Aus Sicht der Verantwortlichen bzw. Zuständigen gibt es keine grösseren Probleme. Man will auch nicht wegen einzelnen „schwarzen Schafen“ auf die Allgemeinheit schliessen. Die Regelungen haben oft vor allem präventiven Charakter. Der Aufwand für die Umsetzung der Regelungen wird von den Universitäten im Allgemeinen als gering oder zumindest als vertretbar eingeschätzt (ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis). Eine konsequente Umsetzung der Bestimmungen besteht überall dort, wo Geld abgeliefert und entsprechend abgerechnet werden muss. Eine eher „schlanke“ Praxis (Deklarationen und Bewilligungen erfolgen zum Teil auf mündlicher, informeller Ebene) wird vor allem an kleineren Universitäten mit wenig Nebentätigkeit geübt.

Fehlende wirksame Kontrollinstrumente

Es gibt kaum Kontrollinstrumente um prüfen zu können, ob die Professorinnen und Professoren in den vorgesehenen Fällen die erforderliche Bewilligung einholen, ob den privaten Aktivitäten keine Interessen der Universität entgegenstehen, ob ein Bezug zur Lehr- und Forschungstätigkeit besteht oder ob die benutzte Infrastruktur vollständig deklariert wird. Schwierig für die Hochschulen ist es zu kontrollieren, ob die Einnahmen aus den privaten Nebentätigkeiten hinsichtlich Steuern und Sozialversicherungen korrekt abgerechnet werden. Da diese Daten zur Privatsphäre der Professorinnen und Professoren gehören, ist der Zugang beschränkt.

Im Kontrollbereich gibt es einerseits die universitätsinternen Kontrollen (Internes Kontrollsystem, internes Revisorat, Finanzinspektorat) und andererseits die externen Kontrollen, die normalerweise durch die kantonalen oder eidgenössischen Finanzaufsichtsorgane durchgeführt werden. Externe Kontrollen, die sich konkret auf den Bereich Nebentätigkeiten beziehen, erfolgen - abgesehen von wenigen Ausnahmen - selten.

Wenig Transparenz und geringe Auskunftsbereitschaft beim Umfang der Nebentätigkeiten

Betreffend Umfang der Nebentätigkeiten sind nur Schätzungen möglich, dank Hochschulen, die Daten geliefert haben. Eine genaue Bestimmung des Umfangs der Nebentätigkeiten ist zurzeit weder betreffend die Anzahl Personen noch für das durch Nebentätigkeiten generierte Einkommen möglich. Der Grund liegt darin, dass einzelne Universitäten selber nicht über die von der EFK gewünschten Daten verfügen oder weil einzelne Universitäten zwar Daten hätten, diese aber der EFK nicht oder nur in Form einer groben Schätzung bekannt gegeben haben. Nach diesen Schätzungen üben an grösseren Universitäten weniger als 30% der in Frage kommenden Personen eine Nebentätigkeit aus. Bei kleineren Universitäten (z.B. Luzern, Lugano) liegt die Quote praktisch bei Null.



Keine Sanktionen

In den meisten Reglementen für die Nebentätigkeiten sind keine Sanktionen enthalten. Man will es auch gar nicht so weit kommen lassen, dass Sanktionen angewendet werden müssen. Wenn Nebentätigkeiten ein grosses Ausmass annehmen, wird üblicherweise der Beschäftigungsgrad der betroffenen Professorinnen und Professoren reduziert. Gemäss den gemachten Angaben hatte die Mehrheit der Universitäten noch nie Anlass zu Sanktionen.

Unterschätzte Risiken

Die Universitäten schätzen die positiven Elemente der Nebentätigkeiten viel höher ein als die Risiken, aber sie können nicht aufzeigen, welche Wirkungen diese Nebentätigkeiten haben. Die EFK sieht trotzdem einige Risiken in diesem Bereich. Nebentätigkeiten können durch ihren Umfang, ihre Folgen und Nebenwirkungen zu Beeinträchtigungen im Hochschulbetrieb führen. Zu den Hauptrisiken zählen:

- Weniger Zeit für die Hauptaufgaben (Lehre und Forschung) kann zur Vernachlässigung der Dienstpflicht führen;
- Einsatz von Personal und Infrastruktur der Universität ohne entsprechende Abgeltung (beispielsweise Sekretariat, Doktorierende, Assistentinnen und Assistenten);
- Reputationsverlust der Hochschule und Interessenskonflikte;
- Probleme bei der Benutzung und Entschädigung von Immaterialgüterrechten der Universität.

Empfehlungen der EFK

Der Bund und die Schweizer universitären Hochschulen unterstützen grundsätzlich die Kontakte der Professorinnen und Professoren zu Institutionen und Unternehmen in Staat und Wirtschaft, weil sie der Bereicherung von Unterricht und Forschung dienen und zu verstärkten Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft beitragen können. Die EFK erkennt keinen Mehrwert, wenn diese Kontakte im Rahmen von Nebentätigkeiten anstatt von Drittmittelaufträgen stattfinden. Diese wertvollen Kontakte können durch institutionelle anstatt private Aufträge erfolgen.

Die EFK fördert kein einheitliches System, sieht aber ein Verbesserungspotential bei einer kohärenten Umsetzung der Regelungen. Die EFK erachtet es als wichtig, einen höheren Grad der Transparenz in diesem Bereich zu schaffen.

Die EFK schlägt sechs Empfehlungen vor:

1. Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten und dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung, Massnahmen zu initiieren, dass die Universitäten und Hochschulen Anreize schaffen, damit die Professorinnen und Professoren vorwiegend vermehrt Drittmittelaufträge anstelle von privaten Nebentätigkeiten aquirieren.
2. Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass Nebentätigkeiten, für die Universitätspersonal eingesetzt und/oder Infrastruktur benutzt wird, vorwiegend als Drittmittelaufträge behandelt werden.
3. Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass die Universitäten und Hochschulen von den betroffenen Mitarbeitenden jährlich eine



schriftliche Selbstdeklaration für alle Nebentätigkeiten verlangen. Wer in dieser Periode keine Nebentätigkeiten ausgeübt hat, muss dies ebenfalls unterschriftlich bestätigen.

4. Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, für alle Universitäten und Hochschulen einheitliche Kategorien von Nebentätigkeiten auszuarbeiten.
5. Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass die Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren an den Universitäten und Hochschulen sowohl für interne als auch für externe Instanzen kontrollierbar sind.
6. Die EFK empfiehlt dem ETH-Rat, die Umsetzung der Nebentätigkeitsregelungen der beiden Hochschulen Lausanne und Zürich zu vereinheitlichen.

Synthese der Stellungnahmen

Die CRUS, das SBF und der ETH-Rat haben zum Bericht und zu den Empfehlungen Stellung genommen.

Bei der ersten Empfehlung ist die CRUS der Auffassung, dass die Universitäten am besten selber beurteilen, ob und in welchen Bereichen zusätzliche Anreize erforderlich oder sinnvoll sind, um damit vermehrt Drittmittel anstelle von privaten Nebentätigkeiten zu akquirieren. Das SBF teilt diese Auffassung ebenfalls und hält dabei aber fest, dass diese Frage nicht in seinen Zuständigkeitsbereich fällt. Die EFK ist demgegenüber der Ansicht, dass die CRUS als Organ für die Koordination und Harmonisierung sich mit dem Thema befassen sollte, indem sie bewährte Verfahren und gute Beispiele in Form von Empfehlungen bekanntmacht. Auch das SBF könnte in diesem Bereich entsprechende Informationen oder Anleitungen geben, dies umso mehr, als es bereits heute über ein Anreizinstrument für vermehrte Drittmittelbeschaffung verfügt und damit die bestehenden Mechanismen verstärken könnte.

Bei der zweiten Empfehlung teilt die CRUS sinngemäss die Meinung der EFK, äussert sich aber weder über die Modalitäten noch über den Zeitpunkt einer Umsetzung. Die EFK erwartet jedoch, dass die CRUS konkrete Massnahmen initiiert.

Mit der dritten Empfehlung ist die CRUS im Prinzip einverstanden, hält aber eine Vollerhebung alle drei Jahre für ausreichend. Aufgrund der Erfahrungen von verschiedenen Schweizer Universitäten bleibt die EFK auf ihrem Standpunkt, dass die Universitäten und Hochschulen jährlich eine schriftliche Deklaration für alle Nebentätigkeiten verlangen sollten. Die Universitäten, die bereits ein solches Meldesystem haben, beurteilen den administrativen Aufwand als tragbar.

Die vierte Empfehlung wird von der CRUS übernommen.

Bei der fünften Empfehlung sieht die CRUS keinen Handlungsbedarf und hält das Rektorat einer Universität für die geeignete Instanz, um den Bereich der Nebentätigkeiten in ausreichendem Masse zu kontrollieren. Die EFK ist anderer Auffassung. Sie möchte nicht vermehrte Kontrollen, sondern lediglich, dass die Informationen transparenter werden und sowohl für interne als auch für externe Kontrollinstanzen zugänglich sind.

Die sechste Empfehlung ist an den ETH-Rat gerichtet. Dieser geht grundsätzlich mit der EFK einig, dass die Handhabung der Nebentätigkeiten bzw. die Anwendung der bestehenden Regelungen einer sorgfältigen Überprüfung durch geeignete Instrumente bedarf und in ein internes Kontrollsystem (IKS) zu integrieren ist. Der ETH-Rat ist auch daran interessiert, dass in diesem Bereich



grösstmögliche Transparenz herrscht. Er möchte jedoch im Moment keine Massnahmen treffen, mit der Begründung, dass die erlassenen Weisungen und Reglemente relativ neu sind und der Zeitpunkt für eine Umsetzung der Empfehlung der EFK deshalb zu früh ist. Die EFK findet die Begründung zu vage, wonach eine geeignetere Lösung gefunden werden müsste, falls sich erweisen sollte, dass die Konzeption der Weisungen nicht sinnvoll ist. Die EFK erwartet bis Ende 2010 eine Bilanz der Umsetzung dieser Weisungen und über die durch die beiden ETH gemachten Erfahrungen.

Die ausführlichen Stellungnahmen befinden sich im Anhang 5.

Originaltext in Deutsch





Activités accessoires des professeurs d'université

Evaluation des dispositions légales et des pratiques

L'essentiel en bref

Dans la plupart des universités suisses, ainsi que dans les écoles polytechniques fédérales, les professeurs ont la possibilité d'exercer durant leur temps de travail des activités accessoires à titre privé. En Suisse, 2'500 personnes travaillant dans les universités sont susceptibles d'avoir des activités accessoires. Si toutes ces personnes consacraient en moyenne 15% de leur temps de travail à de telles activités privées, cela représenterait un montant de quelque 75 millions de francs par an sur la base d'une rémunération moyenne annuelle brute de 200'000 francs.

Les activités accessoires correspondent à des prestations personnelles de professeurs qui ne s'inscrivent pas dans le cadre de leur activité de base ; ils exercent ces activités en leur nom propre, pour leur propre compte et à leur propres risques. En règle générale, ces activités doivent avoir un lien avec le domaine d'enseignement et de recherche et être compatibles avec les activités académiques. A titre d'illustration, des mandats de conseil, des expertises indépendantes ou siéger au sein de conseils d'administration sont typiquement des activités pratiquées à titre privées.

Objet et questions de l'évaluation

Dans le cadre de cette analyse portant sur les activités accessoires des professeurs des hautes écoles universitaires suisses, trois questions ont été examinées :

- les activités accessoires sont-elles clairement définies et sont-elles réglées de manière uniforme ?
- les dispositions légales sont-elles appliquées et leur exécution est-elle contrôlée ?
- quelle est l'importance des activités accessoires qui sont exercées ?

Les activités médicales effectuées à titre privé par des professeurs de médecine n'ont pas été examinées. En effet, ces activités sont réglées par des dispositions spécifiques pour les établissements hospitaliers de chaque canton concerné (Bâle, Berne, Genève, Vaud et Zurich).

Une douzaine de réglementations différentes

Chaque université a sa propre réglementation des activités accessoires, mais ces dispositions ne sont pas harmonisées entre elles. La plupart des réglementations sont relativement récentes et tiennent compte des développements actuels. Une raison importante de l'instauration de nouvelles dispositions a été l'introduction dans les institutions universitaires du modèle de comptabilité analytique en 2002. Par ailleurs, quelques universités ont réexaminé leur organisation et ont adapté ou nouvellement réglementé leurs processus de gestion. Une autre raison est à rechercher dans le fait que certaines universités ont obtenu un statut juridique propre entraînant un besoin d'actualisation des règlements. Enfin, les résultats de deux rapports sur des irrégularités constatées à l'Université de Genève (2007) et à l'École polytechnique fédérale de Zurich (2005) constituent un troisième motif d'adaptation des prescriptions.



Un inconvénient de ces réglementations spécifiques tient au fait qu'elles ont un champ d'application différent, en particulier au niveau du type de personnel qu'elles visent. Dans quelques cas, elles ne concernent que les professeurs à plein temps ; dans d'autres cas, elles s'adressent à l'ensemble du corps enseignant indépendamment du taux d'engagement ; parfois elles s'appliquent à l'ensemble du personnel d'une université. De plus, les personnes concernées doivent fournir des informations très différentes d'une université à l'autre à propos des activités accessoires exercées.

Le gain supplémentaire comme motivation principale pour exercer des activités accessoires

Le Contrôle fédéral des finances a constaté que presque toutes les activités accessoires pourraient être gérées par les universités comme des activités institutionnelles sous la forme de mandats de tiers. Un mandat de conseil constitue un exemple typique d'une activité qui peut indifféremment être déclarée soit comme activité privée, soit comme activité institutionnelle. La raison principale pour laquelle un professeur accepte un mandat à titre privé est souvent lié au gain supplémentaire attendu.

Application pragmatique mais quelquefois sommaire des dispositions légales

Les universités ne considèrent pas le domaine des activités accessoires comme prioritaire et porteur de risques. Du point de vue des responsables ou des personnes compétentes, il n'y a pas de problèmes majeurs. De plus, les universités ne veulent pas tirer des généralités du fait des agissements de quelques cas particuliers et isolés. Très souvent, les réglementations ont un caractère préventif. La charge induite par la mise en œuvre des prescriptions est généralement jugée faible par les universités, donc supportable (rapport coût/utilité équilibré). Une application plus cohérente des dispositions légales peut être constatée lorsque les revenus provenant des activités accessoires doivent être déclarés voire en partie rétrocédés. Une application plus sommaire se développe avant tout dans les petites universités où la pratique des activités accessoires est moins développée (déclarations et autorisations effectuées sur une base informelle, souvent communiquées oralement).

Manque d'instruments de contrôle efficaces

En pratique, il n'existe guère d'instruments de contrôle effectifs permettant de vérifier si les professeurs requièrent les autorisations nécessaires, si les activités réalisées à titre privé ne portent pas atteinte aux intérêts de l'université, s'il existe un lien avec les activités d'enseignement et de recherche et si l'utilisation de l'infrastructure dans le cas d'activités privées est vraiment déclarée. Les hautes écoles universitaires peinent à contrôler si les revenus générés par les activités accessoires sont correctement déclarés au niveau fiscal et des assurances sociales. L'accès à ces données est limité, étant donné qu'elles relèvent de la sphère privée des professeurs.

Dans le domaine du contrôle, on trouve d'une part les contrôles internes aux universités (système de contrôle interne, services internes de révision et d'audit) et, d'autre part, les contrôles externes, effectués généralement les organes cantonaux ou fédéraux de surveillance financière. Hormis quelques cas, les contrôles externes traitant spécifiquement des activités accessoires sont rares.



Peu de transparence et volonté limitée de fournir des informations sur le volume des activités accessoires exercées

Concernant le volume des activités accessoires, des estimations sont uniquement possibles sur la base des seules données que certaines universités ont accepté de fournir. Il est actuellement impossible de déterminer avec précision le volume des activités accessoires, tant du point de vue du nombre des personnes concernées que de celui des revenus générés. D'une part quelques universités ne disposent pas de données sur les activités accessoires exercées, et, d'autre part, certaines universités ayant pourtant des données n'ont pas souhaité les communiquer au Contrôle fédéral des finances, ou alors seulement sous la forme d'estimations grossières. Sur la base des informations obtenues, le Contrôle fédéral des finances estime que, dans les grandes universités, moins de 30% des personnes concernées exercent une activité accessoire. Dans les universités de taille modeste, comme par exemple Lucerne et Lugano, la proportion est pratiquement nulle.

Absence de sanctions

La plupart des règlements régissant les activités accessoires ne prévoient pas de sanction. Le plus souvent, une solution est trouvée avant que des sanctions ne soient appliquées. Lorsque les activités accessoires représentent un volume significatif, le taux d'occupation des professeurs concernés est généralement revu à la baisse. Selon les informations obtenues, les universités n'ont, dans leur grande majorité, jamais eu besoin de recourir à des sanctions.

Sous-estimation des risques

Les universités valorisent davantage les aspects positifs des activités accessoires qu'elles n'en mesurent les risques, sans toutefois être en mesure de montrer les effets de ces activités. Le Contrôle fédéral des finances voit malgré tout des risques dans ce domaine. Par leur ampleur, leurs conséquences ou leurs effets collatéraux, les activités accessoires peuvent porter préjudice aux universités. Parmi les principaux risques, il faut citer :

- le fait de consacrer moins de temps aux tâches principales (enseignement et recherche) peut entraîner des négligences au niveau des obligations de service ;
- l'engagement de personnel et l'utilisation d'infrastructures de l'université pour des activités privées sans indemnisation conséquente (par exemple secrétariat, doctorants, assistants, etc.) ;
- une perte de réputation de l'université et des conflits d'intérêts ;
- des problèmes lors de l'utilisation et de l'indemnisation liées aux droits de la propriété intellectuelle.

Recommandations du Contrôle fédéral des finances

La Confédération et les hautes écoles universitaires suisses encouragent les contacts que les professeurs peuvent établir avec des entreprises privées ou des institutions publiques, car ils enrichissent l'enseignement et la recherche et peuvent renforcer la coopération entre les universités et les milieux économiques. Le Contrôle fédéral des finances ne voit pas de plus-value lorsque ces contacts ont lieu dans le cadre d'activités accessoires et non dans le cadre de mandats de tiers. Ces contacts enrichissants peuvent parfaitement être assurés par des mandats institutionnels et non privés.



Le Contrôle fédéral des finances n'exige pas un système uniforme, mais voit un potentiel d'amélioration dans une application cohérente des réglementations existantes. Il estime en outre important d'instaurer davantage de transparence dans ce domaine.

Le Contrôle fédéral des finances propose six recommandations :

1. Le CDF recommande à la Conférence des Recteurs des Universités Suisses et au Secrétariat d'Etat à l'éducation et à la recherche de prendre des mesures afin que les universités et les écoles polytechniques créent des incitations pour que les professeurs acquièrent en priorité des mandats de tiers plutôt que des activités accessoires privées.
2. Le CDF recommande à la Conférence des Recteurs des Universités Suisses de prendre des mesures pour que les activités accessoires requérant l'engagement de personnel universitaire ou l'utilisation de l'infrastructure soient en priorité traitées et exercées comme mandats de tiers.
3. Le CDF recommande à la Conférence des Recteurs des Universités Suisses de prendre des mesures pour que les universités et les écoles polytechniques obtiennent chaque année de la part des collaborateurs concernés une déclaration spontanée écrite de toutes leurs activités accessoires. Si une personne n'a pas d'activité accessoire durant cette période, elle devra également le confirmer par une déclaration signée.
4. Le CDF recommande à la Conférence des Recteurs des Universités Suisses de définir des catégories uniformes d'activités accessoires pour toutes les universités et écoles polytechniques.
5. Le CDF recommande à la Conférence des Recteurs des Universités Suisses de prendre des mesures pour que les activités accessoires des professeurs des universités et des écoles polytechniques puissent être contrôlables, aussi bien par des organes internes qu'externes.
6. Le CDF recommande au Conseil des Ecoles polytechniques fédérales d'uniformiser l'application des réglementations régissant les activités accessoires dans les écoles polytechniques de Lausanne et de Zurich.

Synthèse des prises de position

La CRUS, le SER et le Conseil des EPF ont pris position sur le rapport et les recommandations.

Concernant la première recommandation, la CRUS estime que les universités sont les mieux à même de juger le besoin de créer des incitations pour encourager le recours aux prestations de tiers plutôt qu'à des activités accessoires privées. Le SER partage le point de vue de la CRUS et estime que cette question n'est pas de sa compétence. Le CDF est cependant d'avis que la CRUS, en tant qu'organe de coordination et d'harmonisation, devrait aborder ce thème en montrant les bonnes pratiques et les exemples à suivre sous forme de recommandations. Quant au SER, il pourrait également donner des orientations attendues ou souhaitées dans ce domaine, d'autant plus qu'il dispose d'un instrument d'incitation pour encourager les prestations de tiers et pourrait renforcer les mécanismes actuels.

La CRUS partage l'esprit de la deuxième recommandation, mais ne s'exprime pas sur les modalités d'application, ni sur un besoin d'action. Le CDF attend que la CRUS initie des mesures concrètes.



A propos de la troisième recommandation, la CRUS est d'accord avec le principe, mais juge suffisant de procéder à une déclaration des activités accessoires tous les trois ans. Sur la base des expériences faites par plusieurs universités suisses, le CDF maintient sa position en demandant une déclaration annuelle. La charge administrative des universités qui connaissent un tel système est jugée supportable.

La CRUS accueille favorablement la quatrième recommandation.

Pour la cinquième recommandation, la CRUS est d'avis qu'il n'y a pas de besoin d'action et que le rectorat d'une université est l'instance adéquate pour exercer un contrôle. Le CDF ne partage pas cette position et estime qu'il existe un réel besoin d'accroître la transparence dans ce domaine. Le CDF ne demande pas davantage de contrôles, mais simplement que les informations soient accessibles aussi bien pour des instances de contrôle internes qu'externes.

La sixième recommandation concerne le Conseil des EPF. Celui-ci indique qu'il partage le point de vue du CDF à savoir que la mise en œuvre des directives doit être soigneusement coordonnée avec des instruments et un système de contrôle interne appropriés. Le Conseil des EPF partage également le principe de la transparence. Il ne souhaite cependant pas prendre de mesures pour l'instant en argumentant que les règlements sur les activités accessoires sont récents. Il estime qu'il est trop tôt pour prendre des mesures visant à uniformiser leur application et les pratiques des deux Ecoles polytechniques. Le CDF est d'avis qu'il est trop vague de dire que des mesures seront éventuellement prises, le cas échéant, si le besoin s'en fait ressentir. Le CDF attend d'ici fin 2010 un bilan de la mise en œuvre de ces directives et des expériences faites par les deux Ecoles polytechniques.

Les prises de position détaillées figurent à l'annexe 5.

Texte original en allemand





Attività accessorie dei professori universitari Valutazione delle regole e della prassi

L'essenziale in breve

In quasi tutte le università e scuole universitarie svizzere i professori possono svolgere attività accessorie private durante il loro tempo di lavoro. In Svizzera sono circa 2'500 le persone di scuole universitarie che potrebbero in teoria svolgere attività accessorie. Se tutte queste persone, con un reddito medio lordo stimato di 200'000 franchi a testa, dedicassero mediamente il 15% del loro tempo di lavoro per attività private, l'importo ammonterebbe approssimativamente a 75 milioni di franchi annualmente.

Le attività accessorie corrispondono a prestazioni personali che non rientrano nell'attività principale dei professori. Esercitano queste attività in nome proprio, per conto proprio ed a proprio rischio. Di regola queste attività dovrebbero essere collegate con l'insegnamento e la ricerca e dovrebbero essere conciliabili con l'attività accademica. Tipiche attività accessorie sono, ad esempio, i mandati di consulenza, le attività indipendenti di perito e i mandati in consigli d'amministrazione.

Oggetto e problematica

Oggetto della presente analisi sono le attività accessorie dei professori delle università e scuole universitarie svizzere. Sono state analizzate le tre questioni seguenti:

- Le attività accessorie sono chiaramente definite e regolate in modo unitario?
- Queste regole sono applicate e controllate?
- In quale misura sono svolte attività secondarie nelle scuole universitarie?

Non costituiscono oggetto della presente analisi le attività mediche private dei professori ordinari presso gli ospedali universitari. Infatti, disposizioni specifiche per gli stabilimenti ospedalieri dei cantoni di Basilea, Berna, Ginevra, Vaud e Zurigo regolano queste attività.

Una dozzina di regolamentazioni differenti

Ogni università possiede proprie regolamentazioni delle attività accessorie, che non sono però armonizzate con quelle degli altri istituti. La maggior parte di queste regole è relativamente recente e quindi anche attuale. Una ragione importante per la creazione di nuove regole è stata l'introduzione nel 2002 di un modello di contabilità analitica per tutte le università. Alcune università hanno verificato, adeguato o disciplinato la loro organizzazione e i loro processi aziendali. Un'altra ragione è da ricondurre al fatto che alcune università hanno ottenuto un statuto giuridico proprio per cui diverse disposizioni sono state abrogate. La terza ragione delle modifiche regolamentari è dovuta ai risultati di due rapporti d'inchiesta sulle irregolarità presso l'Università di Ginevra (2007) e il Politecnico federale di Zurigo (2005).

Queste regolamentazioni hanno lo svantaggio di riferirsi a diversi campi di applicazione (persone). Talora si applicano ai professori a tempo pieno, talora a tutto il corpo insegnante con differenti tassi di occupazione oppure a tutto il personale dell'università. Poi occorre spesso che le università esigono dalle persone interessate informazioni molto differenti.



Guadagno supplementare come motivazione principale delle attività accessorie

Il Controllo federale delle finanze (CDF) ha constatato che quasi tutte le attività accessorie potrebbero essere trattate come prestazioni a terzi. Ne è un tipico esempio il mandato di consulenza. La motivazione principale che induce un professore a svolgere un mandato come privato è spesso l'atteso guadagno supplementare.

Applicazione pragmatica e talora sommaria delle disposizioni

Le università non considerano il settore delle attività accessorie come prioritario e rischioso. Secondo i responsabili non esistono problemi maggiori e non si vuole colpire tutto il settore a causa di alcune "pecore nere". Spesso le regole hanno soprattutto carattere preventivo. Il carico di lavoro per l'applicazione delle regole è ritenuto generalmente modesto o sostenibile dalle università (rapporto costi/benefici equilibrato). Una coerente attuazione delle disposizioni è operata laddove redditi risultando delle attività accessorie devono essere dichiarati o talora anche retrocessi. Una prassi sommaria (dichiarazioni e autorizzazioni avvengono a livello orale e informale) è applicata soprattutto nelle università più piccole con poche attività accessorie.

Mancanza di efficaci strumenti di controllo

Non esistono strumenti di controllo che permettono di verificare se nei casi previsti i professori richiedono la necessaria autorizzazione, se le attività private sono compatibili con gli interessi dell'università, se esiste un legame con l'attività d'insegnamento e di ricerca oppure se l'utilizzazione dell'infrastruttura è stata interamente annunciata. Per le scuole universitarie è difficile controllare se le entrate provenienti da attività accessorie private siano correttamente dichiarate ai fini fiscali e delle assicurazioni sociali. Visto che tali dati rientrano nella sfera privata dei professori, l'accesso ne è limitato.

Nel campo di controllo esistono, da una parte, i controlli interni all'università (sistema di controllo interno, revisorato interno e ispettorato delle finanze) e, dall'altra parte, i controlli esterni, che sono normalmente effettuati dagli organi di vigilanza cantonali e federali. Controlli esterni che si riferiscono concretamente al settore delle attività accessorie sono effettuati – a parte alcune eccezioni – raramente.

Poca trasparenza e scarsa disponibilità a fornire informazioni sull'entità delle attività accessorie

Sull'entità delle attività accessorie è possibile fare stime solo grazie alle scuole universitarie che hanno trasmesso i loro dati. Attualmente è impossibile determinare con esattezza l'entità delle attività accessorie sia in ordine al numero delle persone che al reddito generato. Le ragioni risiedono nel fatto che alcune università non dispongono dei dati richiesti dal CDF e che alcune università, pur possedendo dei dati, non li forniscono al CDF, o lo fanno in forma di stime generiche. Secondo queste stime, nelle grandi università meno del 30% delle persone interessate svolge un'attività accessoria. Nelle università più piccole (ad es. Lucerna e Lugano) la percentuale si riduce praticamente a zero.

Nessuna sanzione

La maggior parte dei regolamenti delle attività secondarie non prevede sanzioni e non si vuole neppure giungere al punto di doverle applicare. Se le attività accessorie raggiungono un'ampia



dimensione, di solito si riduce il grado di occupazione dei professori interessati. Secondo le indicazioni fornite, la maggior parte delle università non ha mai dovuto pronunciare sanzioni.

Sottovalutazione dei rischi

Le università ritengono che le attività accessorie presentino più elementi positivi che rischi, ma non possono dimostrare gli effetti concreti di tali attività accessorie. Il CDF è invece dell'avviso che in questo settore si presentino alcuni rischi. A seconda della loro entità, delle loro ripercussioni e degli effetti collaterali, le attività accessorie possono arrecare danno all' funzionamento delle scuole universitarie. Tra i rischi principali si annoverano:

- la scarsità di tempo per lo svolgimento dei compiti principali (insegnamento e ricerca) può portare a trascurare gli obblighi di servizio;
- l'impiego di personale e dell'infrastruttura dell'università senza il relativo indennizzo (ad es. segreteria, dottorandi e assistenti);
- la perdita di reputazione della scuola universitaria e i conflitti d'interesse;
- i problemi nell'utilizzo e nell'indennizzo di diritti di proprietà intellettuale dell'università.

Raccomandazioni del Controllo federale delle finanze

La Confederazione e le scuole universitarie federali sostengono in generale i contatti dei professori con istituzioni e imprese statali e private perché essi possono servire ad arricchire l'insegnamento e la ricerca ed a rafforzare la cooperazione tra le scuole universitarie e l'economia. Il CDF non constata alcun valore aggiunto nel fatto che tali contatti avvengano nell'ambito di attività secondarie invece di prestazioni a terzi. Questi preziosi contatti possono avvenire tramite mandati istituzionali invece che privati.

Il CDF non promuove l'introduzione di un sistema unitario, ma intravede un potenziale di miglioramento in caso di applicazione coerente delle regole. Il CDF è dell'avviso che sia importante aumentare la trasparenza in questo settore.

Il CDF propone le seguenti sei raccomandazioni:

1. Il CDF raccomanda alla Conferenza dei rettori delle università svizzere e alla Segreteria di Stato per l'educazione e la ricerca di adottare misure che incentivino le università e le scuole universitarie affinché i professori acquisiscano prevalentemente mandati finanziati con mezzi di terzi invece di attività accessorie private.
2. Il CDF raccomanda alla Conferenza dei rettori delle università svizzere di avviare misure affinché le attività accessorie per le quali è impiegato personale universitario e/o utilizzata l'infrastruttura dell'università, siano trattate in modo preponderante come mandati finanziati con mezzi di terzi.
3. Il CDF raccomanda alla Conferenza dei rettori delle università svizzere di avviare misure affinché le università e le scuole universitarie esigano annualmente dai collaboratori interessati una autodichiarazione scritta di tutte le attività secondarie svolte. Anche chi nel periodo in questione non ha svolto attività accessorie lo deve attestare con la propria firma.
4. Il CDF raccomanda alla Conferenza dei rettori delle università svizzere di elaborare categorie uniformi di attività secondarie per tutte le università e scuole universitarie.



5. Il CDF raccomanda alla Conferenza dei rettori delle università svizzere di avviare misure affinché le attività accessorie dei professori delle università e scuole universitarie siano controllabili sia per le istanze interne che per quelle esterne.
6. Il CDF raccomanda al Consiglio dei Politecnici federali di uniformare l'applicazione delle regole sulle attività accessorie dei due Politecnici federali di Losanna e Zurigo.

Sintesi delle prese di posizione

La CRUS, la SER ed il Consiglio dei politecnici federali hanno preso posizione sul rapporto e sulle raccomandazioni.

Relativo alla prima raccomandazione, la CRUS stima che le università possano giudicare meglio il bisogno di creare dei incentivi per stimolare il ricorso a prestazioni a terzi piuttosto che attività secondarie private. La SER divide il punto di vista della CRUS e stima che questo campo non sia della sua competenza. Il CDF è però dell'opinione che la CRUS, come organo di coordinazione e di armonizzazione, dovrebbe affrontare l'argomento e mostrare le buone pratiche e gli esempi da seguire sotto forma di raccomandazioni. La SER potrebbe anche dare orientazioni in questo dominio, tanto più che disponga di uno strumento d'incentivo per stimolare le prestazioni a terzi e che possa rafforzare i meccanismi attuali.

La CRUS divide la stessa posizione spiegata nella seconda raccomandazione, però non si esprime sulle modalità di applicazione, né sui bisogni di azione. Il CDF aspetta che la CRUS proponga misure concrete.

Relativo alla terza raccomandazione, la CRUS va d'accordo con l'idea guida, però giudica sufficiente una dichiarazione delle attività secondarie tutti gli tre anni. Sulla base delle esperienze fatte da parecchie università svizzere, il CDF conserva la sua posizione chiedendo una dichiarazione annuale. La carica amministrativa delle università che conoscano un tale sistema è giudicata sopportabile.

La CRUS riceve favorevolmente la quarta raccomandazione.

Per la quinta raccomandazione, la CRUS è dell'opinione che non esista un bisogno di azione e che il rettorato di una università è l'organo adeguato per esercitare un controllo. Il CDF non divide la stessa posizione e stima che esista un vero bisogno di migliorare la trasparenza di questo dominio. Il CDF non richiede più controlli però solamente che le informazioni siano accessibili da autorità di controllo interni ed esterni.

La sesta raccomandazione riguarda il Consiglio dei PF. Indica che divida lo stesso punto di vista del CDF, cioè che l'esecuzione delle direttive deva essere coordinata accuratamente con strumenti e sistemi di controllo interni appropriati. Il Consiglio dei PF accetta anche il principio della trasparenza. Però per il momento, non desidera prendere dei provvedimenti argomentando che i regolamenti sulle attività secondarie siano recenti. Stima che sia ancora troppo presto per prendere misure a fine di standardizzare le loro applicazioni e le pratiche dei due politecnici federali. Il CDF è dell'opinione che sia troppo impreciso di dire che le misure saranno eventualmente prese se c'è bisogno. Il CDF aspetta per fine 2010 un bilancio dell'applicazione di queste direttive e delle esperienze fatte nei due politecnici federali.

Le prese di posizione dettagliate si trovano all'allegato 5.

Testo originale in tedesco



Secondary occupation of University Professors Evaluation of Policy and Practice

Key facts

At practically all universities and Federal Institutes of Technology throughout Switzerland, professors have to a greater or lesser extent the possibility of pursuing secondary occupation on a private basis during working hours. Theoretically, around 2,500 persons from universities and Federal Institutes of Technology in Switzerland could undertake such part-time work, and if all of them were to apply on average 15% of their working time to such activities then, assuming an average gross income of CHF 200,000 per person, some seventy-five million Swiss Francs would be turned over.

Secondary occupation includes any personal services performed by professors in their own name, on their own account and at their own risk. In general, these activities should be somewhat related to study and research and must not conflict with their academic position. Typical secondary occupations are consulting, freelance specialist assessment, and appointments to boards of directors.

Subject matter and questions arising therefrom

The subject matter of the analysis to hand is the secondary occupation of professors at the universities in Switzerland. The three following issues will be examined:

- Is secondary occupation in the Swiss universities clearly defined and uniformly regulated?
- Are the regulations implemented and supervised?
- To what degree are secondary occupations pursued at Swiss universities?

Not included in the analysis are private medical practices of full professors of university hospitals, which, in the Cantons (Basle, Berne, Geneva, Vaud and Zurich), are regulated by cantonal hospital legislation.

A dozen different statutory regulations

Each university has its own regulations governing secondary occupation, but these regulations are not coordinated between universities. Most regulations are relatively new and therefore up-to-date, an important reason for this being the introduction in 2002 of a cost accounting system binding on all universities, following which some of them reconsidered, adjusted or revised their organisation and their operational procedures. A further reason is that some universities now have their own particular legal status so that certain regulations have lost their validity. A third cause of modifications of regulations is the results of two investigations into irregularities at the University of Geneva in 2007 and the Swiss Federal Institute of Technology Zurich in 2005.

One disadvantage of these differing regulations lies in the fact that they apply to different areas (persons). Sometimes only full professors are affected, another time it is the entire teaching staff – whether full or part-time, and then again it can be all personnel of the particular university. Not only that, but no two universities require the same particulars from the persons involved.

Additional income as main motive for secondary occupation

Practically all secondary occupation could be treated by the universities as third-party contracts, a typical example of this being consulting assignments. The prime motive of most professors for carrying out assignments as a private person is often to be found in the additional earnings.



Pragmatic and sometimes "lean" implementation of the regulations

Secondary occupation is considered by the universities to be neither of priority nor as involving any particular risk. Those responsible see no particular problem and do not wish to generalise because of a few "black sheep". The regulations are often essentially preventive in nature. The cost of their application is generally considered by the universities to be low or at least justifiable (balanced cost-benefit ratio). A consistent implementation can generally be found where money changes hands and accordingly accounts are to be kept. A "lean" practice (declaration and approval partly given orally and informally) is found primarily at smaller universities with little secondary occupation.

Lack of effective means of supervision

There are hardly any means of checking whether or not professors obtain necessary approvals, that their private activities do not conflict with the interests of their university, that there is a relationship to research and development, and that the use of existing infrastructures is properly declared. Because such data belong to the private sphere of the professors, access is limited, making it difficult for the universities to make sure that monies resulting from secondary occupation are correctly declared with regard to tax and social insurance.

Responsible for monitoring is on the one hand the university internal auditing (internal control systems, auditing and financial inspection), and on the other external audits usually carried out by the cantonal or federal financial supervisory organs. But for few exceptions, external auditing paying specific attention to secondary occupation happens almost never.

Lack of transparency and unwillingness to divulge details of secondary occupation

Thanks to information supplied by some of the universities estimates – but only estimates – have been possible: No exact determination of the extent of secondary occupation, the number of persons involved nor of the income generated can currently be made. The reason is that either the universities themselves do not have the required data or, even where they do, they have either not delivered them to the Swiss Federal Audit Office (SFAO) at all, or have done so only in the form of rough approximations. According to the estimates available, less than 30% of the staff in question at the larger universities pursue a secondary occupation, and at the smaller (e.g. Lucerne, Lugano) the share is practically zero.

Lack of sanctions

Most regulations concerning secondary occupation do not provide for sanctions., and no one wants this to become necessary either, so commonly, when a secondary occupation reaches significant dimensions, the employment factor of the professor concerned is reduced. According to information supplied, the majority of the universities have never had cause for the application of sanctions.

Underestimated risks

The universities consider the positive effects of secondary occupation to outweigh the risks by far, although they cannot show what these effects are. Nevertheless, the SFAO considers there to be certain risks in this context. Depending on its extent, its consequences and side effects, secondary occupation can cause impairments to the operation of the university. The primary risks include:



- Less time for principal duties (research and development) can lead to neglect of official duty;
- Use of personnel and infrastructure of the university without corresponding payment (e.g. secretariat, postgraduates, assistants);
- Damage to the reputation of the university and conflict of interest;
- Problems of compensation for the use of university intellectual property rights.

Recommendations of the SFAO

In principle, the Confederation and the Swiss universities and Federal Institutes of Technology support professorial contact with organisations and businesses in the state and economy, because this serves the enrichment of education and research and can contribute to increased cooperation between universities and commerce. The SFAO identifies no added value when such contacts take place in the context of secondary occupation instead of third-party contracts. These valuable contacts can just as well be effected through institutional instead of private assignments.

The SFAO does not necessarily encourage a unified system but does see room for improvement, were the regulations to be applied coherently. The SFAO considers it to be of importance to achieve a higher degree of transparency in this area.

The SFAO makes six recommendations:

1. The SFAO recommends that the Rectors' Conference of the Swiss Universities and the State Secretariat for Education and Research take measures to cause the universities to create incentives for the professors to increasingly seek third-party assignments instead of private secondary occupations.
2. The SFAO recommends that the Rectors' Conference of the Swiss Universities take measures to ensure that secondary occupations for which university personnel or university infrastructure are employed, be principally treated as third-party contracts.
3. The SFAO recommends that the Rectors' Conference of the Swiss Universities take measures to ensure that the universities require an annual written self-declaration for all secondary occupation from the employees concerned. Those who have not engaged in secondary occupation during the relevant period are to confirm such in writing as well.
4. The SFAO recommends that the Rectors' Conference of the Swiss Universities draw up uniform definitions of secondary occupation categories binding on all universities.
5. The SFAO recommends that the Rectors' Conference of the Swiss Universities take measures to ensure that secondary occupation pursued by professors at the universities are revisable by both internal and external authorities.
6. The SFAO recommends that the ETH Board harmonise the implementation of regulations on secondary occupation at the EPF Lausanne and the Federal Institute of Technology Zurich.

Summary of statements

CRUS, SER and ETH Board have submitted their statements in reply to the report and the recommendations.



As regards the first recommendation, CRUS believes that the universities are best able to judge the necessity of creating incentives to encourage seeking third-party assignments rather than private secondary activities. The SER shares this opinion and in addition states that the issue is not in its range of competence. The SFAO on the other hand believes that CRUS, in its capacity as coordination and harmonisation body, ought to go about the subject by issuing recommendations pointing out exemplary practices. The SER could show up the direction desired in this field as well – all the more since it disposes of an incentive system for encouraging third-party assignments and could reinforce the current mechanisms.

In principle, CRUS agrees with the spirit of the second recommendation but does not comment on the application modalities or a possible need for action. The SFAO expects CRUS to initiate tangible measures.

As to the third recommendation, CRUS agrees in principle, though it considers it sufficient to submit a declaration of complementary activities every three years. Based on the experiences of several Swiss universities, the SFAO adheres to its position of requiring an annual declaration. The administrative burden for the universities in command of such a system is considered reasonable.

CRUS receives the fourth recommendation favourably.

As for the fifth recommendation, CRUS finds there is no need for action and that a university's rectorate is the adequate authority to exercise control. The SFAO does not share this point of view and believes that there is a real need for increasing transparency in this domain. The SFAO does not demand additional control, but simply that the information also be accessible for both internal and external supervisory bodies.

The sixth recommendation is directed at the ETH Board which points out that it shares the SFAO's point of view, that is to say that the implementation of the guidelines be carefully coordinated with an appropriate internal control system. Also, the ETH Board agrees with the principle of transparency. Nevertheless, it does not wish to take action for the time being, arguing that the guidelines on secondary activities are recent. It believes that it is too early for taking measures to standardize their application and the practices of the EPF Lausanne and the Federal Institute of Technology Zurich. But the SFAO considers it too vague to say that the measures will eventually be taken as the necessity arises. By 2010, the SFAO expects a progress report on the implementation of the guidelines and the experiences made by the EPF Lausanne and the Federal Institute of Technology Zurich.

Please see annexe 5 for the detailed statements.

Original text in German



Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|---|-----------|
| 1. | Einleitung | 1 |
| 1.1. | Warum dieses Thema? | 1 |
| 1.2. | Fragen und Zielsetzung | 3 |
| 1.3. | Definition von Nebentätigkeiten | 4 |
| 1.4. | Die wichtigsten Akteure | 6 |
| 1.5. | Vorgehen | 7 |
| 2. | Hochschulfinanzierung | 9 |
| 2.1. | Finanzquellen der universitären Hochschulen | 9 |
| 2.2. | Zunehmender Kosten- und Leistungsdruck | 10 |
| 2.3. | Kostenrechnungsmodell | 11 |
| 2.4. | Elemente einer Universitätsrechnung | 11 |
| 2.5. | Nebentätigkeiten erscheinen nicht in der Universitätsrechnung | 12 |
| 3. | Vielfalt der Regelungen für Nebentätigkeiten | 13 |
| 3.1. | Zusatzverdienst als Hauptmotivation für Nebentätigkeiten | 13 |
| 3.2. | Bis zu einem Tag pro Woche für Privates | 13 |
| 3.3. | Zahlreiche Neuregelungen | 14 |
| 3.4. | Keine klare Unterscheidung der Typen von Nebentätigkeiten schweizweit | 15 |
| 3.5. | Unterschiedlicher Geltungsbereich der Vorschriften | 17 |
| 3.6. | Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten | 18 |
| 3.7. | Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten | 19 |
| 3.8. | Unterschiedliche Deklarationsformulare | 20 |
| 3.9. | Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten | 21 |
| 4. | Umfang der Nebentätigkeiten: nur Schätzungen möglich | 23 |
| 4.1. | Wenig Transparenz und begrenzte Auskunftsbereitschaft | 23 |
| 4.2. | Meistbetroffene Personen und generiertes Einkommen | 25 |
| 5. | Umsetzung der Nebentätigkeitsregelungen, Kontrolle und Sanktionen | 26 |
| 5.1. | Zwischen konsequenter und „schlanker“ Umsetzung der Vorschriften | 26 |
| 5.2. | Umsetzung der Bewilligungspflicht | 26 |
| 5.3. | Fehlende wirksame interne Kontrollinstrumente und selten externe Kontrollen | 26 |



| | | |
|--------------------------------------|---|-----------|
| 5.4. | Aufwand für die Umsetzung und Kontrolle | 27 |
| 5.5. | Administrative Massnahmen aber fast keine Sanktionen | 28 |
| 6. | Mehr Chancen als Risiken durch Nebentätigkeiten? | 29 |
| 6.1. | Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten | 29 |
| 6.2. | Positive Elemente der Nebentätigkeiten: für wen? | 30 |
| 7. | Schlussfolgerungen | 31 |
| 7.1. | Beantwortung der drei Hauptfragen | 31 |
| 7.2. | Synthese der Praxis in der Schweiz: streng vs. liberal | 32 |
| 7.3. | Welches ist das ideale Modell? | 32 |
| 8. | Empfehlungen der EFK | 33 |
| 8.1. | Generelles | 33 |
| 8.2. | Empfehlungen der EFK | 33 |
| Monografien der Universitäten | | 37 |
| 1. | Monografie Universität Basel | 37 |
| 2. | Monografie Universität Bern | 40 |
| 3. | Monografie Universität Freiburg | 43 |
| 4. | Monographie Université de Genève | 45 |
| 5. | Monographie Université de Lausanne | 49 |
| 6. | Monografie Universität Luzern | 53 |
| 7. | Monographie Université de Neuchâtel | 56 |
| 8. | Monografie Universität St. Gallen | 58 |
| 9. | Monographie Università della Svizzera italiana | 61 |
| 10. | Monografie Universität Zürich | 65 |
| 11. | Monographie Ecole polytechnique fédérale de Lausanne | 69 |
| 12. | Monografie Eidg. Technische Hochschule Zürich | 73 |



Tabellen

| | |
|--|----|
| Tabelle 1: Mittel nach Finanzquellen und Hochschule, 2007 (in Mio. Franken; gerundet) | 9 |
| Tabelle 2: Personal 2007 nach Finanzquelle, Personalkategorie und Hochschule | 10 |
| Tabelle 3: Elemente einer Universitätsrechnung | 11 |
| Tabelle 4: Professorinnen und Professoren 2007 nach Hochschulen mit Beschäftigungsgrad > 90%. 12 | |
| Tabelle 5: Verwendung von Arbeitszeit für Nebentätigkeiten | 14 |
| Tabelle 6: Definition der Nebentätigkeiten durch die Universitäten | 15 |
| Tabelle 7: Typen von Nebentätigkeiten..... | 16 |
| Tabelle 8: Überblick über den Geltungsbereich der Nebentätigkeitsvorschriften | 17 |
| Tabelle 9: Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten..... | 18 |
| Tabelle 10: Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten..... | 20 |
| Tabelle 11: Deklarationsformulare | 21 |
| Tabelle 12: Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten..... | 22 |
| Tabelle 13: Umfang der Nebentätigkeiten..... | 23 |
| Tabelle 14: Aufwand für die Verwaltung der Nebentätigkeiten | 28 |
| Tabelle 15: Synthesetabelle Typologie der Universitäten | 32 |

Abbildungen

| | |
|--|---|
| Abbildung 1: Abgrenzung der Nebentätigkeiten von Zweit- und Drittmitteln | 5 |
|--|---|

Anhang

| | |
|---|----|
| Anhang 1: Abkürzungen..... | 79 |
| Anhang 2: Rechtliche Grundlagen | 80 |
| Anhang 3: Literatur | 81 |
| Anhang 4: Gesprächspartner/-innen | 82 |
| Anhang 5: Stellungnahmen | 84 |





1. Einleitung

1.1. Warum dieses Thema?

Gestützt auf ihr Jahresprogramm 2008 hat die EFK eine Analyse im Bereich der Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren an den universitären Hochschulen der Schweiz vorgenommen. Die Professorinnen und Professoren haben die Möglichkeit, einer Nebenbeschäftigung nachzugehen, sofern sie in der Regel nicht mehr als 20% des normalen Arbeitszeitplans dafür verwenden und kein Interessenskonflikt mit ihrer Tätigkeit an der Hochschule besteht. Als solche Tätigkeiten gelten beispielsweise das Erstellen von Gutachten oder die Übernahme von Lehraufträgen an anderen Hochschulen. Es sind aber auch andere Betätigungsfelder nicht a priori ausgeschlossen. Nicht zuletzt auch wegen der allgemein angespannten Lage in den öffentlichen Haushalten haben die Leistungen für Dritte, namentlich der Bereich Drittmittelforschung, massiv an Bedeutung gewonnen.

Die Schulleitungen unterstützen grundsätzlich die Kontakte der Professorinnen und Professoren zu Institutionen und Unternehmen in Staat und Wirtschaft, weil sie der Bereicherung von Unterricht und Forschung dienen und zu verstärkten Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft beitragen können. Sie können aber möglicherweise auch durch ihren Umfang, ihre Folgen und Nebenwirkungen zu Beeinträchtigungen im Hochschulbetrieb führen.

Mit der Analyse soll der Frage nachgegangen werden, ob im Bereich der Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren klare Regelungen und korrekte Verfahrensweisen angewendet werden, auf welche Weise deren Umsetzung kontrolliert wird und wie sich die Zweit- und Drittmittel von den Nebentätigkeiten abgrenzen. Bis heute ist keine umfassende Analyse in diesem Bereich bekannt. In der Schweiz sind es theoretisch rund 2'500 Professorinnen und Professoren von universitären Hochschulen, die von der Sonderregelung Gebrauch machen könnten. Wenn sie alle - bei einem angenommenen durchschnittlichen Bruttoeinkommen von je 200'000 Franken - im Durchschnitt 15% der Arbeitszeit für private Tätigkeiten verwenden würden, würde sich das in einer Grössenordnung von schätzungsweise rund 75 Mio. Franken jährlich bewegen.

Sonderregelungen für ETH-Professoren: Differenzen zwischen EFD und EDI

Die Vernehmlassung zu den Sonderregelungen für ETH-Professorinnen und Professoren hat bis hinauf zum Bundesrat Diskussionen ausgelöst. In einem Mitbericht vom 18. November 2003 schlägt das Eidg. Finanzdepartement (EFD) eine Änderung des Artikels 6 der Professorenverordnung des ETH-Rates über die Nebentätigkeiten vor¹. Die Professorinnen und Professoren sollten den für das Bundespersonal geltenden Bestimmungen (Bundespersonalgesetz) unterstellt werden. Nach Artikel 92 der Bundespersonalverordnung müssen Angestellte, die eine Tätigkeit zu Gunsten Dritter auf Grund ihres Arbeitsverhältnisses mit dem Bund ausüben, ein damit erzieltetes Einkommen dem Bund abliefern, soweit es zusammen mit ihrem Lohn in einem Kalenderjahr 110 Prozent des Höchstbetrages der Beurteilungsstufe A der Lohnklasse nach Arbeitsvertrag übersteigt². Das Eidg. Departement des Innern (EDI) lehnte diese Forderung ab mit der Begründung, dass der Artikel 6 der Professorenverordnung auf nationalen und internationalen Standards basiere.

¹ Professorenverordnung des ETH-Rates vom 18. September 2003

² Bundespersonalverordnung (BPV) vom 3. Juli 2001, Stand 28. Juni 2005 ; SR 172.220.111.3



Ein Professor mit Zeit für Nebenjobs

„Ein Professor mit Zeit für Nebenjobs“ lautete im Sommer 2004 der Titel eines Artikels einer Tageszeitung³, der die diversen Nebentätigkeiten eines Professors der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) thematisiert und die Frage nach den Grenzen professoraler Nebentätigkeiten aufwirft. Es geht dabei auch um die Frage bezüglich Einsatz von Institutsangestellten und Infrastruktur für private Nebenbeschäftigungen.

Die Schulleitung hat in der Folge einen Experten beauftragt, die nebenamtliche Tätigkeit dieses Professors zu untersuchen. Der Experte, Professor Peter Forstmoser kommt zum Schluss, dass der ETH-Professor bei seinen Aktivitäten zu wenig zwischen privater und ETH-Tätigkeit unterschieden habe⁴. Die Nebentätigkeit habe ihn zudem in einem Mass beansprucht, dass die Schulleitung sie hätte bewilligen müssen. Die Untersuchung zeigt auch, dass die geltenden ETH-Bestimmungen für die Nebentätigkeit von Professorinnen und Professoren nicht ausreichen: „Die vorliegende Untersuchung hat gezeigt, dass ETH-Professorinnen und Professoren gegenwärtig das Ausmass ihrer Nebenbeschäftigungen nicht ausweisen müssen. Dies verunmöglicht der ETH einen systematischen Überblick über die Nebenbeschäftigungen und erschwert im Einzelfall das Ergreifen konkreter Massnahmen⁵“. Ausserdem fehlen Regelungen, die bei Interessenkonflikten klare Verhältnisse schaffen. In seinen Empfehlungen schlägt der Experte vor, klarere Regelungen für Nebentätigkeiten zu setzen. Dazu gehören eine angemessene Deklarationspflicht betreffend das Ausmass der Nebenbeschäftigungen und die Etablierung einer Stelle für "Whistleblowers"⁶.

Das Interne Audit des ETH-Rats (früher Finanzinspektorat ETH-Rat) hat im Jahre 2005 im Rahmen der Prüfung der „Prozesse und Interne Kontrollen im Zusammenhang mit Professoren / Professorinnen“⁷ festgestellt, dass Kontrollinstrumente fehlen um prüfen zu können,

- „ob die Professoren lückenlos in den in Art. 6 Professorenverordnung ETH vorgesehenen Fällen die Bewilligung des Präsidenten einholen (Aktivitäten ausserhalb der ETH von mehr als einem Arbeitstag pro Woche, Mitgliedschaft in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen);
- ob den Aktivitäten der Professoren ausserhalb der ETH (auch den nicht bewilligungspflichtigen) keine Interessen der ETH entgegenstehen;
- ob die Aktivitäten der Professoren ausserhalb der ETH einen Bezug zu ihrer Lehr- und Forschungstätigkeit haben;
- ob die Infrastruktur der ETH (wie Laboreinrichtungen und Sekretariat), welche die Professoren für ihre Aktivitäten ausserhalb der ETH in Anspruch nehmen, vollständig in Rechnung gestellt sind.“

³ **Meier Johannes, Zanchi Marco** im Tages Anzeiger vom 16.8.2004

⁴ **Forstmoser Peter**: Untersuchung zu den nebenamtlichen Tätigkeiten von Prof. Dr. Karl Frey, Professor für Verhaltenswissenschaften und Didaktik an der ETHZ; Zürich 20. Juni 2005 (nicht veröffentlicht)

⁵ **Forstmoser** (2005: 77)

⁶ Damit werden Personen bezeichnet, die in ihrem Arbeitsumfeld Unregelmässigkeiten aufdecken und melden wollen.

⁷ Nicht veröffentlichte Berichte vom Februar 2005 über die Revisionen bei der ETHZ und bei der EPFL



Weitere Untersuchung

Rund ein Jahr danach wurde ebenfalls ein Experte, der ehemalige Neuenburger Staatsrat Thierry Béguin, mit der Untersuchung von Unregelmässigkeiten bei der Geschäftsführung der Universität Genf beauftragt. In seinem Schlussbericht⁸ macht er neben Ungereimtheiten bei den Spesenabrechnungen auch Missbräuche im Umgang mit Nebeneinkünften aus. Das System der Rückerstattung von Nebeneinkünften sei ineffektiv und nicht rentabel. Er schlägt vor, dieses System abzuschaffen. Auslöser für die Untersuchung war ein Bericht einer Treuhandfirma⁹.

1.2. Fragen und Zielsetzung

Die EFK hat festgestellt, dass es bisher in der Schweiz für die Nebentätigkeiten an den Hochschulen keine einheitlichen Regelungen und auch keinen Überblick über das Ausmass dieser Tätigkeiten gab. Es sollen daher folgende drei Fragen beantwortet werden:

1. Sind die Nebentätigkeiten an den Schweizer Hochschulen klar definiert und einheitlich geregelt?

Es geht darum, ein Gesamtbild der Nebentätigkeitsregelungen (Gesetzgebung) der Schweizer Hochschulen zu erstellen. Dabei soll auch untersucht werden, wie sich die Drittmittel von den Einnahmen aus Nebentätigkeiten abgrenzen.

2. Werden diese Regelungen umgesetzt und kontrolliert?

Diese Frage behandelt die Problematik der Anwendung (Einhaltung und Kontrolle) der Regelungen.

3 In welchem Umfang werden an den Hochschulen Nebentätigkeiten ausgeübt?

Mit dieser Frage will die EFK feststellen, welche Proportionen die Nebentätigkeiten haben und welche Bereiche am meisten betroffen sind. Mit der Beantwortung dieser Frage kann auch abgeschätzt werden, welche Kosten diese Nebentätigkeiten der Hochschule verursachen. Ein Vergleich zwischen den universitären Hochschulen der Schweiz soll zeigen, welche Lehren sich daraus ziehen und ob sich daraus Empfehlungen ableiten lassen.

Nicht in die Analyse einbezogen ist die privatärztliche Tätigkeit der an den Universitätsspitalern tätigen ordentlichen Professorinnen und Professoren. Diese richtet sich in den Kantonen (Basel, Bern, Genf, Waadt, Zürich) nach den jeweiligen Bestimmungen der Spitalgesetzgebung.

⁸ **Béguin** Thierry : *Enquête générale sur l'Université de Genève, Rapport final, 15 janvier 2007*

⁹ *PriceWaterhouseCoopers (PWC): «Rapport analyse et investigation des frais de déplacement et de réception, 25 août 2006»*



1.3. Definition von Nebentätigkeiten

Die EFK definiert die Nebentätigkeiten wie folgt: Nebentätigkeiten sind nicht zu einem Hauptamt gehörende persönliche Leistungen von Professorinnen und Professoren und allenfalls weiteren Universitätsangestellten für Dritte, im Namen der Professorinnen und Professoren, auf deren eigene Rechnung und Risiko. Diese Tätigkeiten sollten in der Regel in einem gewissen Zusammenhang mit Lehre und Forschung stehen und müssen vereinbar sein mit der akademischen Tätigkeit.

Typen von Nebentätigkeiten sind für die EFK die Folgenden: Lehrtätigkeit an andern Institutionen (inkl. Weiterbildung), Expertisen und Beratungsmandate, selbständige Gutachtertätigkeit, eigene unternehmerische Tätigkeiten und Organfunktionen ohne mittelbaren Zusammenhang mit der Universitätstätigkeit und Verwaltungsratsmandate. Nicht zu den Nebentätigkeiten gehört die Ausübung eines öffentlichen Amts.

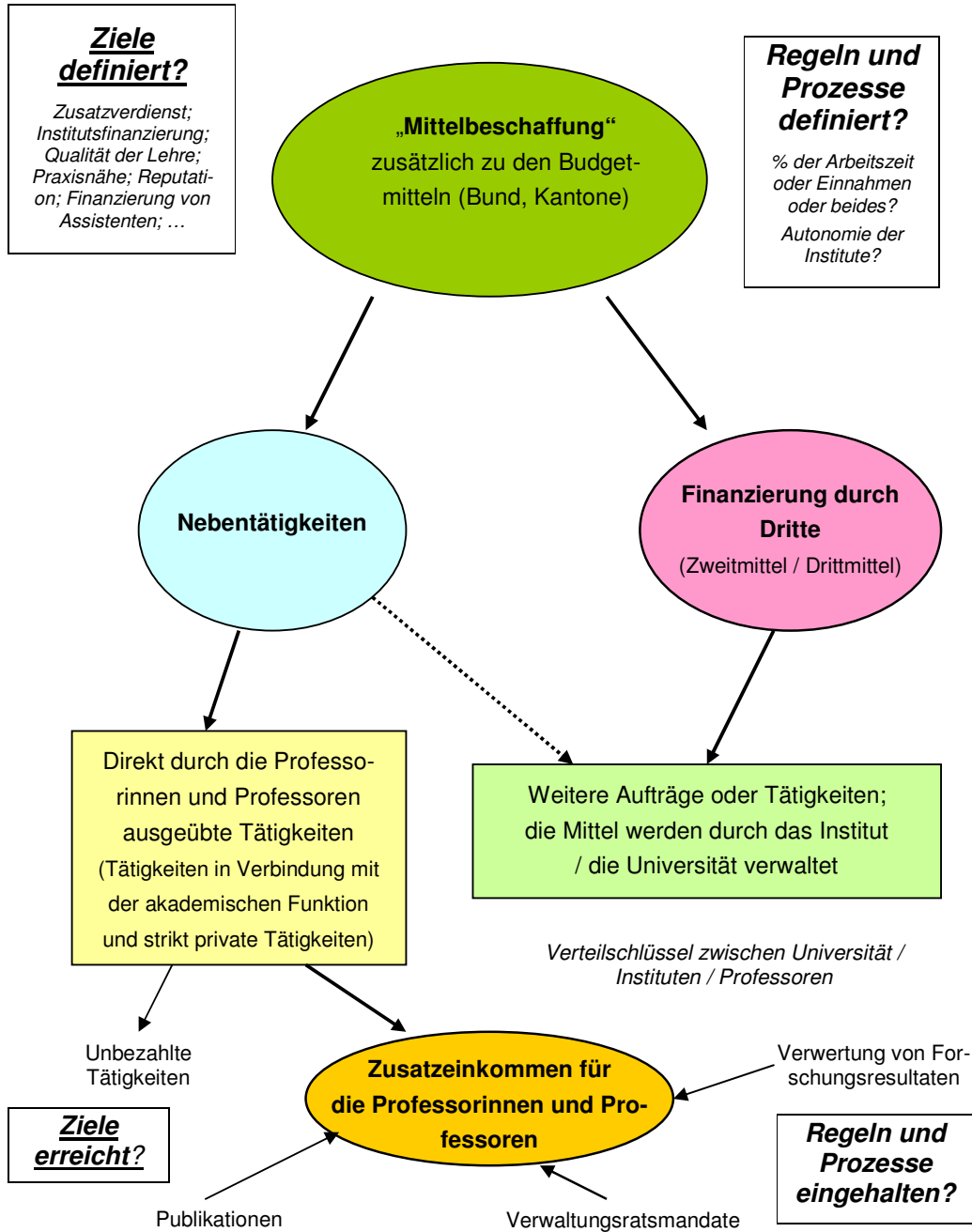
Abgrenzung von Zweit- und Drittmitteln

Als Zweitmittel werden die Mittel bezeichnet, die von nationalen und internationalen Forschungsförderungsinstitutionen stammen. Als Drittmittel gelten alle Mittel, die nicht vom Finanzierungsbeitrag des Bundes oder nationaler und internationaler Forschungsförderungsinstitutionen stammen, also Mittel der privatwirtschaftlichen Forschungsförderung oder Erträge aus Dienstleistungen. Es wird unterschieden zwischen zweckgebundenen Drittmitteln, die mit bestimmten Auflagen seitens des Mittelgebers verbunden sind, sowie nicht zweckgebundenen Drittmitteln, die zur freien Verfügung für Lehre, Forschung, Dienstleistungen und Infrastruktur stehen. Zweit- und Drittmittel werden - basierend auf dem einheitlichen Kostenrechnungsmodell der Universitäten - verbucht und in der universitären Hochschulfinanzstatistik erfasst¹⁰.

¹⁰ Verordnung zum Universitätsförderungsgesetz (UFV; SR 414.201), Art. 8f, vom 13. März 2000 (Stand am 5. Juli 2005).



Abbildung 1: Abgrenzung der Nebentätigkeiten von Zweit- und Drittmitteln





1.4. Die wichtigsten Akteure

Die kantonalen Universitäten und die Eidg. Technischen Hochschulen

Folgende 12 Hochschulen wurden in die Analyse einbezogen: Universität Basel (UNIBS); Universität Bern (UNIBE); Universität Freiburg (UNIFR); Université de Genève (UNIGE); Université de Lausanne (UNIL); Universität Luzern (UNILU); Université de Neuchâtel (UNINE); Universität St. Gallen (UNISG oder HSG); Universität Zürich (UZH); Università della Svizzera italiana (USI); EPF Lausanne (EPFL); ETH Zürich (ETHZ). Mit allen Universitäten wurden Gespräche geführt. Nicht einbezogen wurden die Universitären Fernstudien Schweiz (FS-CH) in Brig.

Der ETH-Rat

Der ETH-Rat hat in Umsetzung des Expertenberichts zu den Nebentätigkeiten im Jahr 2007 die Professorenverordnung überarbeitet und den beiden Hochschulen in Zürich und Lausanne den Auftrag erteilt, für die Nebentätigkeiten entsprechende Reglemente auszuarbeiten. Die Gespräche der EFK mit dem ETH-Rat waren schlussendlich der Auslöser der vorliegenden Studie.

Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten

Die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) vertritt die Gesamtheit der Schweizer Universitäten gegenüber politischen Behörden, Kreisen der Wirtschaft, sozialen und kulturellen Institutionen sowie gegenüber der Öffentlichkeit. Sie setzt sich ein für Koordination und Kooperation in Lehre, Forschung und Dienstleistungen. Der Nebentätigkeitsbereich wird an den meisten Hochschulen durch den Rektor bzw., die Rektorin betreut. Als Gremium für Informationsaustausch ist sie somit auch ein Akteur für die Studie. Die CRUS hat sich bisher noch nicht mit den Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren auseinandergesetzt.

Schweizerische Universitätskonferenz

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) ist das gemeinsame Organ von Bund und Kantonen für die universitätspolitische Zusammenarbeit. Die SUK setzt sich ein für die Harmonisierung der Regelungen innerhalb des universitären Hochschulbereichs und ist deshalb indirekt auch ein Akteur im Rahmen der Analyse. Die SUK hat sich bisher nicht mit den Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren befasst.

Staatssekretariat für Bildung und Forschung

Das Staatssekretariat für Bildung und Forschung (SBF) ist die Fachbehörde des Bundes für national und international ausgerichtete Fragen der höheren und universitären Bildung, der Forschung sowie der Raumfahrt. Zu seinen Arbeitsfeldern gehören die Koordination der Schweizer Hochschul- und Forschungspolitik; Förderung der kantonalen Universitäten, die Forschungsförderung, internationale Forschungsorganisationen und -programme und die Vorbereitung und Kontrolle der Umsetzung des Leistungsauftrags an den ETH-Bereich. Das SBF richtet einen Teil der Beiträge an die Universitäten aufgrund der Drittmittel der Hochschulen aus. Das SBF ist im Bereich Nebentätigkeiten zwar kein direkter Akteur, aber darauf angewiesen, dass der Ausweis der Drittmittel überall nach den gleichen Grundsätzen erfolgt.



1.5. Vorgehen

In einer ersten Phase des Projekts hat die EFK das Konzept vom 11. März 2008 erstellt. Bereits in der Konzeptphase wurden 4 Interviews mit verschiedenen Personen des Bundes und der Kantone geführt (s. Anhang 4). Diese Gespräche dienten vor allem als qualitative Informationsquellen. Das Konzept sah ein schrittweises modulares Vorgehen vor.

Modul 1: Analyse der gesetzlichen Grundlagen

Es ging in diesem Modul darum, anhand von relevanten Unterlagen (Gesetze, Berichte, Studien, interne Weisungen, Verträge usw.) und telefonischen Kontakten die aktuellen gesetzlichen Grundlagen zu beschaffen und ein Gesamtbild über die Vorschriften und die Kontrolle der Nebentätigkeiten und die Abgrenzung zu den (Zweit- und) Drittmitteln im Universitätsbereich zu erstellen.

Modul 2: 15 vertiefende Interviews vor Ort

1-2 Interviews pro Universität inkl. ETH mit für Nebentätigkeiten und Drittmitteln zuständigen Personen dienten zur Beantwortung der Frage nach der Umsetzung der Vorschriften und gaben auch Hinweise zu den übrigen Fragen.

Modul 3: Analyse und Auswertung der Daten

Anhand der Ergebnisse aus den Gesprächen und aus der Dokumentenanalyse ging es darum, die Frage nach dem Umfang der Nebentätigkeiten zu beantworten und aufzuzeigen, welche Bereiche am meisten betroffen sind. Es war vorgesehen, nur Daten im Sinne einer deskriptiven Statistik auszuwerten, die bereits vorhanden sind und der EFK von den Universitäten zur Verfügung gestellt wurden. Aufgrund der ungenügenden Datenlage konnte dieses Modul nicht im gewünschten Rahmen durchgeführt werden.

Validierung der Ergebnisse

Anfangs September 2008 wurde ein Workshop mit Vertreterinnen und Vertretern des Staatssekretariates für Bildung und Forschung (SBF) und der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) durchgeführt mit dem Ziel, Zwischenergebnisse zu diskutieren und um Schlussfolgerungen zu ziehen. Mitte Dezember 2008 wurden im Rahmen der CRUS allen Universitätsvertreterinnen und -vertretern ein erster Berichtsentwurf mit einer jeweiligen Monografie der Universität zur internen Stellungnahme abgegeben.

Teilnahme der EFK an der Plenarsitzung CRUS am 23. Januar 2008

Die EFK hat darauf verzichtet, die Wirkungen der Nebentätigkeiten zu messen und einen internationalen Vergleich zu machen.



Das Projekt wurde in der Zeit vom März¹¹ bis November 2008 durchgeführt. Die Analyse zeigt die Situation zum Zeitpunkt vom Frühjahr 2008. Die Verantwortung der Studie liegt bei der EFK, die für deren Realisation ihren Fachbereich „Wirtschaftlichkeitsprüfung und Evaluation“ beauftragt hat. Das Projektteam setzte sich aus Laurent Crémieux und Ernst Kissel (gemeinsame Projektleitung) zusammen und arbeitete unter der Supervision des Fachbereichsleiters Emmanuel Sangra.

¹¹ Konzept vom 11. März 2008.



2. Hochschulfinanzierung

2.1. Finanzquellen der universitären Hochschulen

Die finanziellen Mittel der universitären Hochschulen kommen aus drei Quellen:

- **Bund** (z. B. Investitionsbeiträge, Beiträge im Zusammenhang mit Innovations- und Kooperationsprojekten, Grundbeiträge gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG) und Leistungsvereinbarung ETH, Schweizerischer Nationalfonds, Kommission für Technologie und Innovation KTI, internationale Forschungsprogramme, Forschungsmandate)
- **Kantone** (z. B. Standortkanton: Kantonsbeitrag; andere Kantone: Interkantonale Hochschulvereinbarung, Forschungsmandate).
- **Private** (Studiengebühren, übrige eigene Mittel der Hochschule, Stiftungen, Forschungsmandate privater Sektor, Erträge aus Dienstleistungen, Erträge aus der Weiterbildung).

Im Jahr 2007 betrug der Aufwand der schweizerischen universitären Hochschulen insgesamt 5'491 Milliarden Franken. Der Bund stellte 45% aller verwendeten Mittel zur Verfügung und ist somit der wichtigste Geldgeber. Der Anteil der Kantone beläuft sich auf 40%, derjenige Dritter auf 15%.

Tabelle 1: Mittel nach Finanzquellen und Hochschule, 2007 (in Mio. Franken; gerundet)

| Uni: Finanzquelle | BS | BE | FR | GE | LS | LU | NE | SG | UZH | USI | *FS CH | EPFL | ETHZ | Total | % |
|----------------------|-----|-----|-----|-----|-----|----|-----|-----|------|-----|-----------|------|------|-------------|------|
| Bund | 126 | 156 | 71 | 158 | 102 | 9 | 54 | 32 | 219 | 22 | 2 | 507 | 1015 | 2473 | 45% |
| Kanton | 286 | 314 | 121 | 390 | 296 | 24 | 61 | 55 | 600 | 24 | 3 | 2 | 0 | 2176 | 40% |
| Private | 62 | 140 | 29 | 94 | 68 | 5 | 16 | 78 | 196 | 17 | 2 | 45 | 89 | 841 | 15% |
| Total | 474 | 610 | 221 | 642 | 467 | 38 | 130 | 165 | 1016 | 63 | 6 | 555 | 1103 | 5491 | 100% |

Quelle: BFS (2009)¹²

* Die Universitären Fernstudien Schweiz (FS-CH) wurden nicht in die Evaluation einbezogen.

Vom Gesamtaufwand entfielen 65% auf den Personalaufwand (3'594 Mrd. Franken) und 35% auf den Sachaufwand (1'897 Mrd. Franken). Der Gesamtbestand des Hochschulpersonals, bestehend aus Professorinnen und Professoren, übrigen Dozierenden, Assistentinnen und Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie dem administrativen und technischen Personal betrug insgesamt rund 31'500 Stellen-Vollzeitäquivalente¹³.

¹² BFS 2009: Finanzen der universitären Hochschulen der Schweiz 2007, S. 14.

¹³ BFS 2008: Personal der universitären Hochschulen der Schweiz 2007 S. 6.



**Tabelle 2: Personal 2007 nach Finanzquelle, Personalkategorie und Hochschule (Vollzeit-
äquivalente; gerundete Zahlen)**

| | BS | BE | FR | GE | LS | LU | NE | SG | UZH | USI | EPFL | ETHZ | AUI | Tot. |
|--|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|------------|------------|------------|-------------|------------|--------------|--------------|-----------|---------------|
| Budgetmittel | 1'649 | 2'664 | 1'150 | 2'910 | 1'930 | 174 | 542 | 430 | 4'349 | 307 | 2'377 | 5'523 | 39 | 24'004 |
| Professor/innen | 242 | 298 | 199 | 361 | 333 | 34 | 108 | 58 | 425 | 54 | 226 | 347 | 6 | 2'690 |
| Übrige Dozieren- rende | 121 | 230 | 87 | 366 | 389 | 28 | 38 | 98 | 681 | 35 | 106 | 293 | 6 | 2'478 |
| Assist.+wiss. Mitarbeit. | 575 | 971 | 474 | 941 | 652 | 53 | 176 | 105 | 1'555 | 132 | 971 | 2'714 | 19 | 9'336 |
| Admin.+techn. Pers. | 711 | 1'165 | 389 | 1'243 | 557 | 58 | 1221 | 170 | 1'687 | 86 | 1'034 | 2'170 | 8 | 9'499 |
| Zweitmittel (Nationalfonds) | 319 | 295 | 165 | 419 | 189 | 14 | 136 | 14 | 467 | 37 | 390 | 419 | | 2'864 |
| Professor/innen | 1 | 11 | 6 | | | 3 | 4 | | 23 | | 14 | 19 | | 81 |
| Übrige Dozieren- rende | 11 | 3 | | 24 | 19 | | | | 1 | | | | | 58 |
| Assist.+wiss. Mitarbeit. | 290 | 253 | 152 | 292 | 137 | 11 | 124 | 14 | 399 | 37 | 359 | 384 | | 2'452 |
| Admin.+techn. Pers. | 17 | 29 | 7 | 102 | 34 | | 8 | | 43 | | 17 | 16 | | 273 |
| Drittmittel | 418 | 579 | 209 | 500 | 179 | 4 | 157 | 253 | 712 | 44 | 827 | 753 | | 4'636 |
| Professor/innen | 14 | 6 | 5 | 14 | 4 | 1 | 1 | 15 | 14 | | 2 | 2 | | 78 |
| Übrige Dozieren- rende | 23 | 48 | 14 | 35 | 7 | 1 | 3 | 14 | 8 | 4 | 25 | 4 | | 185 |
| Assist.+wiss. Mitarbeit. | 324 | 358 | 89 | 217 | 113 | 2 | 105 | 122 | 517 | 39 | 680 | 648 | | 3'214 |
| Admin.+techn. Pers. | 57 | 167 | 101 | 234 | 56 | | 48 | 102 | 172 | 1 | 120 | 100 | | 1'159 |
| Total | 2'386 | 3'538 | 1'524 | 3'829 | 2'299 | 191 | 835 | 697 | 5528 | 389 | 3'554 | 6'695 | 39 | 31'504 |

Quelle: BFS (2008)¹⁴

AUI = Andere Universitäre Institutionen

2.2. Zunehmender Kosten- und Leistungsdruck

Die schnell wachsenden Universitäten sind angesichts der knappen öffentlichen Mittel immer mehr auf eine teilweise Fremdfinanzierung durch nichtstaatliche Mittel angewiesen¹⁵. Die immer engere Verflechtung zwischen Hochschulen und der Wirtschaft auf vielen Wissensgebieten führt zu neuen Problemstellungen und Abgrenzungsfragen¹⁶. Die Hochschulen stehen national, aber auch international zunehmend unter Wettbewerbsdruck. Mit der angestrebten wachsenden Transparenz von

¹⁴ BFS 2008: Personal der universitären Hochschulen der Schweiz 2007, Seite 19.

¹⁵ Koller Arnold, Bundesrat: Die Universität im Kräftefeld von Politik und Wirtschaft; Festrede am Dies Academicus zum 100jährigen Jubiläum der Universität St. Gallen.

¹⁶ Geis Max-Emanuel: Die Nebentätigkeit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, 2004.



Kosten und Leistungen unterliegen sie vermehrt einem nationalen Vergleich¹⁷. Gemäss Art. 20 der Schweizer Bundesverfassung muss aber die Freiheit der wissenschaftlichen Lehre und Forschung gewährleistet bleiben. Die Universitäten müssen sich daher gegenüber Wirtschaft und Politik um Distanz und Unabhängigkeit bemühen.

2.3. Kostenrechnungsmodell

Seit 2002 müssen die Universitäten und Technischen Hochschulen der Schweiz jährlich die Daten gemäss dem Kostenrechnungsmodell (KRM) an die Schweizerische Universitätskonferenz liefern. Ziel ist es, vergleichbare Zahlen zu den Kosten der einzelnen Fachbereiche an den verschiedenen Universitäten zu erhalten. Diese bilden eine Grundlage zur Bemessung der Kantons- und Bundesbeiträge an die Universitäten. Ausserdem soll das KRM der Universitätsleitung als internes Führungsinstrument dienen.

Die Schweizerische Universitätskonferenz hat das Institut für Politikstudien Interface zusammen mit der BDO Visura und dem Büro evaluanda in Genf mit der Evaluation der Einführung eines Kostenrechnungsmodells an den universitären Institutionen der Schweiz betraut¹⁸. Die Evaluation befasste sich mit folgenden Gegenständen: Beschreibung der Entstehung des KRM, Konzeptbeurteilung, Vollzugsanalyse, Beurteilung der Qualität und Vergleichbarkeit der Daten (besonders wichtig für die Drittmittel) sowie Verwendung der KLR-Daten (Kosten-Leistungs-Rechnung). Nicht analysiert wurden die Schnittstellen zwischen den Hochschulen und den Universitätsspitalern. Dies hätte den Rahmen der Untersuchung gesprengt. Die Evaluation basiert auf der Auswertung von insgesamt rund 50 leitfadengestützten Interviews an allen Hochschulen sowie weiteren Institutionen (SUK, Bundesamt für Statistik, Fachhochschulen usw.). Zusätzlich wurden Dokumente und Daten ausgewertet, die der Evaluation von den Universitäten und der SUK zu Verfügung gestellt wurden. Ebenfalls in die Untersuchung einbezogen wurde die Selbstevaluation der Universitäten.

2.4. Elemente einer Universitätsrechnung

Die Tabelle 3 zeigt die Elemente und Finanzquellen einer Universitätsrechnung.

Tabelle 3: Elemente einer Universitätsrechnung

| Elemente | Finanzquellen |
|---|--|
| Budgetmittel Direkt vereinnahmte Mittel | <ul style="list-style-type: none"> • Studiengebühren • Erträge aus Weiterbildung • Bundes- und Kantonsbeiträge • Eigenmittel |
| Zweitmittel Mittel nationaler und internationaler Forschungsförderungsinstitutionen | <ul style="list-style-type: none"> • Schweizerischer Nationalfonds (SNF) • Kommission für Technologie und Innovation (KTI) • EU-Programme; internationale Forschungsmandate |
| Drittmittel Mittel der privatwirtschaftlichen Forschungsförderung | <ul style="list-style-type: none"> • Forschungsprojekte aus der Wirtschaft • Zuwendungen (Legat, Erbschaft) • Sponsoringbeiträge |

Quelle: EFK-Darstellung

¹⁷ **Universität Bern**, Strategie 2012, vom Senat beschlossen am 31. Oktober 2006.

¹⁸ **Rieder Stefan, Schwab Brigitte, Hunkeler Yvonne, Mangué Marc**, SUK: Evaluation der Einführung des Kostenrechnungsmodells (KRM) an den Schweizer Hochschulen, Schlussbericht; Interface 4. November 2005.



2.5. Nebentätigkeiten erscheinen nicht in der Universitätsrechnung

Die Professorinnen und Professoren sind definitionsgemäss für Lehre und Forschung von internationalem Rang verantwortlich. Sie sollen einen fachlich qualifizierten, gegenüber Gesellschaft und Umwelt verantwortungsbewussten wissenschaftlichen Nachwuchs fördern. Sie sollen auch anspruchsvolle Dienstleistungen erbringen und zu diesem Zweck mit privaten und öffentlichen Institutionen zusammenarbeiten. Dabei müssen sie ihre berufliche Unabhängigkeit bewahren. Im Jahr 2007 gab es gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) an den universitären Hochschulen der Schweiz 2'586 Professorinnen und Professoren mit einem Beschäftigungsgrad von > 90%.

Tabelle 4: Professorinnen und Professoren 2007 nach Hochschulen mit Beschäftigungsgrad > 90%

| | BS | BE | FR | GE | LS | LU | NE | SG | UZH | USI | EPFL | ETHZ | Total |
|---------------------------------------|-----|-----|-----|-----|-----|----|-----|----|-----|-----|------|------|-------------|
| Professorinnen und Professoren | 242 | 301 | 199 | 324 | 309 | 33 | 103 | 21 | 450 | 23 | 227 | 353 | 2586 |

Quelle: BFS (2008)

Honorare und übrige Einnahmen aus privaten Nebentätigkeiten dürfen nicht auf ein Bank- oder Postkonto der Universität überwiesen werden und werden somit auch nicht in der Hochschulrechnung verbucht. Wenn private Einnahmen trotzdem an die Universität abgeliefert werden, dann behandelt die Universität diese als Drittmittel (in der Regel Verbuchung auf ein Forschungsreservekonto¹⁹ des betreffenden Professors).

¹⁹ Als Forschungsreserven werden diejenigen Drittmittel bezeichnet, die im Rahmen eines Projekts nach Abschluss nicht vollständig aufgebraucht wurden, deren ursprüngliche Zweckbestimmung entfällt und die nicht an den Mittelgeber zurückbezahlt werden müssen. Sie dienen der Lehre und Forschung sowie zur Abdeckung von Verlusten.



3. Vielfalt der Regelungen für Nebentätigkeiten

3.1. Zusatzverdienst als Hauptmotivation für Nebentätigkeiten

„Nebentätigkeiten bringen Unternehmergeist in die Universität, zudem gehört Gutachtertätigkeit wie etwa jene von Juristen auch zum gesellschaftlichen Auftrag einer Universität“²⁰. Nicht alle Universitäten teilen diese Ansicht eines Vizerektors. Sie sind zum Teil der Auffassung, dass die meisten der bezahlten privaten Nebentätigkeiten von den Universitäten auch als Drittmittelaufträge geführt werden könnten, insbesondere dann, wenn Personal oder Infrastruktur der Universität beansprucht wird. Einzelne Universitäten befürchten, dass Nebentätigkeiten ein politisch sensibles Thema werden und zu unerwünschten Diskussionen Anlass geben könnten. Die wenigsten Universitäten haben jedoch ein Anreizsystem, das zu mehr Drittmitteln und zu weniger Nebentätigkeiten führen könnte. Anreize könnten beispielsweise eine Begrenzung bzw. Ablieferung der Einnahmen aus Nebentätigkeit oder eine strenge Limitierung der dafür verwendeten Arbeitszeit sein. Einzelne Universitäten sehen eine Chance darin, dass bei der Anstellung von Professorinnen und Professoren bzw. bei der Festsetzung des Lohnes die Möglichkeit für Nebentätigkeiten und somit auch für Nebeneinnahmen miteinbezogen werden kann (Attraktivität des Arbeitsplatzes).

Einige Universitäten hätten lieber mehr Drittmittelaufträge und weniger Nebentätigkeiten, bieten aber kaum Anreize dafür. Die EFK ist der Meinung, dass die Hauptmotivation einer Professorin oder eines Professors, einen Auftrag als Privatperson durchzuführen, öfters im zu erwartenden Zusatzverdienst liegt. Die EFK sieht keinen Unterschied, da fast alle Nebentätigkeiten als Drittmittel deklariert werden könnten. Typischerweise könnte ein Beratungsauftrag immer als Drittmittelauftrag behandelt werden. In diesem Fall könnte die Professorin oder der Professor dazu die Infrastruktur und den Support der Universität benutzen.

3.2. Bis zu einem Tag pro Woche für Privates

Abgesehen von einer Ausnahme besteht grundsätzlich an allen Universitäten zumindest für die vollamtlichen Professorinnen und Professoren die Möglichkeit, private Nebentätigkeiten während der Arbeitszeit auszuüben. Sechs der zwölf Universitäten erlauben Nebentätigkeiten im Rahmen von bis zu einem Tag pro Woche zu Lasten der Arbeitszeit, die andern weniger und eine Universität erlaubt gar keine. Der Ursprung dieser Regelungen konnte nicht genau in Erfahrung gebracht werden. In einigen Fällen handelt es sich um eine Tradition, die bis auf die Zeit der Universitätsgründung zurückverfolgt werden kann. Bei den ETH's war der Wissenstransfer von Hochschulen in Wirtschaft und Gesellschaft der Grundgedanke. Einzelne Universitäten verlangen, dass Nebentätigkeiten einen (direkten) Zusammenhang mit Lehre und Forschung haben müssen oder zumindest für die Tätigkeit des/der Ausübenden an der Universität förderlich oder vereinbar sind. Die 20%-Regelung war auch ein Mittelwert, um die privaten Tätigkeiten abzugrenzen.

In der Regel ist in den Anstellungsverträgen der hauptamtlichen Professorinnen und Professoren keine „Soll-Arbeitszeit“ vorgegeben. Häufig führen diese Personen auch keine systematische Arbeitszeiterfassung mit Verteilung der Zeit auf einzelne Projekte oder Tätigkeiten (Zeitmanagement). Dadurch ist es auch nicht möglich, in Stunden zu beziffern, wie viel 20% der Arbeitszeit sind.

²⁰ **Caluori Reto**: *Heikle Materie klar geregelt; in intern, Zeitung für die MitarbeiterInnen der Universität Basel, November 2004; Zitat von Vizerektor Prof. Dr. Gian-Reto Plattner.*



Tabelle 5: Verwendung von Arbeitszeit für Nebentätigkeiten

| | |
|--------------|---|
| UNIBS | Max. 20%. |
| UNIBE | Max. 10%. |
| UNIFR | 10 Wochenarbeitsstage / Jahr. Vollamtlich angestellte Professorinnen und Professoren müssen während der Lehr und Prüfungszeiten min. 4 Tage/ Woche für die Uni verfügbar sein. Dasselbe gilt für die nicht vollzeitlich angestellten Professorinnen und Professoren im Verhältnis zu ihrer Arbeitszeit. Ausserhalb dieser Zeiten müssen sie eine regelmässige Anwesenheit an der Universität gewährleisten. |
| UNIGE | Max. 20%. |
| UNIL | Keine. |
| UNILU | Keine Nennung einer Obergrenze. Es ist geregelt, was ein Lehramt/Deputat beinhaltet. Es wird erwartet, dass die Professorinnen und Professoren ihren Mittelpunkt der Lebensführung (Wohnsitz) im Kanton Luzern haben und dadurch auch entsprechend an der Uni anwesend sein können. |
| UNINE | Max. 20% |
| UNISG | ½ Tag pro Woche. Im Falle einer 100%-Anstellung darf die Summe der Nebentätigkeiten nicht mehr als 1 Tag/Woche betragen. |
| UZH | ½ Tag pro Woche (bis 6 Stunden). |
| USI | Max. 20%. |
| EPFL | Max. 20%. |
| ETHZ | Max. 20%. |

3.3. Zahlreiche Neuregelungen

Jede Universität hat für die Nebentätigkeiten ihre eigenen Regelungen, die sich jeweils auf eidgenössische resp. kantonale Gesetzgebungen abstützen und die manchmal sehr spezifisch sind. Die 12 Universitäten haben insgesamt 12 unterschiedliche Grundlagen erarbeitet, das bedeutet, dass selbst die ETH Zürich und die ETH Lausanne nicht die gleichen Vorschriften haben.

Die meisten dieser Regelungen sind relativ neu. Dafür gibt es drei Hauptgründe:

- Mehrere Universitäten haben vor nicht allzu langer Zeit einen eigenen Rechtsstatus erhalten und mussten aus diesem Grunde die Vorschriften neu gestalten oder entsprechend anpassen.
- Das Kostenrechnungsmodell, das seit 2002 von der SUK verlangt wird, hat zu neuen betrieblichen Abläufen geführt. Vielfach mussten insbesondere für die Drittmittel neue Grundlagen geschaffen werden, was auch entsprechende Anpassungen der Vorschriften für die Nebentätigkeiten mit sich zog.
- Die Ergebnisse aus den eingangs erwähnten Untersuchungsberichten in Genf und Zürich haben zu einer Überprüfung und nötigenfalls zu einer Anpassung der Rechtsgrundlagen geführt.

Die wichtigsten Unterschiede liegen beim Geltungsbereich (wer ist betroffen), im Deklarationswesen, im Bewilligungs- und beim Ablieferungsverfahren. Diese Unterschiede werden in den nachfolgenden Kapiteln näher beschrieben. Interessanterweise hat der ETH-Bereich keine einheitliche Regelung. Die EPFL hat ihre eigenen Richtlinien im Jahr 2003 entwickelt. Der ETH-Rat hat eine neue Weisung im Jahr 2007 erarbeitet. Diese lässt den beiden Schulen Spielraum für die Umsetzung. In der Praxis haben die beiden ETH's unterschiedliche Richtlinien erlassen.



Tabelle 6: Definition der Nebentätigkeiten durch die Universitäten

| | |
|----------------|--|
| UNIBS | Tätigkeiten, insbesondere Leistungen, die von Angehörigen der Universität Basel im Wesentlichen persönlich und im eigenen Namen für Dritte erbracht werden. |
| UNIBE | Tätigkeiten, die nicht unmittelbar mit der Erfüllung des Auftrags in Lehre, Forschung oder Dienstleistung zusammenhängen und zu wesentlichen Teilen persönlich ausgeführt werden. |
| UNIFR | Bezahlte oder unbezahlte Beschäftigungen, welche die Ausübung der universitären Tätigkeit beeinträchtigen könnten. |
| UNIGE | Dispositions légales précisent la distinction entre activités institutionnelles (activités de base), accessoires (activités privées, poste à plein temps) et extérieures (activités privées, poste à temps partiel). Doit avoir un rapport direct avec le domaine d'enseignement ou de recherche. |
| UNIL | Activité accessoire : toute activité dépendante ou indépendante exercée pour un tiers en dehors du cahier des charges. |
| UNILU | Leistungen von Professorinnen und Professoren, welche diese ausserhalb ihrer universitären Aufgaben in eigenem Namen für Dritte erbringen und welche für ihre Tätigkeit an der Universität förderlich sind. |
| UNINE | Activités annexes |
| UNISG | Freiwillige Zusatzleistungen bzw. Tätigkeiten, welche die Erfüllung der Dienstpflicht oder die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung nicht beeinträchtigen dürfen. |
| UZH | Tätigkeiten, die von Angestellten der Universität im eigenen Namen, das heisst nicht im Rahmen ihrer universitären Aufgaben, erbracht werden. |
| USI | Attività esterne e cariche pubbliche |
| ETH-Rat | Tätigkeiten, welche ausserhalb des Arbeitsverhältnisses mit einer Institution des ETH-Bereichs erbracht werden. Bezahlte oder unbezahlte Tätigkeiten, welche Professorinnen und Professoren selbständig erwerbend, für eine private Unternehmung, für eine öffentliche Institution oder für ein öffentliches Amt ausüben. |
| EPFL | Activités extérieures et conflits d'intérêt : les interactions avec l'industrie, l'économie et d'autres institutions gouvernementales nécessitent une politique interne de gestion des cas particuliers, afin de prévenir et de gérer des conflits d'intérêts et de s'assurer que de telles activités ne sont pas en contradiction avec les responsabilités des individus vis-à-vis de l'EPFL. |
| ETHZ | Tätigkeiten die von Professorinnen und Professoren der ETH Zürich im eigenen Namen, auf eigene Rechnung und auf eigene Verantwortung, d.h. ausserhalb ihres Arbeitsverhältnisses mit der ETH Zürich erbracht werden. |

3.4. Keine klare Unterscheidung der Typen von Nebentätigkeiten schweizweit

Praktisch alle Universitäten haben in ihren Vorschriften die für sie wichtigen Typen von Nebentätigkeiten einzeln aufgezählt. Als typische Nebentätigkeiten gelten Beratungsmandate, selbständige Gutachtertätigkeit, im eigenen Namen erstellte Expertisen, Schiedsgerichtstätigkeit, eigene unternehmerische Tätigkeiten und Organfunktionen ohne mittelbaren Zusammenhang mit der Universitätstätigkeit und Verwaltungsratsmandate. Es gibt aber auch Tätigkeiten, die je nach Universität unterschiedlich interpretiert werden, wie zum Beispiel die Vortragstätigkeit, öffentliches Amt, bedeutende politische Tätigkeiten, Lehrverpflichtungen in der Aus-, Weiter- und Fortbildung an anderen Hochschulen oder Institutionen usw.

Nicht als Nebentätigkeiten gelten an einzelnen Universitäten die Ausübung von eng mit den Aufgaben einer Professorin oder eines Professors verbundenen Tätigkeiten. An der ETHZ sind dies beispielsweise die Mitwirkung an der Herausgabe von wissenschaftlichen oder anderen Fachzeitschriften, die Expertentätigkeit an Fachprüfungen oder die Mitwirkung in Experten- oder Arbeitsgruppen sowie Kommissionen der schweizerischen Behörden und internationalen Gremien. Fachveröffentlichungen, einzelne Vorträge im Rahmen des Fachgebiets und die Mitarbeit in forschungspolitischen Gremien sind für die Uni Basel keine Nebentätigkeiten, auch dann nicht, wenn diese



Tätigkeiten vom Leistungsempfänger finanziell honoriert werden. Die Unilu betrachtet die Vortrags-tätigkeit und das Publizieren ebenfalls nicht als private Nebentätigkeit, sondern als Hauptamt.

Tabelle 7: Typen von Nebentätigkeiten

| | |
|--------------|---|
| UNIBS | <ul style="list-style-type: none"> • Beratungsmandate • Expertisen • Verwaltungsratsmandate • Lehraufträge an anderen Hochschulen |
| UNIBE | <ul style="list-style-type: none"> • Lehraufträge in der Aus-, Weiter- und Fortbildung an anderen Hochschulen oder Institutionen • Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich • Beratungen • Verwaltungsratsmandate • Schiedsgerichtstätigkeit |
| UNIFR | <ul style="list-style-type: none"> • Lehrtätigkeit an einer anderen Institution • im eigenen Namen erstellte Expertisen • Teilnahme an einem Verwaltungsrat • bedeutende politische Tätigkeiten |
| UNIGE | <ul style="list-style-type: none"> • Enseignement et formation continue dans une autre université • Conseil • Expertise • Arbitrage • Administrateur • Consultant scientifique d'une start-up |
| UNIL | <ul style="list-style-type: none"> • Pas de liste |
| UNILU | <ul style="list-style-type: none"> • Pas de liste |
| UNINE | <ul style="list-style-type: none"> • Pas de liste |
| UNISG | <ul style="list-style-type: none"> • wissenschaftliche und didaktische Autorentätigkeit • Gutachtertätigkeit • Vortragstätigkeit • Journalistische oder essayistische Beiträge in den Medien (Kolumnen usw.) • Dienstleistungen (Beratung usw.) • Lehrtätigkeit ausserhalb der HSG • eigene unternehmerische Tätigkeiten und Organfunktionen ohne mittelbaren Zusammenhang mit der Universitätstätigkeit |
| UZH | <ul style="list-style-type: none"> • Beratungstätigkeiten • externe Lehrverpflichtungen • Verwaltungsratsmandate • Mitwirkung in wissenschaftlichen und universitären Gremien (z.B. ‚scientific advisory board‘) • Gutachter- und Schiedsrichtertätigkeit • Ausübung eines öffentlichen Amtes • Mitgliedschaft in leitenden Organen einer Universitätsklinik • Mitwirkung in Experten- oder Arbeitsgruppen • andere Dienstleistungen oder arbeitsvertragliche Leistungen |
| USI | <ul style="list-style-type: none"> • Expertise • Membre d'un conseil d'administration • Direction d'une entreprise |
| EPFL | <ul style="list-style-type: none"> • Pas de liste |
| ETHZ | <p>Gemäss den Richtlinien der ETHZ (Art. 2) gelten als Nebenbeschäftigung</p> <ul style="list-style-type: none"> • bezahlte und unbezahlte Beratungstätigkeiten • externe Lehrverpflichtungen und Referententätigkeiten • Verwaltungsratsmandate • öffentliche Ämter • andere Dienstleistungen, im eigenen Namen, auf eigene Rechnung und auf eigene Verantwortung |



Die EFK hat festgestellt, dass in einigen Fällen die Professorinnen und Professoren Tätigkeiten als Nebentätigkeiten deklariert haben (zum Beispiel Mitwirkung in Experten- oder Arbeitsgruppen sowie Kommissionen der schweizerischen Behörden und internationalen Gremien), obwohl diese zu den Haupttätigkeiten gehören. Die Aufzählung einzelner Nebentätigkeiten in den Reglementen soll bewirken, dass für die Professorinnen und Professoren einer Universität genügend Klarheit besteht, auch wenn diese Aufzählungen meistens nicht abschliessend sind. In wenigen Fällen kommt es vor, dass das, was für die eine Universität als private Nebentätigkeit gilt, für eine andere Universität zum Hauptamt zählt.

3.5. Unterschiedlicher Geltungsbereich der Vorschriften

Es ist von Universität zu Universität unterschiedlich geregelt, wen die Vorschriften über Nebentätigkeiten betreffen.

Tabelle 8: Überblick über den Geltungsbereich der Nebentätigkeitsvorschriften

| | |
|--------------|--|
| UNIBS | <ul style="list-style-type: none"> • alle Angehörigen der Universität Basel und zwar unabhängig vom Vorliegen eines bestimmten Anstellungsverhältnisses • Teilzeitbeschäftigte unterstehen dieser Ordnung nur, soweit Arbeitszeit und Infrastruktur der Universität Basel beansprucht werden. |
| UNIBE | <ul style="list-style-type: none"> • Die Universitätsverordnung richtet sich hinsichtlich Nebentätigkeiten innerhalb des Fachgebiets an Dozentinnen und Dozenten sowie an Assistentinnen und Assistenten. • Die übrigen Nebentätigkeiten ausserhalb des Fachgebietes richten sich für alle Mitarbeitenden nach der Personalgesetzgebung des Kantons Bern. |
| UNIFR | <ul style="list-style-type: none"> • Die Vorschriften gelten für vollamtlich Mitarbeitende der Universität. |
| UNIGE | <ul style="list-style-type: none"> • Ganzer Lehrkörper mit Beschäftigungsgrad 100% |
| UNIL | <ul style="list-style-type: none"> • Ganzer Lehrkörper und alle Mitarbeitenden, unabhängig vom Beschäftigungsgrad |
| UNILU | <p>Die Bestimmungen gelten für Nebentätigkeiten der in Lehre und Forschung tätigen</p> <ul style="list-style-type: none"> • vollamtlichen und hauptamtlichen Professorinnen und Professoren. • Sie gelten für nebenamtliche Professorinnen und Professoren sinngemäss. |
| UNINE | <ul style="list-style-type: none"> • Die Bestimmungen gelten für alle Professorinnen und Professoren • Ablieferungspflicht besteht nur für vollamtliche Professorinnen und Professoren |
| UNISG | <ul style="list-style-type: none"> • Hauptamtlich tätige Dozenten |
| UZH | <p>Den Bestimmungen über die Nebentätigkeiten untersteht</p> <ul style="list-style-type: none"> • das vollzeitlich angestellte wissenschaftliche Universitätspersonal. Vorbehalten bleiben spezielle Bestimmungen im Medizinalbereich. • Teilzeitbeschäftigte unterstehen den Bestimmungen nur, sofern Arbeitszeit, Infrastruktur oder Personal der Universität beansprucht wird oder wenn Verwaltungsratsmandate übernommen werden. |
| USI | <ul style="list-style-type: none"> • Vollamtliche Professorinnen und Professoren |
| EPFL | <ul style="list-style-type: none"> • Alle Professorinnen und Professoren (auch mit herabgesetztem Beschäftigungsgrad) |
| ETHZ | <ul style="list-style-type: none"> • Ordentliche und ausserordentliche Professorinnen und Professoren sowie Assistenzprofessorinnen und -professoren einschliesslich Förderprofessuren (z.B. SNF) der ETHZ, unabhängig von ihrem Beschäftigungsgrad. |



Manchmal gelten die Vorschriften nur für vollamtliche Professorinnen und Professoren, manchmal für den ganzen Lehrkörper (Dozenten, Assistenten) oder sogar für alle Angehörigen der Universität, zum Teil auch abhängig vom jeweiligen Beschäftigungsgrad. Auswertungen der Universitäten nach Kategorien liegen keine vor. Eine sprachliche Unterscheidung kennt die Universität Genf. „**Activités accessoires**“ sind Nebentätigkeiten der vollamtlichen Professorinnen und Professoren, deren Erträge der Ablieferungspflicht (s. Kapitel 5.8) unterliegen. Bei den Vorschriften für die Teilzeitangestellten spricht man von „**activités annexes**“. Diese sind nicht von den Regelungen betroffen.

3.6. Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Alle Universitäten haben Rahmenbedingungen definiert, die aufzeigen, wann eine Nebentätigkeit bewilligt werden muss. Einerseits geht es darum, dass der Kernauftrag - Lehre und Forschung - erfüllt und andererseits dass potentielle Risiken, wie zum Beispiel Interessenskonflikte oder Reputationsverlust, vermieden werden können. Zeitintensive Nebentätigkeiten, wie solche mit häufigen Abwesenheiten oder regelmässig hoher Arbeitslast müssen in der Regel vor der Aufnahme der Nebentätigkeit bewilligt werden. Eine Bewilligung ist auf jeden Fall erforderlich,

- wenn die Nebentätigkeiten den Rahmen der dafür bewilligten Arbeitszeit überschreiten;
- wenn eigene unternehmerische Tätigkeiten und Organfunktionen ohne mittelbaren Zusammenhang mit der Universitätstätigkeit ausgeübt werden;
- für Verwaltungsratsmandate (bei UNIFR nicht explizit erwähnt);
- für die Beanspruchung von Personal der Universität und für die Benutzung von Infrastruktur der Universität.

In welchem Fall und nach welchen Kriterien eine Bewilligung erteilt oder verweigert wird, ist Sache der einzelnen Universitäten. Je nach Universität ist die Bewilligung für mehrere Jahre gültig.

Tabelle 9: Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

| | |
|--------------|--|
| UNIBS | Nebentätigkeiten, die im Jahresdurchschnitt einzeln oder in der Summe mehr als 20% der jährlichen universitären Normalarbeitszeit (bei Vollarstellung einen Tag pro Kalenderwoche) beanspruchen sowie Verwaltungsratsmandate sind vorgängig bewilligungspflichtig. |
| UNIBE | Die Nebenbeschäftigungen von ordentlichen Professorinnen und Professoren, namentlich Dauermandate in der Beratung oder in der Weiter- und Fortbildung sowie Verwaltungsratsmandate, bedürfen einer Bewilligung der Erziehungsdirektion, solche von übrigen Dozentinnen und Dozenten sowie von Assistentinnen und Assistenten einer Bewilligung der Universitätsleitung. Teilzeitlich tätige Dozentinnen und Dozenten oder Assistentinnen und Assistenten benötigen nur dann eine Bewilligung, wenn die zeitliche Beanspruchung der Nebenbeschäftigungen und der dienstlichen Tätigkeit zusammen die Normalarbeitszeit überschreitet. |
| UNIFR | Vollamtlich angestellte Professorinnen und Professoren dürfen ohne die schriftliche Bewilligung des Rektorats keine bezahlten oder zeitraubenden Nebenbeschäftigungen haben. |
| UNIGE | En principe non |
| UNIL | Oui, pour tous les membres du corps enseignant avec un taux d'activité à 100% |
| UNILU | Zeitintensive Nebentätigkeiten, wie solche mit häufigen Abwesenheiten oder regelmässig hoher Arbeitslast infolge Wahrnehmung von Führungsaufgaben, sowie Verwaltungsratsmandate bedürfen der Bewilligung des Rektors. |
| UNINE | Das Reglement ist noch in Bearbeitung |
| UNISG | Die Universitätsangehörigen müssen Fälle, die nicht eindeutig der Positivliste zugeordnet werden können, |



| | |
|----------------|--|
| | dem Rektor zum Entscheid vorlegen. Zeitraubende Nebenbeschäftigungen müssen vom Universitätsrat auf Antrag des Rektors genehmigt werden. Verwaltungsratspräsidien und andere Ämter mit grosser Öffentlichkeitswirkung müssen vorgängig vom Rektor bewilligt werden. |
| UZH | <p>Eine Nebenbeschäftigung einer Professorin oder eines Professors ist bewilligungspflichtig, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • die gesamten Nebenbeschäftigungen im Durchschnitt eines Jahres mehr als einen halben Tag je Kalenderwoche beanspruchen (die Universitätsleitung definiert den zeitlichen Umfang von bis zu sechs Stunden als halben Tag bzw. 12 Stunden als ganzen Tag) oder • aus den Nebenbeschäftigungen und damit zusammenhängenden finanziellen Beteiligungen der Professorin oder dem Professor voraussichtlich Nettoeinnahmen von mehr als Fr. 50'000 zufließen oder • Infrastruktur der Universität beansprucht wird oder • ein Verwaltungsratsmandat übernommen wird. |
| USI | Professeurs ne sont pas concernés |
| ETH-Rat | Oui si activité > 20% du temps de travail, membre d'un conseil d'administration |
| EPFL | Oui pour les activités d'administrateur, de directeur de société, de création d'entreprises ou de participations financières ; auto-évaluation par le professeur lui-même pour les autres types d'activités |
| ETHZ | <p>Nebenbeschäftigungen sind vorgängig bewilligungspflichtig, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • der Zeitaufwand bei voller Anstellung insgesamt einen Arbeitstag pro Woche übersteigt; • es sich um die Übernahme eines Verwaltungsratsmandats oder einer Geschäftsleitungsfunktion in einem Unternehmen handelt; • Infrastruktur der ETH Zürich oder Personal beansprucht wird oder • ein bedeutendes Risiko der Gefährdung der Reputation oder der finanziellen Interessen der ETH Zürich vorhersehbar ist oder vorliegt. |

3.7. Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

An etwa der Hälfte der Universitäten müssen alle Nebentätigkeiten deklariert werden. In der Regel erhalten die Professorinnen und Professoren bzw. die Angestellten vom Rektorat eine entsprechende Aufforderung zur Meldung. Diese Erhebungen finden normalerweise - aber nicht immer - jährlich statt. Dabei werden Angaben zu Art und Umfang sowie zur allfälligen Nutzung von Personal und Infrastruktur verlangt. Professorinnen und Professoren, die im betreffenden Jahr keine Nebentätigkeiten ausgeübt haben, sind angehalten, dies ebenfalls zu bestätigen (Negativmeldung, Negativdeklaration). Die Universitäten Bern, Genf, Lausanne und Zürich verlangen Angaben über die Einnahmen aus den Nebentätigkeiten, wobei Genf und Lausanne primär ein Interesse für die Rückerstattung haben. Deshalb verlangen sie nur Angaben über die Einnahmen aus Nebentätigkeiten. Die EPFL verlangt eine generelle Deklarationspflicht, aber ohne Angaben über die Einnahmen und die dafür verwendete Zeit. Im Gegensatz dazu verzichtet die ETH Zürich bewusst auf eine generelle Deklarationspflicht und auf Angaben über die Einnahmen. Die Schulleitung setzt damit ganz auf die Selbstverantwortung der Professorinnen und Professoren.



Tabelle 10: Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

| | |
|--------------|--|
| UNIBS | Allgemeine Deklarationspflicht Alle Nebentätigkeiten müssen am Ende jedes Jahres auf einem Formular in Form einer Selbstdeklaration dem Rektorat gemeldet werden. Auch Negativmeldungen (Ich bestätige, keine Nebentätigkeiten ausgeübt zu haben). |
| UNIBE | Allgemeine Deklarationspflicht Die Professorinnen und Professoren machen Angaben über die Art der Nebentätigkeit, den Zeitaufwand, die Erträge und über die Infrastrukturnutzung. Auch Negativdeklarationen sowie eine Bestätigung, dass die Professorinnen und Professoren ihre Mitarbeitenden darauf hingewiesen haben, ebenfalls eine Selbstdeklaration zu machen. |
| UNIFR | Allgemeine Deklarationspflicht Nebentätigkeiten sind dem Rektorat auf den Formularen, die regelmässig durch das Rektorat an Professorinnen und Professoren versandt werden, oder bei wichtigen Änderungen zwischenzeitlich, zu melden. Auch Negativdeklarationen (Ich bestätige, keine Nebentätigkeiten ausgeübt zu haben). |
| UNIGE | Teilweise Deklarationspflicht Deklaration für alle ablieferungspflichtigen Aktivitäten. |
| UNIL | Teilweise Deklarationspflicht Prinzip der obligatorischen Selbstdeklaration für alle ablieferungspflichtigen Aktivitäten. |
| UNILU | Allgemeine Deklarationspflicht Die Professorinnen und Professoren deklarieren dem Rektor, die ausgeübten Nebentätigkeiten, deren Umfang und die damit verbundene Beanspruchung der Infrastruktur der Uni. Soweit Interessenskonflikte unvermeidbar sind, müssen sie gegenüber dem Rektor offen gelegt werden. Der Rektor berichtet dem Universitätsrat jährlich über Zahl und Art der Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren. Der Universitätsrat überwacht die Entwicklung (noch nicht umgesetzt, da praktisch keine Nebentätigkeiten). |
| UNINE | Deklarationspflicht, aber noch nicht umgesetzt. |
| UNISG | Teilweise Deklarationspflicht Anzeigepflicht (Selbstdeklaration) für Nebentätigkeiten von mehr als ½ Tag pro Woche; Verwaltungsratsmandate, Geschäftsleitungsfunktionen etc. Selbstdeklaration im Rahmen der alle 3 Jahre stattfindenden Befragung durch das Rektorat. Auch Negativmeldungen (Ich bestätige, keine Nebentätigkeiten ausgeübt zu haben). |
| UZH | Allgemeine Deklarationspflicht Jährliche Deklaration über die Ausübung von Nebentätigkeiten, deren Umfang, die damit verbundene Beanspruchung von Infrastruktur der Universität sowie die daraus erzielten Einnahmen. Auch Negativmeldungen (Ich bestätige, keine Nebentätigkeiten ausgeübt zu haben). |
| USI | Teilweise Deklarationspflicht Deklarationspflicht nur dann, wenn die Nebentätigkeiten die Vertragsbedingungen tangieren. In der praktischen Umsetzung genügt eine mündliche Meldung an den Generalsekretär. |
| EPFL | Allgemeine Deklarationspflicht Jährliche Deklaration über die Ausübung von Nebentätigkeiten, ohne Angaben über generierte Einnahmen und verwendete Zeit. Auch Negativmeldungen (Ich bestätige, keine Nebentätigkeiten ausgeübt zu haben). |
| ETHZ | Keine definierte Deklarationspflicht Deklaration nur dann, wenn eine Bewilligung nötig ist. Die ETHZ verzichtet bewusst auf eine generelle Deklarationspflicht. Man vertraut der Selbstverantwortung der Professorinnen und Professoren. |

3.8. Unterschiedliche Deklarationsformulare

Die Universitäten haben jeweils ihre eigenen, individuellen Meldesysteme und Formulare. Sie verlangen unterschiedliche Angaben, manchmal präzise und manchmal nicht. In Genf und Lausanne enthält beispielsweise das Formular nur Angaben über die Einnahmen aus den Nebentätigkeiten.



Die EPFL verlangt nur Informationen über die Typen von ausgeübten Nebentätigkeiten und die Adresse des Auftraggebers. Die Universitäten Basel, Bern und Zürich verlangen detaillierte Angaben: Anzahl Stunden (ZH); Anzahl Tage (BS, BE), Einnahmen (BE, ZH), Auftraggeber (BS). Es ist nicht ausgeschlossen, dass eine Person, die an zwei Universitäten beschäftigt ist, die gleiche Nebentätigkeit zwei Mal meldet. Dieses Risiko ist bei den Teilzeitangestellten besonders hoch. Nicht alle Universitäten werten die erhaltenen Informationen aus.

Tabelle 11: Deklarationsformulare

(Selbstdeklaration von Nebentätigkeiten; ohne Bewilligungsgesuche)

| | Negativmeldung | Typen | Zeitliche Belastung | Entgelt | Auftraggeber | Benutzung Personal / Infrastruktur | Nutzen für Lehre, Forschung und Weiterbildung |
|---------|----------------|-------|---------------------|---------|--------------|------------------------------------|---|
| UNIBS | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja | Ja | Nein |
| UNIBE | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja | Nein |
| UNIFR | Ja | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Nein |
| UNIGE | Nein | Nein | Nein | Ja | Nein | Nein | Nein |
| UNIL | Nein | Grob* | Nein | Ja | Ja | Ja | Nein |
| UNILU** | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein |
| UNINE | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein |
| UNISG | Nein | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Nein |
| UZH | Ja | Ja | Ja | Ja | Nein | Ja | Nein |
| USI** | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein |
| EPFL | Ja | Ja | Nein | Nein | Ja | Nein | Nein |
| ETHZ** | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein | Nein |

* Die UNIL unterscheidet nur zwischen öffentlichem, non-profit und privatem Sektor

** Die UNILU, die USI und die ETHZ verlangen kein Formular

3.9. Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Es muss unterschieden werden zwischen der Abgeltung für die Benutzung von Personal und Infrastruktur der Hochschule, die alle Universitäten verlangen und zwischen der Abgabe eines Teils der privaten Einnahmen aus Nebentätigkeiten, die vier Universitäten verlangen (UNIGE, UNIL, UNINE, UZH). Die Abrechnungen bedeuten in beiden Fällen für die Universitäten zusätzlichen administrativen Aufwand, der sehr schwer zu budgetieren ist und der durchaus in einem Missverhältnis zum abgelieferten Betrag stehen kann (Kosten-/Nutzen), insbesondere auch deshalb, weil für die Einnahmen aus der Nebentätigkeit jeweils ein nicht ablieferungspflichtiger Freibetrag gilt. Der Einsatz von Universitätspersonal für Nebentätigkeiten muss in jedem Fall entschädigt werden. Dabei entstehen arbeitsrechtliche Probleme und aufwändige administrative Arbeiten, die zahlreiche Fehlerquellen beinhalten können. Der finanzielle Erlös reduziert sich auch entsprechend.

Eine betragliche Obergrenze für die Ablieferungen gibt es nicht. Die Meinungen der Universitätsleitungen zur Ablieferungspflicht von Einnahmen aus privater Tätigkeit sind gegensätzlich. Für die einen ist sie selbstverständlich, weil oft ein Teil der Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit geht; eine Argumentation, die andere nicht teilen und die grundsätzlich dem Sinn ihrer Nebentätig-



keitsregelung entgegensteht. Die Tabelle 7 gibt einen Überblick über die verschiedenen Ablieferungsregelungen:

Tabelle 12: Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

| | |
|--------------------|--|
| UNIBS | Keine Ablieferungspflicht Bei der Revision der Universitätsordnung wurde bewusst auf eine Abgeltungspflicht verzichtet, um den Zusatzverdienst als Anreiz zu verwenden. Ausnahme: Die privatärztliche Tätigkeit |
| UNIBE | Keine Ablieferungspflicht |
| UNIFR | Keine Ablieferungspflicht. |
| UNIGE | Ablieferungspflicht Freigrenze von 30% der Einnahmen; der abzuliefernde Betrag variiert zwischen 20% und 60% des verbleibenden Nettoeinkommens |
| UNIL | Ablieferungspflicht Freibetrag von 5'000 Franken; Differenziertes System. Abzüge von 5% bis 15% des verbleibenden Nettoeinkommens, je nach Typ (Lukrativität) der Nebentätigkeit |
| UNILU | Keine Ablieferungspflicht. |
| UNINE | Ablieferungspflicht. Nur vollamtliche Professorinnen und Professoren Bisher keine Umsetzung |
| UNISG | Keine Ablieferungspflicht |
| UZH | Ablieferungspflicht Ab 50'000 Franken müssen die Professorinnen und Professoren 10% der Nettoeinnahmen abgeben, können das Geld jedoch für ihr Institut / ihren Lehrstuhl nutzen. |
| USI | Keine Ablieferungspflicht |
| ETH-Bereich | Keine Ablieferungspflicht |

Fazit

Alle Universitäten der Schweiz haben den Nebentätigkeitsbereich geregelt, viele davon in der relativ näheren Vergangenheit. Jede Universität hat jedoch eigene Lösungen entwickelt. Der Geltungsbereich betrifft unterschiedliche Personengruppen und innerhalb dieser Gruppen auch Personen mit unterschiedlichem Beschäftigungsgrad. Die grosszügigste Nebentätigkeitsregelung hat die ETH Zürich mit 20% zu Lasten Arbeitszeit, ohne generelle Deklarationspflicht und ohne Ablieferungspflicht der Einnahmen. Am strengsten ist die Universität Lausanne, die keine Nebentätigkeiten während der Arbeitszeit erlaubt aber trotzdem eine Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeit vorschreibt. Ein grosser Teil der Nebentätigkeiten könnte als Drittmittel deklariert werden. Es gibt hier eine Grauzone und man versteht nicht wirklich, warum eine Professorin oder ein Professor einen Auftrag, wie zum Beispiel einen Beratungsauftrag, als Nebentätigkeit anstatt als Drittmittel deklariert. Die einzige Erklärung ist eine Möglichkeit von zusätzlichen Einnahmen.

Die Aufzählung einzelner Nebentätigkeiten in den Reglementen soll bewirken, dass für die Professorinnen und Professoren einer Universität genügend Klarheit besteht, auch wenn diese Aufzählungen meistens nicht abschliessend sind. Die EFK hat festgestellt, dass dies nicht immer der Fall ist. In wenigen Fällen kommt es vor, dass das, was für die eine Universität als private Nebentätigkeit gilt, für eine andere Universität zum Hauptamt zählt. Die Deklarationen richten sich nach den Bedürfnissen der jeweiligen Universität. Nicht alle Universitäten werten die erhaltenen Informationen statistisch aus. Es ist möglich, dass dieselben Nebentätigkeiten an zwei Universitäten gemeldet werden.



4. Umfang der Nebentätigkeiten: nur Schätzungen möglich

4.1. Wenig Transparenz und begrenzte Auskunftsbereitschaft

Einzelne Hochschulen waren nicht bereit, der EFK konkrete Angaben über die Nebentätigkeiten ihrer Professorinnen und Professoren zu machen, auch wenn die Datenbasis vorhanden wäre. Bestenfalls erhielt die EFK eine relativ „grobe“ Schätzung. Eine Universität gab der EFK nur im vertraulichen Rahmen Einsicht.

Einzelne Universitäten haben nur wenige oder gar keine Nebentätigkeiten, weil sie kaum vollamtliche Professorinnen und Professoren beschäftigen, auf die die Regelungen zutreffen. Eine Universität hat neue Vorschriften, die noch nicht umgesetzt werden konnten. Wie aus dem Kapitel Deklarationspflicht hervorgeht, müssen nicht an allen Universitäten die Nebentätigkeiten generell deklariert werden, sondern nur dann, wenn eine Bewilligung eingeholt werden muss (z.B. Verwaltungsratsmandate). Somit verfügen diese Universitäten gar nicht über die von der EFK gewünschten quantitativen Daten. Es ist auch nicht in allen Fällen klar, wie viele gültige Bewilligungen vorhanden sind. Einzelne Universitäten verlangen von den Professorinnen und Professoren zwar die Deklaration der Nebentätigkeiten, geben aber nach aussen nicht bekannt, was mit den erhaltenen Daten geschieht oder sie verzichten explizit auf eine vergleichende Auswertung.

Tabelle 13: Umfang der Nebentätigkeiten

| | |
|--------------|---|
| UNIBS | <p>Umfang: Mittel</p> <p>Anzahl Personen mit NT: Fragebogen an 2'560 Personen; Rücklauf 1'575 Bogen (62%); mit Nebentätigkeit: 104 (7%); davon</p> <p>Anzahl Bewilligungen: 17 Personen mit bewilligungspflichtigen Nebentätigkeiten</p> <p>Betroffen: Wirtschaftswissenschaften und Phil. II, Juristen</p> <p>Generiertes Einkommen: Keine Angaben</p> <p>Zeitliche Belastung: 5-10%</p> |
| UNIBE | <p>Umfang: „Keine grossen Ausmasse“ (keine genauen Zahlen genannt)</p> <p>Anzahl Personen mit NT: 10% bis 20% der Professorinnen und Professoren mit Nebentätigkeiten. In der Regel pro Professor/In ein VR-Mandat, wenige mit 2 VR-Mandaten oder mehr</p> <p>Anzahl Bewilligungen: Keine Angaben</p> <p>Betroffen: Vor allem: Wirtschaft, Recht, Naturwissenschaften, Medizin (wobei hier Spezialregelungen); Keine Zahlen genannt</p> <p>Generiertes Einkommen: Keine Angaben (obwohl Daten vorhanden wären)</p> <p>Zeitliche Belastung: Individuell grosse Unterschiede auf tiefem Niveau. Keine Angaben</p> |
| UNIFR | <p>Umfang: Eher gering</p> <p>Anzahl Personen mit NT: 50 von 187 vollamtlichen Professorinnen und Professoren mit Nebentätigkeiten (27%)</p> <p>Anzahl Bewilligungen: (27%)</p> <p>Betroffen: 4 Personen mit Bewilligung da Zeitaufwand > 10 Tage</p> <p>Generiertes Einkommen: Vor allem Wirtschaft und Recht; Phil. und Theologie haben wenig NT</p> <p>Zeitliche Belastung: Keine Angaben Zwischen 1% und 5% des Arbeitspensums.</p> |
| UNIGE | <p>Umfang: Mittel</p> <p>Anzahl Personen mit NT: 198 (2007)</p> <p>Anzahl Bewilligungen: Keine Angaben</p> <p>Betroffen: vor allem: Wirtschaft, Recht, Medizin (Spezialregelungen) und Psychologen</p> <p>Deklariertes Einkommen: 2.5 Mio. Franken (2007)</p> <p>Generiertes Einkommen: 4 - 6 Personen pro Jahr jeweils zwischen 15'000 - 30'000 Franken</p> <p>Zeitliche Belastung: Keine Angaben</p> |



| | |
|--------------|---|
| UNIL | Umfang: Eher gering Anzahl Personen mit NT: 103 Personen davon 17 Personen haben an die Unil Geld abgegeben (2007) Anzahl Bewilligungen: Keine Angaben Betroffen: Wirtschaft und Recht Deklariertes Einkommen: Keine Angaben Generiertes Einkommen: 40'000 Franken (2007) Zeitliche Belastung: Keine Angaben |
| UNILU | Umfang: Sehr gering Anzahl Personen mit NT: 2 Personen Anzahl Bewilligungen: 2 Personen Betroffen: Recht Generiertes Einkommen: Nicht bekannt Zeitliche Belastung: Gering |
| UNINE | Keine Daten vorhanden, da die Universität bisher noch kein Reglement hatte |
| UNISG | Keine Angaben; Daten sind beim Rektor vorhanden |
| UZH | Umfang: Keine Angaben, obwohl Daten vorhanden wären Anzahl Personen mit NT: Schätzung UZH: 30% der Professorinnen und Professoren (von 500) Anzahl Bewilligungen: Keine Angaben Betroffen: Keine Angaben Einkommen: Keine Angaben Zeitliche Belastung: Schätzung UZH: im Durchschnitt unter 10% |
| USI | Umfang: Sehr gering Anzahl Personen mit NT: Keine Daten, da keine generelle Deklarationspflicht Anzahl Bewilligungen: Die USI hat keine Bewilligungen erteilt Betroffen: Wirtschaft und Informatik (Architekten, besondere Verträge) Einkommen: Keine Angaben Zeitliche Belastung: Keine Angaben |
| EPFL | Umfang: Mittel Anzahl Personen mit NT: 176 von 255 Professorinnen und Professoren (2007) Anzahl Bewilligungen: 30 Personen mit Bewilligung für 47 Nebentätigkeiten (2007) Betroffen: Alle Fakultäten Einkommen: Keine Angaben Zeitliche Belastung: Keine Angaben |
| ETHZ | Umfang: Keine Angaben; keine generelle Deklarationspflicht Anzahl Personen mit NT: Schätzung ETHZ ²¹ : 100% der Professorinnen und Professoren üben (grundsätzlich) Nebentätigkeiten aus; 9% der Professorinnen und Professoren üben Anzahl Bewilligungen: 2007 ein VR-Mandat aus Betroffen: 2007 ein VR-Mandat aus Einkommen: Keine Angaben Zeitliche Belastung: Die Schulleitung verzichtet bewusst auf Angaben zur finanziellen Seite Zwischen 1% bis 20% |

²¹ In seiner Stellungnahme hat der ETH-Rat diese Zahlen als unrealistisch bezeichnet und spricht von 20% der Professorenschaft. Da die EFK keinen Zugang zu den Daten hatte, kann sie das nicht bestätigen, aber die 20% erscheinen im Vergleich zur ETH Lausanne sehr tief und auch nicht realistisch.



4.2. Meistbetroffene Personen und generiertes Einkommen

Es sind vor allem die Professorinnen und Professoren der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, die Nebentätigkeiten ausüben, weil in diesen Bereichen eine Nachfrage aus der Privatwirtschaft besteht. Diese generieren im Durchschnitt auch ein höheres Einkommen aus Nebentätigkeiten als in anderen Fakultäten. In den Fakultäten Recht und Architektur arbeiten primär Professorinnen und Professoren mit reduziertem Beschäftigungsgrad und häufig mit eigener Praxis. Die Mehrzahl der Regelungen betrifft primär vollamtlich angestellte Personen. Wenn eine Person zeitlich belastende Nebentätigkeiten ausübt, reduziert sie in der Regel ihren Beschäftigungsgrad. Es ist einfacher für die Geisteswissenschaftler Nebentätigkeiten auszuüben, weil sie im Gegensatz zu den hochtechnischen Bereichen keine Geräte brauchen, das bedeutet, dass sie weniger Infrastruktur benutzen. Professorinnen und Professoren aus den medizinischen Fakultäten praktizieren meist an Spitälern, wobei diese Form von Nebentätigkeiten aufgrund der Spitalgesetzgebung separat geregelt wird. Als Typen von Nebentätigkeiten werden primär die Beratungsaufträge und die Lehrtätigkeiten (inklusive im Rahmen der Weiterbildung) ausgeübt.

Die EFK schätzt, dass zwischen 7% und 40% der Professorinnen und Professoren in der Schweiz regelmässig Nebentätigkeiten ausüben und dabei im Durchschnitt rund 10'000 Franken jährlich als Bruttoeinkommen verdienen. 40% von 2'500 Professorinnen und Professoren, das heisst rund 1'000 Personen, multipliziert mit 10'000 Franken pro Person ergibt 10 Mio. Franken pro Jahr als generiertes Einkommen aus Nebentätigkeiten.

Fazit

Trotz teilweise fehlender Auskunftsbereitschaft konnte die EFK den Umfang der Nebentätigkeiten einschätzen. Zwischen 7% und 40% der Professorinnen und Professoren üben Nebentätigkeiten aus und generieren ungefähr 10 Mio. Franken Bruttoeinkommen pro Jahr (konservative Schätzung). Die Rechts- und Wirtschaftsfakultäten sind am meisten betroffen.



5. Umsetzung der Nebentätigkeitsregelungen, Kontrolle und Sanktionen

5.1. Zwischen konsequenter und „schlanke“ Umsetzung der Vorschriften

Der Bereich Nebentätigkeiten wird von den Universitäten weder als prioritär noch als risikoreich wahrgenommen. Aus Sicht der Verantwortlichen bzw. Zuständigen gibt es keine grösseren Probleme. Man will auch nicht wegen Einzelfällen auf die Allgemeinheit schliessen. Die Regelungen haben vielfach vor allem präventiven Charakter. Der Aufwand für die Umsetzung der Regelungen wird im Allgemeinen als gering oder zumindest als vertretbar eingeschätzt (ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis). Es lassen sich grob zwei Typen unterscheiden:

- **Konsequente Umsetzung:** Mit geringem bis mittlerem Aufwand. Selbstdeklarationen werden regelmässig eingefordert. Die deklarierten Nebentätigkeiten werden plausibilisiert, beispielsweise durch Listenvergleiche. Hinzu kommt, dass selbst an den grösseren Universitäten die sich mit Nebentätigkeiten befassenden Personen in der Schulleitung davon überzeugt sind, ihre Professorinnen und Professoren gut zu kennen. Eine konsequente Umsetzung besteht generell auch dort, wo Geld abgeliefert und abgerechnet werden muss (Beispiele UNIBE, UZH).
- **Pragmatische Umsetzung:** Einen Mittelweg beschreiten die Universitäten, die nur über einen Teil der Informationen verfügen, beispielsweise keine Negativmeldungen verlangen. Dazu zählen die Universitäten Genf und Lausanne. Auch die EPFL fällt in diese Kategorie, weil sie nur wenige detaillierte Informationen verlangt, beispielsweise keine Angaben über das Einkommen oder die verwendeten Tage.
- **Eher „schlanke“ Praxis:** Kaum Aufwand, da die Deklaration und die Bewilligung zum Teil auf mündlicher, informeller Ebene erfolgen. Dies deshalb, weil die eher kleineren Universitäten weniger vollamtliche Professorinnen und Professoren haben, für welche die Vorschriften anwendbar sind (Beispiele UNILU, USI).

5.2. Umsetzung der Bewilligungspflicht

Wie im Kapitel zum Umfang der Nebentätigkeiten an den Universitäten ersichtlich, wird insgesamt nur ein kleiner Anteil der Nebentätigkeiten den Rektoraten zur Bewilligung vorgelegt. Der häufigste Grund für eine Bewilligung sind Übernahmen von Verwaltungsrats-Mandaten. Die meisten andern Nebentätigkeiten scheinen somit, zumindest aus Sicht der Professorinnen und Professoren, die von ihren Universitätsleitungen definierten Rahmenbedingungen zu erfüllen. In der Regel werden die von den Professorinnen und Professoren zur Bewilligung vorgelegten Nebentätigkeiten von den Rektoraten auch gutgeheissen. Bei einer übermässigen zeitlichen Beanspruchung durch Nebentätigkeiten ist es jedoch an vielen Universitäten gängige Praxis, das Arbeitspensum der betreffenden Professorinnen und Professoren zu reduzieren; dies meist in gegenseitigem Einvernehmen oder sogar aus eigener Initiative der Professoren. Dem Projektteam ist nur ein Fall bekannt, wo eine nicht bewilligte Nebentätigkeit trotzdem ausgeübt wurde. Die Universität ist bei einem Vergleich von Formularen selbst darauf gestossen.

5.3. Fehlende wirksame interne Kontrollinstrumente und selten externe Kontrollen

Die Universitäten fördern zuerst das Vertrauen durch die Selbstkontrolle. Da sie schätzen, dass der Nebentätigkeitsbereich ein geringes Risiko beinhaltet, wollen sie keine Kontrollinstrumente schaffen. Die Vorschriften und Reglemente dienen hauptsächlich zur Prävention und für den Fall, dass mal ein so genanntes „schwarzes Schaf“ auftauchen sollte. Kontrollen durch Dritte (z.B. Kantone) kommen selten vor. Das zentrale Instrument ist jeweils das Formular zur Selbstdeklaration der



Nebentätigkeiten. Einzelne Universitäten betonen, dass unter den Professorinnen und Professoren selbst eine gegenseitige Kontrolle stattfindet und mögliche „Ungereimtheiten“ dem Rektorat oder einer Vertrauensstelle gemeldet werden können. Das Interne Audit des ETH-Rates hat mehrmals festgestellt, dass dieser Bereich kaum kontrollierbar ist. Es gibt wenig Kontrollinstrumente um prüfen zu können, ob die Professorinnen und Professoren lückenlos in den vorgesehenen Fällen die erforderliche Bewilligung einholen, ob den privaten Aktivitäten keine Interessen der Universität entgegenstehen, ob ein Bezug zur Lehr- und Forschungstätigkeit besteht oder ob die benutzte Infrastruktur vollständig deklariert wird. Bei den liberalen Regelungen (z.B. ETH Zürich) setzt man weitgehend auf die Selbstverantwortung der Professorenschaft. Schwierig für die Hochschulen ist es zu kontrollieren, ob die Einnahmen aus den privaten Nebentätigkeiten hinsichtlich Steuern und Sozialversicherungen korrekt abgerechnet werden. Da diese Daten zur Privatsphäre der Professorinnen und Professoren gehören, ist der Zugang beschränkt. Seitdem die Universitäten ihre Buchhaltungen zentralisiert haben ist das Risiko geringer bzw. ist es kontrollierbar geworden, dass die Professoren die Konten der Universitäten nicht für ihre privaten Nebentätigkeiten benutzen.

Kontrollen durch Dritte, zum Beispiel kantonale Finanzkontrollen, kommen selten vor. Im Rahmen einer Sonderprüfung „Mittleinkünfte der Professorenschaft der Universitätskliniken für Zahnmedizin“ standen neben anderen Aspekten auch die Nebeneinkünfte der Professorinnen und Professoren im Fokus. Der (unveröffentlichte) Bericht der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt vom 8. November 2005 empfiehlt der Universität die Umsetzung der Regelung der Selbstdeklaration und die Festsetzung einer limitierten Obergrenze für Nebeneinkünfte²². Die erste Empfehlung der Finanzkontrolle wurde umgesetzt, die zweite nicht, weil innerhalb der Universität eine Differenz besteht. Einige Fakultäten finden diese Regelung zu restriktiv und „ist mit Sicherheit an keiner andern Universität üblich“²³.

5.4. Aufwand für die Umsetzung und Kontrolle

Der Aufwand für die Professorinnen und Professoren ist sehr gering, um die gewünschten Informationen zu liefern. Die Meldeformulare sind häufig auf Internet abrufbar. Je nach Detaillierungsgrad schätzt die EFK den zeitlichen Aufwand zwischen wenigen Minuten bis zu zwei Stunden jährlich. Manchmal gibt es Unsicherheiten, wenn die Professorinnen und Professoren nicht ganz genau wissen, welche Tätigkeiten sie deklarieren müssen. Die EFK schätzt den administrativen Aufwand für die Schulleitung auf höchstens eine 20%-Stelle, das heisst auf maximal rund 20'000 Franken pro Jahr. In Genf ist das Kosten-/Nutzenverhältnis nicht erreicht, da die Rückerstattungen tiefer als die administrativen Kosten sind. Die EFK hat keine Angaben zu den Kosten betreffend Infrastrukturbenutzung erhalten. Da die Universitäten keine Kontrollinstrumente schaffen wollen, ist der Kontrollaufwand entsprechend gering. Einige Universitäten plausibilisieren die Ergebnisse (Sichtkontrolle) und ein paar machen eine kurze Auswertung. In einem Fall bleiben die Formulare in den persönlichen Dossiers und stehen dort zur Verfügung.

²² Bericht der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt vom 8. November 2005 (unveröffentlicht).

²³ Universität Basel, Protokoll der Rektoratskonferenz vom 10. Januar 2006, Seite 2.



Tabelle 14: Aufwand für die Verwaltung der Nebentätigkeiten

| | |
|--------------|---|
| UNIBS | Mittlerer Aufwand; Plausibilisierungen der deklarierten Nebentätigkeiten |
| UNIBE | Mittlerer Aufwand; Die Nebentätigkeiten sind mit 5 Checkpunkten Bestandteil des Internen Kontrollsystems (IKS) |
| UNIFR | Geringer Aufwand ; Plausibilisierungen der deklarierten Nebentätigkeiten |
| UNIGE | Mittlerer Aufwand; aber durch die Ablieferungspflicht von einem Teil der Einnahmen aus Nebentätigkeiten wird der Aufwand im Verhältnis zum Nutzen zu gross |
| UNIL | Geringer Aufwand; nur im Rahmen der Ablieferungspflicht |
| UNILU | Kaum Aufwand; Deklaration und Bewilligung eher auf informeller Ebene |
| UNINE | Kein Aufwand, da die Vorschriften noch in Überarbeitung sind |
| UNISG | Geringer Aufwand; Plausibilisierungen der deklarierten Nebentätigkeiten |
| UZH | Geringer Aufwand, aber eher höher als bei andern Universitäten; Plausibilisierungen der deklarierten Nebentätigkeiten; elektronische Erfassung gewisser Daten |
| USI | Kaum Aufwand, da Deklaration und Bewilligung auf informeller Ebene |
| EPFL | Mittlerer Aufwand; Plausibilisierung der deklarierten Nebentätigkeiten |
| ETHZ | Geringer Aufwand; weitgehend Verzicht auf Selbstdeklaration, sofern nicht bewilligungspflichtig; sog. „Whistleblower-Stelle“, bei der Verstösse gegen Vorschriften gemeldet werden können |

5.5. Administrative Massnahmen aber fast keine Sanktionen

In einigen Vorschriften ist vorgesehen, dass die Schulleitung eine Reduktion des Beschäftigungsgrades beschliessen kann, wenn eine Professorin oder ein Professor zu viele Nebentätigkeiten ausübt, aber in den meisten Reglementen für die Nebentätigkeiten sind keine Sanktionen enthalten. Wenn Nebentätigkeiten ein grosses Ausmass annehmen, wird der betroffene Professor selber die Initiative ergreifen, um seinen Beschäftigungsgrad zu reduzieren, allerdings in Absprache mit der Universitätsleitung und nicht im Sinne einer Sanktion.

Man will es auch gar nicht so weit kommen lassen, dass Sanktionen angewendet werden müssen. Beanstandungen sind offenbar überall sehr selten. Normalerweise werden Spezialfälle in gegenseitigem Einvernehmen geregelt. Gemäss den gemachten Angaben hatte die Mehrheit der Universitäten noch nie Anlass zu Sanktionen. Mögliche Sanktionen könnten sein: Verweis, Rückforderung von Einnahmen, Administrativuntersuchung, Disziplinaruntersuchung und im ETH Bereich gegebenenfalls Überweisung der Akten an die Bundesanwaltschaft. Das Verfahren bei Verletzungen arbeitsrechtlicher Pflichten ist jeweils in der für die Universität gültigen Personalverordnung geregelt.

Fazit

Aufgrund der erhaltenen Informationen ist nicht ersichtlich, wo die Umsetzung und Kontrolle konsequent vorgenommen wird und wo nicht. Die Universitäten setzen bezüglich Nebentätigkeiten auf Vertrauen und Selbstverantwortung. Die Vorschriften und Reglemente dienen hauptsächlich zur Prävention und für den Fall, dass mal ein so genanntes „schwarzes Schaf“ auftauchen sollte. Kontrollen durch Dritte (z.B. Kantone) kommen selten vor. Das zentrale Instrument ist jeweils das Formular zur Selbstdeklaration der Nebentätigkeiten. Einzelne Universitäten betonen, dass unter den Professorinnen und Professoren selbst eine gegenseitige Kontrolle stattfindet und mögliche „Ungeheimheiten“ dem Rektorat oder einer Vertrauensstelle gemeldet werden können.



6. Mehr Chancen als Risiken durch Nebentätigkeiten?

Nebentätigkeiten können durch ihren Umfang, ihre Folgen und Nebenwirkungen zu Beeinträchtigungen im Hochschulbetrieb führen.

6.1. Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten

Die Universitäten beurteilen mehrheitlich die möglichen Risiken der Nebentätigkeiten als sehr klein. Die EFK sieht trotzdem einige wichtige Risiken in diesem Bereich.

Ungenügende Erfüllung der Dienstpflichten

Die Ziele in Lehre und vor allem auch Forschung werden nicht erreicht, weil zu viel Zeit für Nebentätigkeiten aufgewendet wird. In der Regel wird dem begegnet, indem der Beschäftigungsgrad der betroffenen Person gesenkt wird. Im ETH-Bereich kann man sich auch an eine Vertrauensperson („Whistleblower-Stelle“) wenden, wenn man Verstösse gegen Vorschriften feststellt, beispielsweise dann, wenn Doktorandinnen und Doktoranden für private Tätigkeiten der Professorin oder des Professors ausgenutzt werden. Die Interviewpartnerinnen und -partner waren mehrheitlich der Meinung, dass die ungenügende Erfüllung von Dienstpflichten auch ohne spezielles Zeitmanagement an den Universitäten relativ rasch erkannt würde und dass das Risiko als klein einzuschätzen sei.

Undeklarierte Nebentätigkeiten

In der Regel sind die Auftraggeber für Nebentätigkeiten grössere öffentliche oder private Institutionen, die Erfahrung im Umgang mit der Erteilung solcher Aufträge haben und vorgängig AHV- (selbständig / unselbständig) und Mehrwertsteuerfragen mit dem Auftragnehmer abklären. Juristische Personen müssen neuerdings ihren Verwaltungsräten einen Lohnausweis für die Steuererklärung ausstellen. Irrtümliche Falschdeklarationen können dadurch weitgehend ausgeschlossen werden. Absichtliche Falschdeklarationen sind trotzdem möglich und werden in der Regel - falls überhaupt - nur durch Zufall, durch Denunziation, bei einer Buchprüfung oder eventuell bei einer Arbeitgeberkontrolle entdeckt. Eine Schulleitung hat gefordert, dass die Steuerverwaltung Auskünfte weiterleiten könnte, aber der Regierungsrat hat diesen Vorschlag aus Datenschutzgründen abgelehnt.

Zu hohe Benetzung der Infrastruktur

Wenn es erlaubt ist, die Infrastruktur der Universität für eine Privattätigkeit zu benutzen, ist es kaum möglich, die tatsächliche Nutzung zu kontrollieren. Eine Schulleitung hat vorgeschlagen, die Benutzung von Infrastruktur für Nebentätigkeiten strikt zu untersagen. Die Abgrenzung zu institutionellen Aktivitäten wäre dadurch einfacher.

Reputationsverlust der Hochschule und Interessenskonflikte

Es besteht ein Risiko, dass die Professorinnen und Professoren besondere Nebentätigkeiten ausüben und dadurch die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung gefährden, dass kein Zusammenhang mit dem Unterrichts- und Forschungsgebiet besteht oder dass geistiges Eigentum unkontrolliert abfließt. Teilzeitangestellte sind hier auch betroffen, insbesondere wenn sie noch ein eigenes Unternehmen führen. Diese Risiken werden in den Vorschriften oft genannt. Der Experte, Professor Forstmoser hat die Problematik eines hohen Engagements ausserhalb der Hochschule erwähnt und die EFK teilt seine Meinung betreffend die Risiken²⁴:

²⁴ Forstmoser, S. 72.



- Zeitliche Überbelastung von Professoren und daraus folgende Vernachlässigung der Pflichten in Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung
- Einsatz von Infrastruktur oder von Mitarbeitenden für Nebenbeschäftigungen ohne adäquate Entschädigung
- Übermässiger Einsatz von Doktorierenden, so dass deren Forschungsarbeiten negativ beeinflusst werden
- Übergang von Immaterialgüterrechten an private Firmen oder private Nutzung hiervon ohne angemessene Entschädigung der Hochschule
- Begünstigung einzelner Firmen durch deren Zugang zu speziellen oder zu kostengünstigen Ressourcen (Personal, Infrastruktur), die zu Wettbewerbsverzerrungen führen können
- Schädigung des Rufs der Universität durch Nebenbeschäftigungen in fachfremden Gebieten
- Indirekte, mittel- oder langfristige Auswirkungen auf die Zuwendung von Finanzmitteln aus unterschiedlichen Quellen (direkte Bundesbeiträge oder Drittmittel)

6.2. Positive Elemente der Nebentätigkeiten: für wen?

Was die einen als Risiko bezeichnen, wird von andern zugleich auch als Chance wahrgenommen. Als **Chancen** der Nebentätigkeit wurden die folgenden Elemente genannt:

- Praxisnähe; Über Nebentätigkeiten ergeben sich wichtige Kontakte zu Wirtschaft und Verwaltung. Mit diesen Kontakten können die Sponsoringaktivitäten professionalisiert werden. Beispiel: Sponsoring eines Lehrstuhls;
- höheres Ansehen des Professors und der Universität;
- Anreiz für neues Lehrpersonal oder auch eine Gehaltsergänzung;
- Förderung des Wissenstransfers von und in die Uni; in und aus der Wirtschaft;
- permanente Weiterbildung;
- Image- und Reputationsbildung der Uni;
- Profilierung der Uni in verschiedenen Zielgruppen;
- Nebentätigkeiten werden, wie die Drittmittelgewinnung, als Leistungsausweis angesehen;
- Verstärkung der Glaubwürdigkeit der Dozierenden in der Praxis oder bei der Ressourcenbeschaffung;
- „Fuss in Türe“; Aquisition;
- Berufseinstieg für Studenten.

Wie schon erwähnt, sieht die EFK primär die Gehaltsergänzung als Hauptmotivation für die Ausübung von Nebentätigkeiten. Mehrere Universitäten haben dabei den Lohnunterschied zur ETH erwähnt und sehen die Nebentätigkeiten als Möglichkeit, diesen Unterschied auszugleichen. Bei den andern positiven Elementen sieht die EFK grundsätzlich keinen Vorteil, der nicht auch auf die Drittmittel (institutionelle Tätigkeiten) zutreffen würde.

Die Universitäten schätzen die positiven Elemente der Nebentätigkeiten viel höher ein als die Risiken, aber sie können nicht genau zeigen, welche Wirkungen diese Nebentätigkeiten haben. Dass fast alle Universitäten diesen Bereich neu geregelt haben, zeigt auch, dass ein potentielles Risiko besteht. Die Universitäten waren darauf bedacht, diese Regelungen nicht allzu strikt zu verfassen, denn sonst ergäbe sich das Risiko, dass die Professorinnen und Professoren ihren Beschäftigungsgrad reduzieren würden.



7. Schlussfolgerungen

7.1. Beantwortung der drei Hauptfragen

Hauptfrage 1: Sind die Nebentätigkeiten an den Schweizer Hochschulen klar definiert und einheitlich geregelt?

Jede Hochschule hat ihre Regelung klar definiert, aber diese sind nicht einheitlich geregelt. Die wichtigsten Unterschiede liegen bei der Verwendung von Arbeitszeit für Nebentätigkeiten, bei den Typen von Nebentätigkeiten, beim Geltungsbereich, bei der Deklarationspflicht, bei der Bewilligungspflicht und bei der Ablieferungspflicht. Es gibt ebenso viele Regelungen wie Universitäten. Die meisten dieser Regelungen sind relativ neu und daher auch aktuell. Der wahrscheinlich wichtigste Grund für die Schaffung neuer Vorschriften war die für alle Universitäten verbindliche Einführung einer Kosten-/Leistungsrechnung im Jahre 2002. Einige Universitäten haben ihre Organisation und ihre betrieblichen Abläufe überprüft, angepasst oder neu geregelt. Ein weiterer Grund liegt darin, dass einzelne Universitäten ihren eigenen Rechtsstatus erhalten haben und dadurch verschiedene Vorschriften ausser Kraft traten. An ihre Stelle traten neue Vorschriften, Weisungen und Richtlinien. Ein dritter Grund für Reglementanpassungen ist auf die Ergebnisse aus zwei Untersuchungsberichten über Unregelmässigkeiten an der Universität Genf und an der ETH Zürich zurückzuführen. Auch wenn die Überzeugung vorherrscht, dass es sich nur um einzelne „schwarze Schafe“ handelte, wurden einzelne Vorschriften im präventiven Sinne überprüft und angepasst.

Hauptfrage 2: Werden diese Regelungen umgesetzt und kontrolliert?

Man muss unterscheiden zwischen „strikten“ und eher „liberalen“ Regelungen. Es gibt auch Universitäten, bei denen sich das Problem der Umsetzung kaum stellt, sei es, weil die Universität nur sehr wenige hauptamtliche Professorinnen und Professoren hat (z.B. UNILU, USI) oder sei es weil die Vorschriften so neu sind, dass sie noch gar nicht über eine längere Periode umgesetzt werden konnten (z.B. UNINE). Bei den liberalen Regelungen (z.B. ETH Zürich) setzt man weitgehend auf die Selbstverantwortung der Professorenschaft, mit minimalem Aufwand an Administration (Umsetzung) und Kontrolle. Zu den Universitäten mit eher strikten Regelungen gehören die mit einer allgemeinen Deklarationspflicht (z.B. UNIBS, UNIBE, UNIFR, UZH). Auch hier erfolgen die internen Kontrollen pragmatisch, beispielsweise durch prüfen der Vollständigkeit der abgegebenen Deklarationen oder durch „Querchecks“ mit andern geeigneten Unterlagen. Bei der Universität Bern erfolgen die Kontrollen im Rahmen des Internen Kontrollsystems. Externe Kontrollen, die sich konkret auf den Bereich Nebentätigkeiten beziehen, erfolgen - abgesehen von wenigen Ausnahmen - selten.

Hauptfrage 3: In welchem Umfang werden an den Hochschulen Nebentätigkeiten ausgeübt?

Eine Bestimmung des Umfangs der Nebentätigkeiten an den Schweizer Hochschulen ist zurzeit nur schätzbar, einerseits weil die Universitäten selber nicht über die von der EFK gewünschten Daten verfügen oder andererseits, weil sie diese gegenüber Dritten nicht oder nur in Form einer groben Schätzung bekannt geben. Trotz teilweise fehlender Auskunftsbereitschaft konnte die EFK den Umfang der Nebentätigkeiten einschätzen. Zwischen 7% und 40% der Professorinnen und Professoren üben Nebentätigkeiten aus und generieren ungefähr 10 Mio. Franken Bruttoeinkommen pro Jahr. Die Rechts- und Wirtschaftsfakultäten sind am meisten betroffen.



7.2. Synthese der Praxis in der Schweiz: streng vs. liberal

Die folgende Tabelle beinhaltet einige Kriterien um zu beurteilen, ob die einzelnen Schweizer Universitäten bezüglich Nebentätigkeiten eher streng oder liberal sind. Als Kriterien wurden die Arbeitszeit (zwischen 0-20%), die Deklarationspflicht (keine, mit oder ohne Negativmeldung), die Meldeformulare (detaillierte Angaben), die Abgabepflicht und die Umsetzung und Kontrollen ausgewählt.

Tabelle 15: Synthesetabelle Typologie der Universitäten

| | Arbeitszeit | Deklarationspflicht | Angaben in den Meldeformularen | Abgabepflicht | Umsetzung und Kontrollen |
|--------|--------------|---------------------|--------------------------------|---------------|--------------------------|
| UNIBS | Liberal | Streng | Eher streng | Liberal | Eher streng |
| UNIBE | Eher streng | Streng | Eher streng | Eher streng | Streng |
| UNIFR | Eher streng | Streng | Eher liberal | Liberal | Eher streng |
| UNIGE | Liberal | Liberal | Eher liberal | Streng | Eher streng |
| UNIL | Streng | Liberal | Eher liberal | Eher streng | Eher liberal |
| UNILU | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal |
| UNINE* | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal |
| UNISG | Eher liberal | Eher liberal | Eher liberal | Liberal | Eher liberal |
| UZH | Eher streng | Streng | Eher streng | Eher streng | Streng |
| USI | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal |
| EPFL | Liberal | Streng | Eher liberal | Liberal | Eher liberal |
| ETHZ | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal | Liberal |

* UNINE Diese Beurteilung erfolgte so, weil die Reglemente erst im Jahr 2009 in Kraft treten

Gemäss dieser Beurteilung sind die Universitäten Bern und Zürich die strengsten, die ETHZ und die kleineren Universitäten die liberalsten.

7.3. Welches ist das ideale Modell?

Die EFK hat bei den Chancen und Risiken darauf hingewiesen, dass die meisten positiven Elemente der Nebentätigkeiten auch auf die Drittmittel (institutionelle Tätigkeiten) zutreffen würden. Je weniger Nebentätigkeiten, desto kleiner die Risiken und desto mehr Drittmittel für die Universitäten. Dass dies machbar ist, zeigt das Beispiel der Universität St. Gallen. Diese verlangt, dass zuerst die HSG-Aufgaben zu erfüllen sind; Nebentätigkeiten betrachtet sie als freiwillige Zusatzleistungen. Trotz einer eher liberalen Nebentätigkeitsregelung verdient die HSG über 50% ihres Gesamthaushalts auf dem Markt und hält diesbezüglich einen grossen Vorsprung auf die anderen Universitäten.

Um die Risiken zu minimieren, braucht es Transparenz und Zugang zu den nötigen Informationen. Der Bereich muss für die Kontrollinstanzen prüfbar sein. Aus Sicht der EFK dient dazu am ehesten die Deklarationspflicht mit vielen Angaben (s. Kapitel Meldeformulare) und eine adäquate Auswertung der Meldungen (strenge Kontrolle). Der Nutzen der Nebentätigkeiten für Lehre, Forschung und Weiterbildung sollte allgemein besser definiert sein und ebenfalls deklariert werden müssen. Die Benutzung von Personal und Infrastruktur für Nebentätigkeiten sollte nur in Ausnahmefällen bewilligt werden. Die Typen von Nebentätigkeiten sollten schweizweit einheitlich definiert sein. Beim Geltungsbereich sollte beachtet werden, dass die Risiken für vollamtlich tätige Professorinnen und Professoren nicht unbedingt dieselben sind wie für den übrigen Lehrkörper.



8. Empfehlungen der EFK

8.1. Generelles

Die Professorinnen und Professoren leben in einem „Spannungsfeld“. Sie sind einerseits „Beamte“, die einem Dienstrecht unterstehen und administrativ eingeengt werden, andererseits sind sie Wissenschaftler und Forscher, mit einer verfassungsmässig garantierten Freiheit von Lehre und Forschung. Auch die zunehmende Verflechtung von Hochschule und Wirtschaft mit einem entsprechenden Wissens- und Technologietransfer führt zu neuen Problemstellungen und Abgrenzungsfragen. Unternehmerisch denkende und handelnde Universitätsangehörige sind vermehrt gefragt. Nicht alle Universitäten haben für die Infrastrukturausstattung oder für die Gehälter die nötigen Mittel, um bezüglich der Attraktivität der Arbeitsplätze mit allen andern Hochschulen mithalten zu können und nutzen den Spielraum, den ihnen die Nebentätigkeiten dafür gewähren. Die EFK geht davon aus, dass diese Nebentätigkeiten einen Nutzen bzw. eine Bereicherung für Lehre, Forschung und Weiterbildung bringen sollten, zumindest da, wo Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit ausgeübt werden. Aus dem Vergleich zwischen den universitären Hochschulen der Schweiz versucht die EFK einige Empfehlungen abzuleiten, die darauf abzielen zu zeigen, wie die Nebentätigkeiten am besten geregelt und kontrolliert werden könnten, um deren Risiken ohne unnötige Bürokratie auf ein Minimum zu beschränken.

Die EFK fördert kein einheitliches System, sieht aber ein Verbesserungspotential bei einer kohärenten Umsetzung der Regelungen. Die EFK erachtet es als wichtig, einen höheren Grad der Transparenz in diesem Bereich zu schaffen.

8.2. Empfehlungen

Die Empfehlungen richten sich primär an die Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, das heisst, sie gehen automatisch auch an deren Mitglieder. Stimmberechtigte Mitglieder der CRUS sind die Rektoren bzw. Präsidenten der zehn kantonalen Universitäten und der beiden ETH. Die EFK erwartet auch, dass das Staatssekretariat für Bildung und Forschung dazu Stellung nimmt, weil das SBF die Bundesbeiträge an die Universitäten ausrichtet und auch Anreize für „good governance“ der Universitäten schaffen kann.

Empfehlung 1:

Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten und dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung, Massnahmen zu initiieren, dass die Universitäten und Hochschulen Anreize schaffen, damit die Professorinnen und Professoren vorwiegend vermehrt Drittmittelaufträge anstelle von privaten Nebentätigkeiten aquirieren.

Der Bund und die Schweizer universitären Hochschulen unterstützen grundsätzlich die Kontakte der Professorinnen und Professoren zu Institutionen und Unternehmen in Staat und Wirtschaft, weil sie der Bereicherung von Unterricht und Forschung dienen und zu verstärkten Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft beitragen können. Die EFK erkennt keinen Mehrwert, wenn diese Kontakte im Rahmen von Nebentätigkeiten anstatt von Drittmittelaufträgen stattfinden. Diese wertvollen Kontakte können durch institutionelle anstatt private Aufträge erfolgen.



Die Universitäten sind angesichts der knappen öffentlichen Mittel immer mehr auf eine teilweise Fremdfinanzierung durch nichtstaatliche Mittel angewiesen. Diese werden von allen Universitäten nach dem einheitlichen Kostenrechnungsmodell verbucht. Dies schafft für den Bund als Geldgeber die nötige Transparenz, um die Mittel verteilen zu können. Anreize könnten beispielsweise eine Begrenzung der Einnahmen aus Nebentätigkeit oder eine strenge Limitierung der dafür verwendete Arbeitszeit sein. Andere Anreize könnten in Form von administrativer Unterstützung durch die Universität oder durch finanzielle Unterstützung mit Overhead-Mitteln aus Drittmittelaufträgen erfolgen.

Empfehlung 2:

Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass Nebentätigkeiten, für die Universitätspersonal eingesetzt und/oder Infrastruktur benutzt wird, vorwiegend als Drittmittelaufträge behandelt werden.

Wenn auf privater Basis Personalkosten abgerechnet werden müssen, entstehen arbeitsrechtliche Probleme und aufwändige administrative Arbeiten, die zahlreiche Fehlerquellen und Risiken beinhalten können. Diese Kosten tragen die Professorinnen und Professoren selber. Der finanzielle Erlös wird dadurch entsprechend geschmälert.

Empfehlung 3:

Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass die Universitäten und Hochschulen von den betroffenen Mitarbeitenden jährlich eine schriftliche Selbstdeklaration für alle Nebentätigkeiten verlangen. Wer in dieser Periode keine Nebentätigkeiten ausgeübt hat, muss dies ebenfalls unterschriftlich bestätigen.

Um die Transparenz zu erhöhen, sollte das Ausmass der Nebentätigkeiten den Universitäten bekannt sein. Die Selbstdeklaration soll Auskunft geben über Nebentätigkeitstypen, den Auftraggeber, die zeitliche Belastung insgesamt und zu Lasten der Arbeitszeit (auch für die Mitarbeitenden), Entschädigung, eingesetzte Mitarbeitende und die Benutzung von universitärer Infrastruktur. Bezüglich Infrastruktur soll auch angegeben werden, ob und in welchem Masse die Infrastruktur Drittpersonen zugänglich gemacht wurde. Aus diesen Deklarationen könnten Risiken wie Interessenskonflikte, kein Zusammenhang mit der akademischen Tätigkeit, Vernachlässigung der Haupttätigkeit, Probleme betreffend geistiges Eigentum oder unerwünschter Einsatz von Personal und Benutzung von Infrastruktur vorgebeugt werden. Negativmeldungen dienen dazu, dass die Universität eine Kontrollmöglichkeit hat, ob die Deklarationen von allen Mitarbeitenden gemacht wurden.



Empfehlung 4:

Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, für alle Universitäten und Hochschulen einheitliche Kategorien von Nebentätigkeiten auszuarbeiten.

Praktisch alle Universitäten haben in ihren Vorschriften die für sie wichtigen Typen von Nebentätigkeiten einzeln aufgezählt. Es gibt aber Tätigkeiten, die je nach Universität unterschiedlich interpretiert werden, wie zum Beispiel die Vortragstätigkeit, öffentliches Amt, bedeutende politische Tätigkeiten, Lehrverpflichtungen in der Aus-, Weiter- und Fortbildung an anderen Hochschulen oder Institutionen usw. Gleichzeitig sollte auch festgelegt werden, was nicht als Nebentätigkeit gilt. Dies schafft Klarheit und verhindert, dass Tätigkeiten als Nebentätigkeiten deklariert werden, obwohl sie zum Hauptamt gehören.

Empfehlung 5:

Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass die Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren an den Universitäten und Hochschulen sowohl für interne als auch für externe Instanzen kontrollierbar sind.

Um die Risiken zu minimieren, braucht es Transparenz und Zugang zu den nötigen Informationen. Die Universitäten und Hochschulen sind überzeugt, dass der Nebentätigkeitsbereich ein geringes Risiko beinhaltet und wollen deshalb keine zusätzlichen Kontrollinstrumente schaffen. Auch wenn sich die Nebentätigkeiten nicht im Rechnungswesen der Universitäten niederschlagen, ist die EFK der Auffassung, dass sie - wo vorhanden - dennoch in das Interne Kontrollsystem (IKS) der Universitäten integriert werden könnten. Es könnte auch ohne zusätzliche Bürokratie geeignete Auswertungen von den vorhandenen Selbstdeklarationen gemacht werden (Plausibilisierungen, numerische Kontrollen usw.).

Empfehlung 6:

Die EFK empfiehlt dem ETH-Rat, die Umsetzung der Nebentätigkeitsregelungen der beiden Hochschulen Lausanne und Zürich zu vereinheitlichen.

Gemäss den Weisungen des ETH-Rates Art. 6 müssen die Institutionen die Einzelheiten in gegenseitiger Absprache regeln. Dazu gehören insbesondere das Melde- und Bewilligungsverfahren, die Verwendung bzw. die Abgeltung für die Verwendung ihrer Ressourcen, einschliesslich Personal, die Rechenschaftsablage der Professorinnen und Professoren sowie das Vorgehen im Falle von Missbrauch. Bei der Deklarationspflicht bestehen nach wie vor unterschiedliche Regelungen.





Monographien der Universitäten

1. Monografie der Universität Basel

Kurzportrait

Die Universität Basel, 1460 gegründet, ist die älteste Universität der Schweiz. Seit 1996 hat sie den Status einer selbstbestimmten Universität, getragen von den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Die Universität Basel ist eine für europäische Verhältnisse eher kleine Universität. Trotzdem deckt sie fast alle Studienrichtungen ab. Besondere Beachtung schenkt sie den fakultätsübergreifenden Profilierungsschwerpunkten „Kultur“ und „Life Sciences“.

Im Jahr 2007 zählte die Uni Basel etwas mehr als 11'000 Studierende. Sie hat sieben Fakultäten²⁵, rund 260 Professuren und weitere rund 150 Dozierende und beschäftigt insgesamt knapp 2'400 Mitarbeitende²⁶. Die Uni Basel zählt sich zu den 100 besten Universitäten der Welt, und im deutschen Sprachraum zu den Top Ten. Das Jahresbudget liegt bei rund 550 Mio. Franken. Diese Aufwendungen werden zu je einem Viertel von den beiden Trägerkantonen erbracht. Bundesbeiträge, selbst eingeworbene Drittmittel, Beiträge von anderen Kantonen sowie Gebühren decken die andere Hälfte des Budgets.

Das oberste Entscheidungsorgan der Universität ist gemäss Statut vom 12. Dezember 2007 der Universitätsrat. Er übt die Aufsicht über sie aus. Er erhält den Leistungsauftrag der Regierungen der Vertragskantone. Er erfüllt die ihm durch Universitätsvertrag und Leistungsauftrag übertragene Aufgaben. Das Rektorat führt die gesamtuniversitären Geschäfte.

1.1. Grundlagen für die Nebentätigkeiten

Rechtsgrundlagen

Wichtigste Grundlage bilden die Ordnung und die dazugehörige Wegleitung über Nebentätigkeiten, Vereinbarungen mit Dritten und die Verwertung von geistigem Eigentum im Rahmen der universitären Tätigkeit²⁵, vom 18.8.2004 sowie die Wegleitung für Selbstdeklaration von „Nebentätigkeiten“, vom 1.3.2006.

Definition des Begriffs Nebentätigkeiten

Nebentätigkeiten sind Tätigkeiten, insbesondere Leistungen, die von Angehörigen der Universität Basel im Wesentlichen persönlich und im eigenen Namen für Dritte erbracht werden. Da Nebentätigkeiten an eine Person gebunden sind, ist der Vertragspartner nicht die Universität Basel, sondern der/die Angehörige der Universität.

Keine Nebentätigkeiten sind insbesondere Fachveröffentlichungen (Lehrbücher, Dissertationen, Aufsätze etc.), einzelne Vorträge im Rahmen des Fachgebiets, Mitarbeit in forschungspolitischen Gremien, auch wenn diese Tätigkeiten vom Leistungsempfänger finanziell honoriert werden. Diese Tätigkeiten müssen weder deklariert noch bewilligt werden.

²⁵ Theologische Fakultät, Juristische Fakultät, Medizinische Fakultät, Phil.-Hist. Fakultät, Phil.-Nat. Fakultät, Wirtschaftswissenschaften Fakultät, Fakultät für Psychologie.

²⁶ Angaben gemäss Statistisches Jahrbuch der Schweiz, Jahr 2007; Vollzeitäquivalente; gerundete Zahlen.



Typen von Nebentätigkeiten

Als Beispiele genannt werden Beratungsmandate, Expertisen, Verwaltungsratsmandate, aber auch Lehraufträge an anderen Hochschulen.

Geltungsbereich der Vorschriften

Die Ordnung über Nebentätigkeiten gilt für alle Angehörigen der Universität Basel und zwar unabhängig vom Vorliegen eines bestimmten Anstellungsverhältnisses. Teilzeitbeschäftigte unterstehen dieser Ordnung nur, soweit Arbeitszeit und Infrastruktur der Universität Basel beansprucht werden. Die Kliniken unterstehen nicht der Universitätsordnung sondern den Regelungen des kantonalen Gesundheitsdepartements. Die privatärztliche Tätigkeit ist abgabepflichtig und wird vom Rektorat gesondert geregelt. Es orientiert sich dabei an den Bestimmungen der Verordnung betreffend die privatärztliche Tätigkeit der vom Kanton angestellten Ärztinnen und Ärzte des Kantons Basel-Stadt.

Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit

Grundsätzlich erlaubt sind Nebentätigkeiten, die im Jahresdurchschnitt einzeln oder in der Summe nicht mehr als 20% der jährlichen universitären Normalarbeitszeit (bei Vollanstellung einen Tag pro Kalenderwoche) beanspruchen.

Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

Gemäss Universitätsordnung müssen alle Nebentätigkeiten unabhängig davon, ob sie der Bewilligungspflicht unterliegen, am Ende jedes Kalenderjahres mit einem speziellen Formular schriftlich dem Rektorat deklariert werden.

Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Nebentätigkeiten, die im Jahresdurchschnitt einzeln oder in der Summe mehr als 20% der jährlichen universitären Normalarbeitszeit (bei Vollanstellung einen Tag pro Kalenderwoche) beanspruchen sowie Verwaltungsratsmandate sind vorgängig bewilligungspflichtig.

Nebentätigkeiten sind ohne Bewilligung zulässig, wenn sie die universitäre Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigen, mit der Stellung an der Universität vereinbar sind, die Universität nicht direkt konkurrenzieren, die Interessen der Universität und ihre Rechte als Arbeitgeberin sowie die Interessen der Universitätsangehörigen nicht beeinträchtigen und im Jahresdurchschnitt einzeln oder in der Summe nicht mehr als 20% der universitären jährlichen Normalarbeitszeit (bei Vollanstellung einen Tag pro Kalenderwoche) überschreiten. Für öffentliche Ämter gilt die Personalordnung (§50).

Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Bei der Revision der Ordnung über die Nebentätigkeiten wurde bewusst auf eine Abgeltungspflicht verzichtet, um den Zusatzverdienst als Anreiz zu verwenden. Ausnahme: Die privatärztliche Tätigkeit.

Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Generell werden Nebentätigkeiten im eigenen Namen und persönlich für Dritte erbracht und sollten somit keine Infrastrukturrressourcen der Universität Basel benötigen. Falls trotzdem universitäre Infrastruktur benutzt wird, ist diese angemessen, d.h. zumindest kostendeckend, abzugelten.

1.2. Umfang der Nebentätigkeiten

Der Umfang der Nebentätigkeiten an der Universität Basel ist als gering einzustufen. Diese Aussage stützt sich auf eine schriftliche Erhebung im Jahre 2006 beim Universitätspersonal: an 2 560



Personen wurden Fragebogen abgegeben. Der Rücklauf betrug 1 575 Fragebogen (62%). 104 Personen (7%) deklarierten Nebenbeschäftigung, davon 17 Personen mit bewilligungspflichtigen Nebentätigkeiten. 1 471 Befragte waren ohne Nebentätigkeit. Betroffen sind hauptsächlich die Wirtschaftswissenschaften, Phil II und die Juristen. Durchschnittlich beträgt die zeitliche Belastung durch Nebenbeschäftigung 5-10%. Zum finanziellen Umfang der Nebentätigkeiten können keine Angaben gemacht werden.

1.3. Umsetzung der Vorschriften über die Nebentätigkeiten

Kontrollsystem

Es gibt keine Möglichkeit, die Vollständigkeit und Richtigkeit der in den Deklarationen gemachten Angaben systematisch zu prüfen. Dazu besteht auch keine Notwendigkeit. Im Austausch mit Auftraggebern werden vereinzelt so genannte „Querchecks“ gemacht, die allfällige Unstimmigkeiten erkennen lassen würden. Man will bewusst eine Vertrauensbasis pflegen.

Inkasso der Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Obwohl vom Reglement her vorgesehen, wird gemäss gängiger Praxis keine Abgeltung von Infrastruktur in Rechnung gestellt.

Mögliche Sanktionen

In den Vorschriften sind keine Sanktionen erwähnt. Bewilligungen für Nebentätigkeiten, die mehr als 20% der jährlichen universitären Normalarbeitszeit beanspruchen, haben eine Reduktion des Anstellungsgrades an der Uni zur Folge. In der Praxis gibt es keinen konkreten Fall einer Reduktion durch das Rektorat.

1.4. Chancen und Risiken von Nebentätigkeiten

Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten

Die Gesprächspartner/Innen beurteilen mehrheitlich die möglichen Risiken der Nebentätigkeiten als sehr klein. Genannt wurden:

- Ungenügende Erfüllung der universitären Aufgaben.
Wenn zu viel Zeit für Nebentätigkeiten aufgewendet wird, dann wird entweder keine Bewilligung erteilt oder der Beschäftigungsgrad der betroffenen Person gesenkt.
- Unvereinbarkeit mit der Stellung an der Universität.
- Konkurrenz zur Universität.
Bei den Immaterialgüterrechten besteht ein gewisses Risiko, dass Uniwissen abfließt.
- Beeinträchtigung der Interessen der Universitätsangehörigen.
- Interessenskonflikte.
Interessenskonflikte sind grundsätzlich möglich, das Risiko wird als klein eingeschätzt.

Positive Elemente der Nebentätigkeiten (Chancen)

Die klaren Regelungen mit Spielraum, ohne Überreglementierung, haben sich schon verschiedentlich bei Berufsverhandlungen bewährt. Nebentätigkeiten können vorteilhaft sein,

- für die Aquisition von Drittmitteln;
- hinsichtlich höherem Ansehen der Professorenschaft und der Universität;
- als Anreiz für neues Lehrpersonal oder auch eine Gehaltsergänzung;
- hinsichtlich wichtiger Kontakte zu Wirtschaft und Verwaltung;
- hinsichtlich Förderung des Wissenstransfers.



2. Monografie Universität Bern

Kurzportrait

Die Wurzeln der Universität Bern reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück. Mit dem Gesetz vom 5. September 1996 über die Universität wurde sie neu als öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestaltet. Die strategische Führung wird durch den Leistungsauftrag der Regierung sowie durch ein jährliches Treffen zwischen dem Regierungsrat und der Universitätsleitung wahrgenommen. Oberstes Organ der Universität ist der Senat, operatives Führungsorgan die Universitätsleitung (Rektorin oder Rektor, Vizerektorinnen oder Vizerektoren für die Bereiche Lehre und Forschung, Verwaltungsdirektor). Die Universität Bern versteht sich als Volluniversität mit acht Fakultäten²⁷ und 160 Instituten.

Die Universität Bern befindet sich in einem grundlegenden Wandlungsprozess und will sich als drittes Universitätszentrum in der Schweiz – neben den durch die beiden ETH geprägten universitären Ballungen Zürich und Lausanne/Genf - positionieren. Im Jahr 2007 zählte die Uni Bern etwas mehr als 13'000 Studierende, 310 Professuren und weitere 260 Dozierende. Sie beschäftigt insgesamt 3'400 Mitarbeitende. Das Jahresbudget liegt bei 595 Mio. Franken²⁸.

2.1. Grundlagen für die Nebentätigkeiten

Rechtsgrundlagen

Für Nebenbeschäftigung *ausserhalb* des Fachgebiets gilt das Personalgesetz des Kantons Bern vom 16. September 2004 (Artikel 53).

Wichtigste Grundlage für Nebenbeschäftigung *innerhalb* des Fachgebiets bilden das Universitätsgesetz vom 5. September 1996 und die Universitätsverordnung vom 27. Mai 1998. Diese Rechtsgrundlagen wurden geschaffen, weil die Uni Bern eine eigene Rechtspersönlichkeit erhielt. Auf den 1. Januar 2009 traten diverse Änderungen in Kraft.

Definition des Begriffs Nebentätigkeiten

Als Nebenbeschäftigungen im Sinne der Universitätsverordnung (Artikel 54) gelten Tätigkeiten, die nicht unmittelbar mit der Erfüllung des Auftrags in Lehre, Forschung oder Dienstleistung zusammenhängen und zu wesentlichen Teilen persönlich ausgeführt werden.

Typen von Nebentätigkeiten

Genannt werden einerseits die Lehraufträge in der Aus-, Weiter- und Fortbildung an anderen Hochschulen oder Institutionen und andererseits Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich wie Beratungen, Verwaltungs- und Stiftungsmandate oder Schiedsgerichtstätigkeit.

Geltungsbereich der Vorschriften

Die Universitätsverordnung (Art. 53) richtet sich hinsichtlich Nebenbeschäftigungen *innerhalb des Fachgebiets* an Dozentinnen und Dozenten sowie an Assistentinnen und Assistenten. Die übrigen Nebenbeschäftigungen *ausserhalb des Fachgebietes* richten sich für alle Mitarbeitenden nach der Personalgesetzgebung des Kantons Bern. Die privatärztliche Tätigkeit der in den Universitätsspitä-

²⁷ Theologische Fakultät, Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaft, Medizin, Veterinärmedizin, Philosophisch-historische Fakultät, Philosophisch-humanwissenschaftliche Fakultät, Philosophisch-naturwissenschaftliche Fakultät.

²⁸ Angaben gemäss Statistisches Jahrbuch der Schweiz, Jahr 2006; Vollzeitäquivalente; gerundete Zahlen.



lern tätigen ordentlichen Professorinnen und Professoren richtet sich nach den Bestimmungen der Spitalgesetzgebung (UniV Artikel 53).

Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit

Grundsätzlich toleriert wird eine maximale zeitliche Belastung von 10% der Arbeitszeit, das heisst 20-22 Tage.

Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

Gemäss Universitätsgesetz (Artikel 19) sind die Nebenbeschäftigungen, die dafür aufgewendete Zeit, die Erträge daraus sowie die dafür beanspruchte Infrastruktur jährlich in Form einer Selbstdeklaration schriftlich via Rektorat an die Erziehungsdirektion zu melden.

Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Die Nebenbeschäftigungen von ordentlichen Professorinnen und Professoren, namentlich Dauermandate in der Beratung oder in der Weiter- und Fortbildung sowie Verwaltungs- und Stiftungsmandate, bedürfen einer Bewilligung der Erziehungsdirektion, solche von übrigen Dozentinnen und Dozenten sowie von Assistentinnen und Assistenten einer Bewilligung der Universitätsleitung. Teilzeitlich tätige Dozentinnen und Dozenten oder Assistentinnen und Assistenten benötigen nur dann eine Bewilligung, wenn die zeitliche Beanspruchung der Nebenbeschäftigungen und der dienstlichen Tätigkeit zusammen die Normalarbeitszeit überschreitet (UniV Artikel 55). Bei dauernder erheblicher Belastung wird die Bewilligung grundsätzlich an die Bedingung geknüpft, den Beschäftigungsgrad herabzusetzen.

Lehraufträge an anderen schweizerischen Hochschulen und an weiteren Schulen im Rahmen von Kooperationsabkommen, die Expertentätigkeit bei kantonalen oder eidgenössischen Prüfungen und gelegentlich ausgeübten Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich sind in einem bestimmten zeitlichen Umfang generell erlaubt (bewilligungspflichtig: auswärtige Lehraufträge wenn mehr als 2, bzw. 4 Lektionen pro Woche).

Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Es besteht keine Ablieferungs- oder Rückzahlungspflicht.

Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Wird bei einer Nebenbeschäftigung die Infrastruktur der Universität beansprucht, so sind die Kosten abzugelten (UniG Artikel 19; UniV Artikel 58). Wird für die Ausübung von Nebenbeschäftigungen eine länger dauernde Beanspruchung erwartet, ist die Entschädigung durch Vertrag zwischen der Universitätsleitung und den Professorinnen und Professoren.

2.2. Umfang der Nebentätigkeiten

Detaillierte Angaben sind bei der Uni Bern aufgrund der schriftlichen Selbstdeklarationen vorhanden. Die Verwaltungsdirektion sprach sich deutlich dagegen aus, der EFK Daten zu geben. Sie spricht von grundsätzlich „keinen grossen Ausmassen“. Insgesamt üben 10% bis 20% der Professorinnen und Professoren private Nebentätigkeiten aus. In der Regel üben sie je 1, selten 2 Verwaltungsmandate aus. Betroffen sind vor allem Wirtschaft, Recht, Naturwissenschaften, Medizin (wobei hier Spezialregelungen). Über das durch Nebentätigkeiten generierte Einkommen werden keine Angaben gemacht. Die zeitliche Belastung durch diese Tätigkeiten variiert auf tiefem Niveau, mit Ausnahme von ein paar „Top-Leuten“ mit grossem Umfang.



2.3. Umsetzung der Vorschriften über die Nebentätigkeiten

Kontrollsystem

Im Internen Kontrollsystem (IKS) der Uni Bern betreffen fünf Kontrollpunkte die Nebentätigkeiten. Wer die Selbstdeklaration nicht rechtzeitig einreicht, wird gemahnt.

Inkasso der Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Das Thema Infrastrukturabgeltung generiert aus Sicht der Universitätsverwaltung viel administrativen Aufwand für einen relativ mässigen Ertrag.

Verwaltung der Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Die Professorinnen und Professoren haben die Möglichkeit, die Einnahmen aus Nebentätigkeiten auf einem speziellen Drittmittelkonto der Universität anzulegen und sich das Geld zu einem späteren Zeitpunkt auf ein Privatkonto auszahlen zu lassen. Nur wenige lassen sich das Geld zu einem späteren Zeitpunkt auszahlen. Die meisten nutzen das Geld für eigene Forschungsvorhaben oder für Anschaffungen oder Vorhaben, welche über andere Mittel nicht finanzierbar wären. Bern ist die einzige Uni, welche diese Möglichkeit bietet.

Mögliche Sanktionen

Bei dauernder erheblicher Belastung wird die Bewilligung grundsätzlich an die Bedingung geknüpft, den Beschäftigungsgrad herabzusetzen. Gegebenenfalls kann auch ein Verweis erteilt werden.

2.4. Chancen und Risiken von Nebentätigkeiten

Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten

Die Gesprächspartner beurteilen das Missbrauchsrisiko als klein. Genannt wurde auch das Reputationsrisiko, dem eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wird. :

Positive Elemente der Nebentätigkeiten (Chancen)

Speziell erwähnt werden:

- Praxisorientierte Fragestellungen in Lehre und Forschung
- Erleichterter Berufseinstieg für Studenten
- Möglichkeit für Praktikumsstellen
- Know-how-Gewinn oder -Erhalt



3. Monografie Universität Freiburg

Kurzportrait

1889 gab der Grosse Rat des Kantons Freiburg grünes Licht für die Gründung der ersten Universität in einem katholischen Kanton der Schweiz. Die Universität Freiburg ist aufgrund ihrer deutsch-französischen Zweisprachigkeit schweiz- und europaweit einzigartig. An den fünf Fakultäten²⁹ sind über 200 Professorinnen und Professoren und eine grosse Anzahl nebenamtlich Dozierende tätig. Die Zahl der Studierenden hat sich in den letzten 15 Jahren mehr als verdoppelt und im Herbst 2003 erstmals die 10'000-er Marke überschritten. Die Universität hat mehr als 1'500 Mitarbeitende bei einem Budget von 218 Mio. Franken³⁰.

Die Universität Freiburg ist eine juristische Person öffentlichen Rechts. Sie ist im Rahmen des Gesetzes autonom. Sie steht unter der Aufsicht des Staatsrates; dieser übt die Aufsicht durch die Direktion für Erziehung und kulturelle Angelegenheiten aus. Der Senat ist beschliessendes Organ der Universität Freiburg. Das Rektorat ist das leitende und vollziehende Organ der Universität. Es ist verantwortlich für die allgemeine Politik der Universität, die Strategie und Mehrjahresplanung sowie die Beziehungen mit Behörden, Institutionen und anderen Lehr und Forschungseinrichtungen.

3.1. Grundlagen für die Nebentätigkeiten

Rechtsgrundlagen

Wichtigste Grundlage für die Nebentätigkeiten bilden:

- Gesetz vom 19. November 1997 über die Universität Freiburg (Stand am 1. Januar 2008)
- Statuten vom 31. März 2000 (Stand am 1. Oktober 2005) der Universität Freiburg
- Richtlinien des Rektorats vom 30. September 2002 betreffend Nebenbeschäftigungen von Professoren und Professorinnen der Universität Freiburg
- Richtlinien des Rektorats vom 30. September 2002 betreffend Nebenbeschäftigungen von Professorinnen und Professoren'

Definition des Begriffs Nebentätigkeiten

Als Nebenbeschäftigungen gelten bezahlte oder unbezahlte Beschäftigungen, welche die Ausübung der universitären Tätigkeit beeinträchtigen könnten. Nicht als Nebenbeschäftigungen gelten die Tätigkeiten, welche direkt mit der Lehr-, Forschungs- und Verwaltungstätigkeit an der Universität verknüpft sind oder in direktem Zusammenhang zu ihr stehen (Richtlinien Artikel 2).

Typen von Nebentätigkeiten

Als Beispiele genannt werden die Lehrtätigkeit an einer anderen Institution, im eigenen Namen erstellte Expertisen, die Teilnahme an einem Verwaltungsrat oder bedeutende politische Tätigkeiten. Unklar ist, ob die Lehrtätigkeit in der Weiterbildung ausserhalb der Uni FR als Nebentätigkeit zu werten ist.

²⁹ Theologische Fakultät, Rechtswissenschaftliche Fakultät, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Philosophische Fakultät, Mathematisch- Naturwissenschaftliche Fakultät.

³⁰ Angaben gemäss Statistisches Jahrbuch der Schweiz, Jahr 2006; Vollzeitäquivalente; gerundete Zahlen.



Geltungsbereich der Vorschriften

Die Vorschriften gelten für vollamtlich Mitarbeitende der Universität (Uni-Gesetz Artikel 15).

Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit

Die Gesamtheit der für die Nebenbeschäftigungen aufgewendete Zeit darf pro Jahr 10 Wochenarbeits-tage nicht überschreiten.

Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

Die Nebenbeschäftigungen sind dem Rektorat mit einem speziellen Formular schriftlich zu deklarieren.

Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Vollamtlich angestellte Professorinnen und Professoren dürfen ohne die schriftliche Bewilligung des Rektorats keine bezahlten oder zeitraubenden Nebenbeschäftigungen haben. Nebenbeschäftigungen benötigen keine ausdrückliche Bewilligung des Rektorats, falls die universitären Aufgaben davon nicht beeinträchtigt werden, ein Interesse für Lehre, Forschung oder Weiterbildung besteht und die Gesamtheit der für die Nebenbeschäftigungen aufgewendete Zeit pro Jahr 10 Wochenarbeits-tage nicht überschreitet.

Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Es besteht keine Ablieferungspflicht.

Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Wird bei der Nebenbeschäftigung die Infrastruktur der Universität beansprucht, so wird eine Gebühr im Verhältnis zur Benützung erhoben (UniG Art. 15).

3.2. Umfang der Nebentätigkeiten

Nebentätigkeiten haben je nach Fakultät (Fachrichtungen) ein sehr unterschiedliches Gewicht. Die Uni Freiburg hat eine grosse philosophische Fakultät. Bei den Geisteswissenschaften ist es häufig (und im Gegensatz zu den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften) so, dass Expertisen und Anderes kostenlos erstellt werden. Insgesamt vier Professoren beantragten und erhielten eine Bewilligung des Rektorats, im Berichtsjahr 2007 für eine spezifische Nebentätigkeit mehr als die im Reglement vorgesehenen 10 Arbeitstage in Anspruch zu nehmen.

An der Universität Freiburg übten im Jahr 2007 50 der insgesamt 187 vollamtlichen Professorinnen und Professoren eine Nebentätigkeiten aus. Dies entspricht einem Anteil von 27%. Vier Professoren beantragten und erhielten eine Bewilligung für ihre Nebentätigkeiten, da sie mehr als die erlaubten 10 Arbeitstage (also ca. 5% des Jahrespensums) in Anspruch nahmen. Die restlichen Nebentätigkeiten bewegten sich folglich in einem Rahmen zwischen 1% und 5% des Arbeitspensums. Der Umfang der Nebentätigkeiten ist an der Uni Freiburg gering.

Tabelle 1: Statistique 2007: Professeurs ordinaires, extraordinaires et associés*

| Facultés | Aucune activité | Activité access. |
|------------------|------------------------|-------------------------|
| Théologie | 17 | 0 |
| Droit | 12 | 13 |
| SES | 19 | 17 |
| Lettres | 50 | 8 |
| Sciences | 39 | 12 |

* taux d'engagement 100% Quelle: Unifr 2008



Durch Nebentätigkeit erzielte Einnahmen sind für die Universität nicht von Interesse. Es erfolgt keine Publikation über Art und Umfang der Nebentätigkeiten.

3.3. Umsetzung der Vorschriften über die Nebentätigkeiten

Kontrollsystem

Aufgrund des sehr kleinen Volumens an Nebentätigkeiten wird vorläufig auf ein eigentliches Kontrollsystem aus pragmatischen Gründen verzichtet. Es erfolgt eine sogenannte „Belegkontrolle“, das heisst die Vollständigkeit der Deklarationen und deren Inhalt werden durch den Rektor geprüft.

Inkasso der Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Die Praxis hat gezeigt, dass die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften im Vergleich zu den Naturwissenschaften praktisch keine Infrastruktur benötigen.

Mögliche Sanktionen

Bei einer andauernden umfangreichen Nebenbeschäftigung kann das Rektorat eine Herabsetzung des Beschäftigungsgrades an der Universität verlangen oder, wenn es nicht Anstellungsbehörde ist, bei der Direktion eine solche Herabsetzung beantragen (UniG Artikel 15). In einzelnen Fällen ist dies schon vorgekommen.

3.4. Chancen und Risiken von Nebentätigkeiten

Das Hauptanliegen der Uni ist es, hohe Arbeitsausfälle durch Nebentätigkeiten zu vermeiden. Interessenskonflikte sind sehr selten, das heisst, es sind keine bekannt.

4. Monographie Université de Genève

Contexte en lien avec les activités accessoires

La notion d'activité accessoire est présente depuis 1973 dans la Loi sur l'université. De nouvelles dispositions ont ensuite été introduites dans la loi et dans le règlement d'application en 1998 afin de délimiter les activités accessoires des autres activités et appliquer le principe de rétrocession. Avant 1998, il n'y avait ni contrôle des activités accessoires, ni rétrocession des gains accessoires.

Le système existant prévoit l'obligation de déclarer les revenus issus d'activités accessoires, mais n'exige pas la mention des activités elles-mêmes. Ces dispositions concernent les membres du corps enseignant à charge complète.

Le principe de rétrocéder une partie des gains provenant des activités accessoires résulte initialement d'une volonté politique. En effet, la focalisation sur les gains d'activités accessoires et le principe d'une rétrocession proviennent d'une initiative du Grand Conseil sur l'intuition que les professeurs ont des activités privées très lucratives.

Une nouvelle loi sur l'université doit entrer en vigueur en 2009. Les dispositions relatives aux activités accessoires sont modifiées à cette occasion. Un nouveau règlement est en cours d'élaboration et devrait être prêt en même temps que la loi.



Ce qui va changer avec les nouvelles dispositions légales : abandon du principe de rétrocession des gains (sous réserve que cette disposition soit approuvée par le Conseil d'Etat), application du principe de l'obligation d'annonce et d'autorisation. Le décanat donne un préavis sur les demandes. Le rectorat doit encore définir les modalités ; il pourrait prévoir une forme d'autorisation générale pour certains types d'activités en deçà d'un certain seuil, soit en fonction de l'importance de l'activité accessoire, soit en fonction du revenu généré par l'activité accessoire. De plus la notion même d'activité accessoire devrait être définie de manière plus précise.

4.1. Bases des activités accessoires

Bases légales

- Loi sur l'Université du 26 mai 1973, art. 30 (Etat au 2 septembre 2008).
- Règlement d'application de la Loi sur l'Université du 10 mars 1986 (RALU), art. 20 (Etat au 2 septembre 2008).

Définition de la notion d'activité accessoire

La loi en vigueur ne définit pas expressément la notion d'activité accessoire. Une telle activité doit cependant avoir un rapport direct avec le domaine d'enseignement ou de recherche. Une distinction est faite entre les activités accessoires pour les enseignants à plein temps et les activités extérieures pour les enseignants à temps partiel. Les activités accessoires correspondent à des activités privées. L'UNIGE met l'accent sur la rétrocession des gains provenant des activités accessoires et non sur le type d'activité exercée. Les activités extérieures ne sont pas concernées par la directive. Tant que les personnes sont engagées à plein temps, l'université a davantage de légitimité pour contrôler leurs activités, y compris privées.

Types d'activités accessoires

- Enseignement et formation continue dispensés à l'extérieur de l'université
- Conseil
- Expertise
- Arbitrage
- Administrateur
- Consultant scientifique d'une start-up

Champ d'application des directives

Les dispositions légales sur les activités accessoires s'appliquent au corps enseignant engagé à plein temps.

Activités accessoires pendant le temps de travail

L'UNIGE applique le principe des 20% à disposition pour des activités accessoires.

Devoir d'annonce des activités accessoires

Le système actuel prévoit l'obligation de déclarer les revenus issus d'activités accessoires, mais pas les activités elles-mêmes.

Autorisation préalable pour les activités accessoires

L'UNIGE n'applique pas le principe de l'autorisation préalable pour les activités accessoires (y compris pour des mandats d'administrateur, par exemple), sauf si l'activité accessoire n'a aucun lien avec l'activité de base. Seul un cas s'est présenté depuis 1998.



Rétrocession des revenus issus d'activités accessoires

Une rétrocession prévue à partir de 30% du traitement annuel ; la part à rétribuer varie entre 20% et 60% du revenu net provenant de l'activité accessoire. Ce système compliqué a été critiqué pour son inefficacité dans le rapport Béguin.

Dédommagement pour l'utilisation de l'infrastructure

L'UNIGE applique le principe de la facturation des frais effectifs.

4.2. Volume des activités accessoires

S'intéressant à la rétrocession des gains issus de ces activités, l'UNIGE connaît les revenus de ces activités ainsi que le nombre de personnes concernées, sur la base d'une déclaration faite annuellement par les membres du corps professoral. Ces données fournissent des informations sur le volume financier des activités accessoires déclarées. L'UNIGE ne connaît en revanche pas concrètement les types d'activités accessoires pratiquées par le corps professoral.

Tableau 1: Revenus déclarés et montants rétrocédés à l'UNIGE

| Année | Nombre de personnes concernées | Revenus déclarés provenant d'activités accessoires Fr. | Nombre de personnes ayant déclaré des gains accessoires | Montants rétrocédés Fr. | Nombre de personnes ayant rétrocédé |
|--------|--------------------------------|---|---|----------------------------|-------------------------------------|
| 2002 | 530 | 2'768'084 | 180 | 29'081 | 6 |
| 2003 | 610 | 2'789'243 | 206 | 34'471 | 5 |
| 2004 | 610 | 2'866'870 | 222 | 35'470 | 4 |
| 2005 | 623 | 3'401'567 | 238 | 127'704* | 4 |
| 2006 | 607 | 2'977'487 | 227 | 15'796 | 4 |
| 2007** | 608 | 2'545'032 | 198 | 1'314 | 3 |

* Une personne a rétrocédé 110'886 francs en 2005. ** Données provisoires, juin 2008. Source : UNIGE, juin 2008.

Tableau 2 : Répartition des activités accessoires par faculté pour l'année 2007

| Nombre de collaborateurs | Facultés | Activités accessoires (montants bruts déclarés) |
|--------------------------|-------------------------|---|
| 19 | Droit | 537'580 |
| 6 | ETI | 71'447 |
| 44 | FPSE | 254'933 |
| 2 | Institut d'Architecture | 23'165 |
| 21 | Lettres | 95'176 |
| 35 | Médecine | 647'970 |
| 33 | Sciences | 309'975 |
| 36 | SES | 602'991 |
| 2 | Théologie | 1'795 |
| 198 | UNIGE | 2'545'032 |

Source : UNIGE, juin 2008.



4.3. Mise en œuvre des directives

Système de contrôle

Les coûts administratifs pour gérer le système des rétrocessions ne sont pas couverts. Les coûts sont estimés à 20'000 francs par an. Or depuis 2006, les rétrocessions sont inférieures à 20'000 francs. Le principe coût / utilité n'est donc pas atteint. Le rapport Béguin a également montré que le système des rétrocessions était inefficace et non rentable.

Il n'existe pas de moyens de contrôle effectifs à l'UNIGE. Lors des discussions de 1997 / 1998 en vue de l'adoption du règlement sur les activités accessoires, le Conseil d'Etat a refusé que l'administration fiscale surveille les gains déclarés, en sus du salaire annuel.

Il n'existe par ailleurs pas de contrôle sur les activités extérieures (enseignants à temps partiel), ni d'informations requises régulièrement sur ces activités. L'université peut cependant solliciter des informations afin de vérifier que les activités hors université n'entravent pas l'exercice du mandat.

Remboursement des frais d'utilisation de l'infrastructure

Concernant l'utilisation de l'infrastructure de l'université pour des activités privées, seulement un cas s'est présenté jusqu'à présent.

Sanctions éventuelles

Une sanction disciplinaire peut être adressée pour fausse déclaration des revenus issus des activités accessoires ou non-rétrocession.

D'une manière générale, les professeurs font attention à leur taux d'activité : ils prennent l'initiative de le réduire s'ils souhaitent exercer davantage d'activités accessoires lucratives. Cette situation ne concerne cependant que quelques professeurs. Ils veillent également à ne pas dépasser la limite des 30% au-delà de laquelle ils doivent rétrocéder une partie des gains.

4.4. Aspects positifs et risques en lien avec les activités accessoires

Risques

- Risque qu'une activité soit déclarée accessoire alors qu'elle devrait être institutionnelle.
- Risque qu'une activité accessoire ne soit pas compatible avec les activités de base ou alors qu'une activité extérieure soit trop importante.
- Aucun contrôle possible si un professeur ne coopère pas et ne fournit pas l'information.
- Coût / utilité du système actuel très limité.

Éléments positifs

- Possibilité pour les professeurs d'augmenter leurs revenus.
- Possibilité d'avoir une activité en dehors de l'université.
- Possibilité pour les professeurs de valoriser leurs connaissances.

L'UNIGE estime qu'elle serait défavorisée par rapport aux autres universités si elle n'offrait pas la possibilité d'exercer des activités accessoires. Elle ne cherche cependant pas à les encourager.



5. Monographie Université de Lausanne

Contexte en lien avec les activités accessoires

La Loi du 6 décembre 1977 sur l'Université de Lausanne contenait un article très général sur les activités accessoires. Cet article demandait qu'une prescription appropriée soit élaborée pour régler plus précisément le domaine des activités accessoires. Un règlement a effectivement été concrétisé mais beaucoup plus tardivement, en 2000.

Pour créer ce premier règlement, à savoir le Règlement du 26 juin 2000 sur les mandats particuliers du personnel de l'UNIL, la direction de l'UNIL s'est inspirée du règlement en vigueur de l'Université de Genève. Ce nouveau règlement de l'UNIL englobait cependant à la fois les mandats institutionnels et les mandats privés, considérés comme des activités annexes.

Le principe de la rétrocession sur les gains accessoires a été instauré à ce moment. Il s'agit d'une conséquence des mesures « table ronde » du canton (mesures d'économies pour remédier au déficit budgétaire approuvées le 3 juin 1999). Lors des discussions au Grand Conseil, des députés ont proposé d'appliquer la pratique de rétrocession, que les enseignants de médecine connaissaient déjà, à l'ensemble des professeurs de l'université. En effet, la faculté de médecine disposait déjà d'une réglementation sur les honoraires privés incluant une rétrocession d'une partie des gains³¹. Comme les montants rétrocédés étaient importants, plusieurs députés ont estimé que, par analogie, les professeurs des autres facultés devaient également avoir de nombreuses activités lucratives et par conséquent d'importants gains complémentaires.

Ce système n'a cependant pas remporté le succès escompté³² : la franchise de base était assez élevée (jusqu'à 30% du salaire n'était pas soumis à rétrocession) ; le taux de retour des questionnaires envoyés pour les déclarations était faible ; le montant des rétrocessions était très difficilement prévisible. En définitive, un seul professeur a dû rétrocéder une partie de ses gains accessoires.

Etant donné que ce premier système ne donnait pas satisfaction, une nouvelle approche a été imaginée. Le Rectorat dirigé par le Professeur Jean-Marc Rapp, recteur de l'Université de Lausanne de 1999 à 2006, a adopté une nouvelle directive concernant les activités accessoires ainsi que les commentaires attendants. Cette nouvelle directive est entrée en vigueur le 1^{er} septembre 2006 et a remplacé le Règlement du 26 juin 2000.

5.1. Bases des activités accessoires

Bases légales

- Loi sur le personnel (2001).
- Loi sur l'Université du 6 juillet 2004 (LUL).
- Directive interne entrée en vigueur le 1^{er} septembre 2006 : Directive de la Direction 1.25. Activités accessoires à l'Université de Lausanne.

³¹ Les enseignants de la faculté de médecine sont liés par une directive sur les activités privées qui émane du Département de l'Action sociale et de la santé.

³² Dans son rapport annuel 2005, la Commission de gestion du Grand Conseil s'est intéressée aux fonds de tiers de l'UNIL et aux revenus externes des professeurs. La Commission a constaté que les gains déclarés paraissent faibles et le contrôle peu assidu.



- Commentaires de la Direction 1.25 bis. Activités accessoires à l'Université de Lausanne, août 2006.

Le dispositif légal sur le Personnel de l'Etat fixe le principe et les bases essentielles des activités accessoires y incluses les charges publiques. Le principe général est fixé à l'art. 51 de la Loi sur le Personnel de l'Etat de Vaud du 12 novembre 2001 (Lpers). L'alinéa 1 de l'art. 51 précise que « collaborateurs informent l'autorité d'engagement des activités accessoires qu'ils exercent ou souhaitent exercer ».

Dans la Loi sur l'Université (LUL) la notion d'activités accessoires apparaît seulement à l'alinéa 2 de l'article 56. Celui-ci stipule la possibilité, pour un professeur ordinaire uniquement, de demander une réduction de son taux d'activité à 80%, afin de lui permettre d'exercer des activités accessoires régulières.

La directive de la direction de l'UNIL du 21 août 2006 fixe les modalités d'application. Elle porte sur les activités accessoires régulières ou occasionnelles des membres du corps enseignant, quel que soit leur taux d'engagement. L'obligation d'annonce a été introduite avec la nouvelle directive.

Définition de la notion d'activité accessoire

Une distinction est faite avec les activités universitaires de base. L'art. 1^{er} de la directive indique que « par activité accessoire, on entend toute activité dépendante ou indépendante exercée pour un tiers en dehors du cahier des charges. »

Types d'activités accessoires

Il n'existe pas de liste des activités accessoires : a priori toute activité privée, accomplie en nom propre, générant un revenu ou non doit être considérée comme accessoire et déclarée comme telle.

Champ d'application des directives

La directive actuelle concerne l'ensemble du personnel de l'UNIL, quelque soit le taux d'activité. Il s'agit du corps enseignant, des collaborateurs scientifiques, du personnel administratif et technique. Elle répond aux exigences de la Loi sur le personnel cantonal. Le domaine médical dispose de dispositions spécifiques.

Activités accessoires durant le temps de travail

La règle des 20% n'existe pas à l'UNIL, ce qui signifie que des activités accessoires doivent être réalisées en dehors des heures de travail. Pour les professeurs ordinaires à plein temps, l'art. 56 al. 2 de la Loi sur l'Université indique la possibilité de réduire leur taux d'activité à 80% pour leur permettre d'exercer des activités accessoires régulières.

Devoir d'annonce des activités accessoires

L'UNIL applique le principe de l'auto-déclaration obligatoire. Tout d'abord, lors de l'engagement, chaque collaborateur doit déclarer les activités accessoires qu'il exerce. Puis, chaque année, l'ensemble des collaborateurs doit remplir un formulaire pour annoncer a posteriori les activités accessoires exercées durant l'année écoulée. Comme l'UNIL s'intéresse principalement aux activités accessoires soumises à rétrocession (soit le personnel engagé à 80% et plus), le formulaire correspond davantage à une déclaration des gains que des activités elles-mêmes.

Autorisation préalable pour les activités accessoires

La directive sur les activités accessoires a introduit le principe d'une autorisation préalable pour tous les membres du corps enseignant ayant un taux d'activité de 80% ou plus. L'obligation



concerne les activités accomplies hors du temps de travail et celles non rémunérées. En l'absence d'une réponse dans les 10 jours, le requérant part du principe que la demande est admise. Le personnel engagé à temps partiel est quant à lui soumis à un devoir de fidélité vis-à-vis de son employeur.

Rétrocession des revenus issus d'activités accessoires

L'obligation de rétrocession ne concerne que le personnel engagé à plein temps (directive, art. 5). L'UNIL a mis en place un mécanisme de rétrocession avec un système différencié en fonction de la nature de l'activité : taux réduit de 5% pour les activités à but non lucratif et taux général de 15% pour les autres activités. Il existe une franchise de 5'000 francs par an. Les activités exercées en faveur du secteur public (une commune, un canton ou la Confédération) sont exemptées de rétrocession. Le barème de rétrocession encourage ainsi les professeurs à avoir des activités accessoires pour des organisations œuvrant pour le service public. Les activités pour le secteur public doivent cependant être déclarées.

Dédommagement pour l'utilisation de l'infrastructure

L'utilisation de l'infrastructure est soumise au remboursement des frais effectifs. Les frais découlant de l'utilisation de l'infrastructure doivent être facturés au mandant, puis reversés à l'université en plus de la rétrocession (directive, art. 6).

5.2. Volume des activités accessoires

En 2006, l'Etat de Vaud a lancé une enquête sur les activités accessoires de l'ensemble du personnel cantonal³³. L'objectif du questionnaire était de voir si les activités accessoires étaient compatibles avec l'activité professionnelle de base. Les résultats ont montré qu'il n'y avait pas de problèmes particuliers à l'UNIL.

La directive actuelle de l'UNIL sur les activités accessoires étant récente, il n'existe des données complètes que pour les activités accessoires exercées en 2007. Par ailleurs l'UNIL ne dispose d'informations détaillées que pour les montants rétrocedés. L'UNIL ne mène pas d'analyse détaillée sur les types d'activités exercées, ni sur les facultés concernées.

Montants facturés pour les activités accessoires exercées en 2006 : 10'000 francs pour 10 à 12 personnes (car le règlement est entré en vigueur le 1^{er} septembre seulement).

Montants facturés pour les activités accessoires exercées en 2007 : 40'000 francs pour 17 personnes (95% de professeurs, un maître d'enseignement et de recherche et un membre du personnel administratif et technique).

En 2007, première année complète pour l'application de la nouvelle directive, l'UNIL dispose des chiffres suivants : **384** personnes ont répondu au formulaire concernant les gains provenant des activités accessoires. Parmi celles-ci :

- **285** personnes n'ont pas déclaré de revenu tout en pouvant avoir exercé des activités accessoires.

³³ *Canton de Vaud, Décision du Conseil d'Etat, Séance du 26 avril 2006. Il n'a pas été possible d'identifier un rapport publié suite à cette enquête.*



- **86** personnes ont déclaré des activités accessoires sans nécessité de rétrocession grâce à la franchise.
- **17** personnes ont dû payer une rétrocession, ce qui correspond à 1% de l'ensemble du personnel de l'UNIL.

L'UNIL estime que 80% des gains accessoires des professeurs proviennent d'activités réalisées pour le secteur public, en particulier l'enseignement. Or ces gains ne sont pas soumis à rétrocession. Il existe par ailleurs des cultures très différentes entre les facultés au sein de l'université. Dans les domaines scientifiques, les professeurs auraient davantage tendance à reverser directement les montants perçus au profit de leur institut. De plus, dans ces domaines, les professeurs utilisent la plupart du temps leur laboratoire pour accomplir des mandats annexes. Dans les sciences humaines, droit et hautes études commerciales en particulier, les professeurs ont un autre raisonnement et accepteraient plus souvent des mandats privés. Ils ont des activités qu'ils conduisent de manière individuelle et il leur est ainsi plus aisé d'accomplir des mandats à titre privé.

5.3. Mise en œuvre des directives

Systeme de contrôle

Selon l'art. 7 de la directive, « sur délégation de la Direction, le service financier de l'Université contrôle la conformité des déclarations aux formules et le versement des rétrocessions ». En pratique, il n'existe pas de contrôle particulier ni de vérification formelle des activités déclarées chaque année. L'UNIL n'insiste pas en cas de non-réponse, préférant miser sur le principe de la confiance, de l'auto-contrôle et de la valeur éthique de la règle : si les personnes ne remplissent pas le formulaire, c'est parce qu'elles ne se sentent pas concernées ou qu'elles estiment ne pas remplir les critères pour une éventuelle rétrocession. Jusqu'en 2008, il n'y a pas eu de refus concernant les annonces d'activités accessoires.

Remboursement des frais d'utilisation de l'infrastructure

Les frais d'utilisation de l'infrastructure sont facturés selon les déclarations faites pour les activités accessoires. Là également prévaut le principe de la confiance.

Sanctions éventuelles

En matière de sanction, l'article 3 de la directive prévoit les dispositions suivantes : « La Direction peut interdire, elle-même ou par délégation, aux membres du personnel de l'Université l'exercice d'une activité accessoire incompatible avec leur fonction. Pour en juger, il est procédé, dans le respect de la Charte de l'Université, à une pesée des intérêts entre la bonne exécution du cahier des charges de l'intéressé, d'une part, et les libertés dont celui-ci doit bénéficier, en particulier celles d'exercer ses droits constitutionnels et de perfectionner par la pratique des compétences utiles à ses fonctions. Une activité accessoire est en tout cas interdite lorsqu'elle heurte les intérêts de l'Etat ou de l'Université, notamment sur le plan du conflit d'intérêt. »

L'UNIL n'a pas eu de cas nécessitant une éventuelle sanction.

5.4. Aspects positifs et risques en lien avec les activités accessoires

Risques

L'UNIL est consciente qu'il existe des risques possibles en lien avec les activités privées : honoraires privés, indemnités, conflits d'intérêts, présence dans une société anonyme, liens familiaux.



Dans le domaine de la formation continue, une tendance existe à multiplier les enseignements ou les interventions dans d'autres universités afin de percevoir un gain supplémentaire. Un règlement uniforme en Suisse dans ce domaine serait donc utile.

Un mandat ne comprend pas toujours la différence entre un mandat institutionnel (pour le compte de l'université) et un mandat réalisé à titre privé. Il existe un risque de confusion. L'UNIL s'efforce de montrer les avantages des mandats institutionnels, y compris pour les professeurs : pris en charge des démarches administratives, soutien pour la valorisation des résultats, autonomie dans la gestion du budget lié au mandat, liberté d'utilisation des infrastructures. Cependant, lorsqu'une affaire fait l'objet de poursuites judiciaires, l'aspect des activités accessoires est minime au regard des autres infractions commises.

Eléments positifs

Permettre aux professeurs d'avoir un certain nombre d'activités accessoires est utile pour l'accomplissement de leur travail académique et pas seulement pour l'apport financier que cela sous-entend. Il est nécessaire pour les professeurs de pouvoir se confronter à la pratique et dans certains domaines, il est parfois vital de travailler entre la théorie et la pratique. La distinction entre mandats institutionnels et activités privées est cependant ténue

Dans le cadre d'une procédure d'arbitrage ou d'une expertise judiciaire, un professeur peut sans autre justifier un mandat privé car il s'engage personnellement en tant qu'expert et assume donc la responsabilité (mandat ad personam). Son expertise l'engage à titre personnel. Dans de tels cas, l'université préfère ne pas recevoir de mandats de ce type, car elle ne souhaite pas que la responsabilité de l'institution soit engagée.

6. Monografie Universität Luzern

Kurzportrait

Die Universität Luzern ist die jüngste Universität der Schweiz. Ihre Wurzeln reichen bis ins Jahr 1600 zurück, doch als moderne Hochschule besteht sie erst seit 2000. 2005 hat der Bundesrat im Sinne des Universitätsförderungsgesetzes für die Universität Luzern die schweizerische Anerkennung beschlossen. Durch ihre späte Gründung und die regionale sowie nationale Einbindung ist ihr die Rolle einer kleinen Wissenschaftsinstitution vorgegeben. Zu ihren Kernkompetenzen gehören die Wissenschaften von Religion, Gesellschaft, Kultur und Recht. Die Universität Luzern besteht aus den drei Fakultäten für Theologie, für Kultur- und Sozialwissenschaften und für Rechtswissenschaft. Rund 50 Professuren (41 VZA) betreuen die 1'755 Studierenden (Frühjahrssemester 2008). Das jährliche Budget beträgt rund 30 Mio. Franken.

Der Universitätsrat ist das strategische Führungsorgan der Universität. Der Rektor hat die operative und betriebliche Leitung der Universität inne und vertritt die Universität gegen aussen. Ein Senat steht der Rektorin oder dem Rektor als Führungs- und Koordinationsorgan zur Seite. Der Senat beruft Professorinnen und Professoren und unterstützt und berät den Rektor in wichtigen Studien-, Forschungs- und Entwicklungs- sowie Dienstleistungs-, Personal- und Finanzangelegenheiten. Er bereitet die Geschäfte des Universitätsrates vor und stellt entsprechend Antrag.



6.1. Grundlagen für die Nebentätigkeiten

Rechtsgrundlagen

Die Uni Luzern verfügt über relativ einfach und offen formulierte Bestimmungen zu den Nebentätigkeiten. Dies sind das Statut der Universität mit Änderung vom 27.06.2007 und die Personalverordnung der Universität Luzern vom 25.10.2005. Das Rahmenreglement für die Institute konnte aufgrund von Uneinigkeiten mit dem Rechtsdienst des Kantons Luzern noch nicht in Kraft treten. Der Streitpunkt ist eine vorgesehene Beteiligung der Professorinnen und Professoren an Entschädigungen für Dienstleistungen.

Definition des Begriffs Nebentätigkeiten

Als Nebentätigkeiten gelten Leistungen von Professorinnen und Professoren, welche diese ausserhalb ihrer universitären Aufgaben in eigenem Namen für Dritte erbringen und welche für ihre Tätigkeit an der Universität förderlich sind (Personalverordnung Artikel 13). Vorträge, Reisen, Publizieren oder das Mitwirken in der Maturitätskommission werden als Hauptamt betrachtet, nicht als private Nebentätigkeit.

Typen von Nebentätigkeiten

Keine Aufzählung einzelner Tätigkeiten.

Geltungsbereich der Vorschriften

Die Bestimmungen gelten für Nebentätigkeiten der in Lehre und Forschung tätigen vollamtlichen und hauptamtlichen Professorinnen und Professoren. Sie gelten für nebenamtliche Professorinnen und Professoren sinngemäss (Personalverordnung Artikel 13). Die Professorinnen und Professoren der Luzerner Spitäler und Kliniken sind nicht durch die Uni Luzern angestellt.

Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit

Es wird in den Vorschriften keine Maximalzeit genannt, die für Nebentätigkeiten toleriert wird. Professorinnen und Professoren sind berechtigt, Nebentätigkeiten auszuüben, sofern diese im Interesse des Wissenstransfers zwischen Universität und Gesellschaft liegen. Bei der Ausübung von Nebentätigkeiten dürfen die Freiheit von Lehre und Forschung sowie die Unbestechlichkeit im wissenschaftlichen Urteil nicht eingeschränkt werden. Weiter sind die Interessen der Universität, insbesondere ihr wissenschaftliches Ansehen, ihre Rechte als Arbeitgeberin sowie die Interessen der Universitätsangehörigen, zu wahren (Personalverordnung Artikel 14).

Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

Die Professorinnen und Professoren deklarieren dem Rektor die ausgeübten Nebentätigkeiten, deren Umfang und die damit verbundene Beanspruchung der Infrastruktur der Universität. (Personalverordnung Artikel 17).

Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Zeitintensive Nebentätigkeiten, wie solche mit häufigen Abwesenheiten oder regelmässig hoher Arbeitslast infolge Wahrnehmung von Führungsaufgaben, sowie Verwaltungsratsmandate bedürfen der Bewilligung des Rektors. Bewilligungsgesuche sind der Rektorin oder dem Rektor vor der Aufnahme der Nebentätigkeit zu unterbreiten.

Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Die Professorinnen und Professoren müssen die Einkünfte aus Nebentätigkeit nicht melden. Sie müssen somit auch nichts abliefern und es gibt keine entsprechende Statistik. Grundlage wäre das Rahmenreglement für die Institute mit Änderung vom 20.09.2006. Dieses ist aber noch nicht in Kraft.



Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Werden für Nebentätigkeiten universitäre Einrichtungen benützt oder Personal der Universität in Anspruch genommen, ist mit dem Rektor eine angemessene Abgeltung zu vereinbaren, die in der Regel kostendeckend ist. (Personalverordnung: Artikel 15).

6.2. Umfang der Nebentätigkeiten

Bisher gab es insgesamt nur zwei Meldungen der Professoren über Nebentätigkeit, eine davon betrifft die Ausübung eines öffentlichen Amtes (Ratsmitglied). Es erfolgt keine Publikation über Art und Umfang der Nebentätigkeiten. Von den drei Fakultäten wäre am ehesten die Rechtswissenschaftliche Fakultät von diesem Thema betroffen. Allerdings wurden aufgrund der schwierigen Rekrutierungssituation - es mussten in kurzer Zeit viele Juristen mit Kenntnissen der Schweizer Rechtsprechung an die neue Fakultät gebunden werden - bewusst auch viele davon mit einem Teilzeit-Pensum (25%-75%) versehen, damit diese weiterhin ihrer Anwaltstätigkeit nachgehen können. Dadurch sind die Nebentätigkeiten für die Uni Luzern eher ein Randthema. Man ist überzeugt, dass niemand mehr als 10% der Zeit dafür aufwendet.

6.3. Umsetzung der Vorschriften über die Nebentätigkeiten

Kontrollsystem

Die Uni Luzern schätzt den Umfang der Nebentätigkeiten als verschwindend gering ein. Deshalb kann man nicht von einer eigentlichen Kontrolle sprechen. Der Rektor legt generell Wert darauf, dass an seiner Uni „community und commitment“ (Gemeinschaftsgefühl und Engagement, Verpflichtung) gelebt werden. Er achtet vor allem darauf, ob und wie sich die Professorinnen und Professoren in der Weiterbildung engagieren. Die Weiterbildung wird weder durch den Kanton noch durch den Bund subventioniert. An der Uni Luzern besteht eine sehr effektive Lehrkontrolle, unter anderem deshalb, weil ein grosser Teil des Lehrpersonals einen reduzierten Beschäftigungsgrad hat und weil die internationale Vernetzung der Professorinnen und Professoren zu häufigen Abwesenheiten führen kann.

Inkasso der Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Bisher war es nicht gegeben, dass Infrastrukturkosten belastet werden mussten.

Mögliche Sanktionen

Es sind keine Sanktionen vorgesehen. Der Rektor sieht momentan keine Notwendigkeit für weitere Regelungen und bezüglich der Sanktionen auch keinen Handlungsbedarf.

6.4. Chancen und Risiken von Nebentätigkeiten

Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten

- Reputationsverlust.
- Interessenkollisionen: Im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten kam es bisher noch nie zu Interessenskonflikten. In einem solchen Fall würde man auf jeden Fall in erster Linie das Gespräch suchen und so eine allseits akzeptable Lösung finden.
- Unmittelbare Konkurrenzierung der Universität durch solche Tätigkeiten.
- Die Aufgaben an der Universität werden nicht zufriedenstellend erfüllt.

Positive Elemente der Nebentätigkeiten (Chancen)

- Hauptvorteile entstehen dann, wenn die Nebentätigkeiten öffentlichkeitswirksam sind. Wenn der Klient eine Privatperson ist, entsteht für die Uni kein Gewinn.



7. Monographie Université de Neuchâtel

Contexte en lien avec les activités accessoires

Adoptée fin 2002, l'actuelle Loi sur l'Université (Lunine) se réfère au terme d'activité annexe et en fixe le principe (art. 52). Dans ce cadre a également été introduit le principe d'une rétrocession partielle des gains annexes importants. Depuis lors, il est prévu d'élaborer un règlement fixant les modalités d'application qui devrait voir le jour en 2009. De fait, les professeurs de l'Université de Neuchâtel disposent d'une grande liberté dans ce domaine, sachant qu'ils ne sont pas tenus, jusqu'à présent, de fournir d'informations sur les activités annexes exercées. Les services de l'université ne disposent d'aucune indication sur l'étendue des activités annexes, le type des activités, les gains annexes ou encore sur les facultés ou instituts concernés.

Le fait que le règlement d'application n'ait pas encore été adopté est dû à différents facteurs, notamment les nombreux changements survenus au niveau du rectorat entre 2002 et 2008. De plus ce thème n'était pas considéré comme prioritaire. Par ailleurs, le mécanisme prévu par la loi est quelque peu complexe puisqu'il suppose que l'Université adopte un règlement général sur les activités annexes, alors que la restitution des gains annexes doit faire l'objet d'un règlement spécifique émanant du Conseil d'Etat. L'UNINE recherche en outre un consensus et un haut degré d'acceptance par le corps professoral.

L'Université a approfondi sa réflexion sur un projet de règlement à partir de 2006. Un rapport du Contrôle cantonal des finances de 2005 indiquant l'existence de comptes non-intégrés à l'Université, c'est-à-dire privés, a servi d'impulsion à la réflexion³⁴. Cette question a un lien direct avec les activités et gains annexes. Entretemps, l'UNINE a mis fin à cette pratique et les comptes ont été réintégrés dans la comptabilité de l'Université.

7.1. Bases des activités accessoires

Bases légales

- Loi sur l'Université du 5 novembre 2002 (Lunine).
L'art. 52 est consacré aux activités et gains annexes.

Définition de la notion d'activité accessoire

La loi utilise le terme d'activité annexe. Il n'existe cependant pas de définition claire, dans l'attente du règlement d'application.

Dans un autre règlement interne sur les pouvoirs de représentation et de signature qui vise à exclure les activités annexes de son champ d'application, il est précisé que : « Sont considérées comme activités annexes, les activités accomplies à titre privé, en son nom propre et pour son propre compte, par un collaborateur de l'Université et qui n'engagent pas celle-ci.³⁵ » Cette formulation correspond aux définitions utilisées dans d'autres universités suisses.

Cependant un doute subsiste sur la claire distinction entre activités institutionnelles et activités privées. En effet, dans son rapport transmis au Grand Conseil en vue de l'adoption de la Loi, le

³⁴ *Le rapport du Contrôle cantonal des finances n'est pas publié, mais un article de presse a donné un écho à cette affaire.*
Source : Erard, Luc Olivier. « L'Uni reprend le contrôle de comptes privés ouverts par les profs ». *Le Courrier*, 4 mai 2006.

³⁵ *Règlement sur les pouvoirs de représentation et de signature de l'Université de Neuchâtel du 11 septembre 2006, art. 2 al. 5).*



Conseil d'Etat indique qu'il souhaite encourager l'exercice d'activités annexes : « Reste le problème des activités et gains annexes qui constituent encore un domaine en pleine évolution. Nous relèverons en effet que la mission confiée à l'Université et au corps professoral de contribuer à la valorisation de la recherche est de nature à modifier certains cahiers des charges et à faire d'activités annexes jusqu'à présent tolérées des activités encouragées et relevant de la charge normale du corps professoral³⁶ ». On ne sait pas s'il faut en déduire que l'Université veut encourager les activités privées ou plutôt les activités institutionnelles.

Types d'activités accessoires

Il n'existe pas de liste des activités annexes.

Champ d'application des directives

Les membres du corps professoral à plein temps qui exercent une activité annexe rémunérée (art. 52, al. 1 de la Loi sur l'Université).

Activités accessoires pendant le temps de travail

Il est prévu d'accorder 20% du temps pour pouvoir exercer des activités annexes.

Devoir d'annonce des activités accessoires

La loi prévoit l'annonce des activités annexes rémunérées exercées par le corps professoral à plein temps.

Autorisation préalable pour les activités accessoires

La loi prévoit cette disposition, sur la base du devoir d'annonce. Une autorisation pourrait être refusée si l'activité compromet l'accomplissement des prestations et obligations du professeur concerné (art. 52, al. 2).

Rétrocession des revenus issus d'activités accessoires

Le principe d'une rétrocession partielle des gains annexes importants est fixé dans la loi (art. 52, al. 4). Cette disposition doit faire l'objet d'un règlement du Conseil d'Etat. Seuls les professeurs à plein temps sont concernés.

Dédommagement pour l'utilisation de l'infrastructure

Le principe d'une redevance proportionnée à l'utilisation de l'infrastructure est stipulé dans la loi (art. 52, al. 3).

7.2. Volume des activités accessoires

L'UNINE ne dispose pas d'information dans ce domaine. Les enseignants des faculté de droit et d'économie seraient les plus concernés car il leur est important d'avoir des liens avec la pratique. Ils sont cependant souvent engagés à temps partiel.

7.3. Mise en oeuvre des directives

Les modalités de mise en oeuvre du futur règlement n'ont pas encore été approuvées.

Systeme de contrôle

Il n'existe pas de contrôle particulier dans ce domaine.

Remboursement des frais d'utilisation de l'infrastructure

Pas d'information à disposition.

³⁶ *Rapport du Conseil d'Etat au Grand Conseil à l'appui d'un projet de loi sur l'université du 15 mai 2002, pp. 17-18.*



Sanctions éventuelles

La loi prévoit une réduction du taux d'activité si l'activité annexe est importante et durable (art. 52, al. 2).

7.4. Aspects positifs et risques en lien avec les activités accessoires

Risques

- Formation continue : un enseignant a avantage à intervenir dans une autre université.
- Utilisation abusive de l'infrastructure.
- Conflits avec les activités de base : un professeur à 100% doit s'engager pleinement pour l'université.

Éléments positifs

Exercer une activité annexe est considéré comme une fierté, voire même un honneur. Ceci permet de renforcer son réseau et, de fait, les liens entre l'université et le monde professionnel. La visibilité de l'université est ainsi accrue, ce qui est important pour une institution de taille restreinte, mais jouant un rôle important pour sa région.

8. Monographie Universität St. Gallen

Kurzportrait

Die HSG wurde 1898 – in der Hochblüte der St. Galler Stickerei – als «Handelsakademie» gegründet und startete 1899 mit den Vorlesungen. 1911 wurde sie zur «Handelshochschule» und hatte 1963 1'000 Studierende und 27 Professoren. Heute gehört sie zu den führenden Wirtschaftsuniversitäten Europas. Heute bildet die HSG rund 6'000 Studierende in Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Recht und Sozialwissenschaften aus. Es gibt ca. 80 ordentliche bzw. ausserordentliche Professuren (70.3 VZA) und eine grosse Anzahl ständige Dozenturen, Nachwuchsdozenturen, Lehrbeauftragte, Assistenzen und Gastprofessuren. Insgesamt zählt die HSG 690 Mitarbeitende. Das Budget beläuft sich auf 149 Mio. Franken³⁷.

Das Konzept der HSG unterscheidet sich von andern Universitäten. Die HSG wird massgeblich durch ihre rund 30 Institute geprägt: Die weitgehend autonom organisierten Institute finanzieren sich zu einem grossen Teil selbst, sind aber dennoch eng mit dem Universitätsbetrieb verbunden und rechtlich der Universität angegliedert. Sie tragen massgeblich dazu bei, dass die HSG den grössten Selbstfinanzierungsgrad aller Universitäten in der Schweiz hat (über 50 Prozent). Die meisten Institutsdirektorinnen und -direktoren sind auch HSG-Professorinnen und Professoren. Die Institute sind insbesondere in den Bereichen Forschung, Weiterbildung und Dienstleistung tätig.

³⁷ Angaben gemäss Statistisches Jahrbuch der Schweiz, Jahr 2006; Vollzeitäquivalente; gerundete Zahlen.



8.1. Grundlagen für die Nebentätigkeiten

Rechtsgrundlagen

Die Universität St. Gallen ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit unter der Trägerschaft des Kantons St. Gallen. Der Kantonsrat (Parlament) und die Regierung des Kantons St. Gallen üben Aufsichtsfunktionen aus. Wichtigste Grundlage für die Nebentätigkeiten sind nebst dem Universitätsgesetz und dem Universitätsstatut die Richtlinien vom 27. Februar 2006 für Nebenaktivitäten und den Nebenerwerb von Dozierenden an der HSG und die Richtlinien der Institute für die Nutzung von Instituts-Ressourcen bei privat anrechenbaren Tätigkeiten.

Definition des Begriffs und Typen von Nebentätigkeiten

Die Richtlinien für Nebenaktivitäten und den Nebenerwerb von Dozierenden enthalten in Artikel 4 eine Positivliste privat abrechenbarer Tätigkeiten, sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.

Dies sind:

- Entgelte aus wissenschaftlicher und didaktischer Autorentätigkeit
- Gutachtertätigkeit
- Vortragstätigkeit
- Journalistische oder essayistische Beiträge in den Medien (Kolumnen usw.)
- Dienstleistungen (Beratung usw.)
- Lehrtätigkeit ausserhalb der HSG
- Eigene unternehmerische Tätigkeiten und Organfunktionen ohne mittelbaren Zusammenhang mit der Universitätstätigkeit

Geltungsbereich der Vorschriften

Dozierende dürfen keine Tätigkeiten ausüben, welche die Erfüllung ihrer Dienstpflicht oder die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung beeinträchtigen (Universitätsstatut Artikel 47). Hauptamtlich tätige Dozierende sollen ihre volle Arbeitskraft der Lehre und Forschung sowie der akademischen Selbstverwaltung zur Verfügung stellen und auch bei der Festlegung ihres Wohnsitzes dem Gebot der Verfügbarkeit Rechnung tragen.

Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit

Im Falle einer 100%-Anstellung darf die Summe der Nebentätigkeiten nicht mehr als 1 Tag/Woche betragen.

Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

Nebenbeschäftigungen von Belang (ab ½ Tag pro Woche) sowie Organfunktionen (Verwaltungsratsmandate etc.) sind dem Rektor zu melden. Das Rektorat führt zudem alle drei Jahre eine schriftliche Befragung zu den Nebentätigkeiten durch. Schwergewicht dieses Monitorings sind Arbeitsbelastung und allgemeine Loyalitätspflicht resp. Interessenskonflikte. Die Zahl der meldepflichtigen Professorinnen und Professoren liegt bei ca. 80 Personen.

Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Die Universitätsangehörigen müssen Fälle, die nicht eindeutig der Positivliste zugeordnet werden können, dem Rektor zum Entscheid vorlegen. Zeitraubende Nebenbeschäftigungen müssen vom Universitätsrat auf Antrag des Rektors genehmigt werden. Verwaltungsratspräsidien und andere Ämter mit grosser Öffentlichkeitswirkung müssen vorgängig vom Rektor bewilligt werden. Dieser kann die Betätigung im Fall eines Konfliktes mit den Interessen der Universität untersagen (Richtlinien für Nebenaktivitäten).



Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Es besteht keine Ablieferungspflicht für Nebentätigkeiten. Die HSG will bewusst keine Anreize für Nebentätigkeiten bieten, sondern erwartet, dass ihre Institute möglichst viele Drittmittel einbringen.

Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Die Richtlinien bestimmen, dass sowohl für die in mittelbarem Zusammenhang mit der Universitäts-tätigkeit als auch für die damit in keinem Zusammenhang ausgeübten Tätigkeiten der HSG-Dozierenden eine angemessene Abgeltung der dafür genutzten HSG-Ressourcen erfolgt.

8.2. Umfang der Nebentätigkeiten

Die HSG sieht sich nicht in der Lage, aussagekräftige Auskünfte zu geben. Zwar liegen zahlreiche Mitteilungen der einzelnen Professorinnen und Professoren vor, aber diese Informationen stehen nicht aggregiert zur Verfügung.

8.3. Umsetzung der Vorschriften über die Nebentätigkeiten

Kontrollsystem

Alle Meldungen betreffend Nebentätigkeiten werden durch den Rektor persönlich verwaltet. Es werden keine Auswertungen publiziert und es erfolgen keine institutionalisierten Kontrollen.

Mögliche Sanktionen

Es ist schon vorgekommen, dass ein Professor entweder auf Nebentätigkeiten verzichtete oder in seinem Professorenpensum reduziert wurde. Bisher geschahen solche Entscheide immer einvernehmlich.

8.4. Chancen und Risiken von Nebentätigkeiten

Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten

- Interessenskonflikte mit der Universität.
- Nichterreichung des Ziels: Sicherstellung der Erfüllung der Dienstpflichten des Dozierenden.
- Nichterreichung des Ziels: Unabhängigkeit von Lehre und Forschung.

Positive Elemente der Nebentätigkeiten (Chancen)

- Stärkung des Wissenstransfers in und aus der Wirtschaft
- Sicherstellung des Praxisbezugs der Lehre
- Profilierung der HSG in verschiedenen Zielgruppen
- Verstärkung der Glaubwürdigkeit der Dozierenden in der Praxis oder bei der Ressourcenbeschaffung



9. Monographie Università della Svizzera italiana

Contexte en lien avec les activités accessoires

L'Università della Svizzera Italiana (USI) fondée en 1996 est reconnue d'intérêt national depuis 2000, au même titre que les deux écoles polytechniques fédérales et les neuf universités cantonales de Suisse³⁸. L'USI est une entité autonome de droit public. Les rapports entre l'Université et l'ensemble des collaborateurs sont réglés selon les règles de droit privé. Le Code des obligations y est appliqué (Art. 10 de la Legge sull'USI, 1995).

L'USI ne possède pas une grande expérience en matière d'activités accessoires et n'a aucun chiffre officiel à transmettre. En effet, il n'existe pas de fichiers ou de formulaires qui recensent les éventuelles activités accessoires des professeurs. L'USI est relativement petite et récente, et sa direction ne souhaite pas développer une gestion administrative trop lourde. Lorsqu'une décision concernant des activités accessoires doit être prise, les professeurs peuvent s'adresser directement auprès du secrétaire général de l'USI. Par conséquent, la plupart des cas d'activités accessoires sont réglés de manière orale et informelle.

L'USI est cependant dotée de statuts et de règlements qui concernent les activités accessoires. Ces bases légales, instaurées en 2000, ont été complétées en 2007 sur le modèle des règlements de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich. Des précisions ont ainsi été apportées sur les activités accessoires, qualifiées également d'activités externes, sur la gestion des conflits d'intérêts, ainsi que pour définir l'autorité de décision si un cas litigieux se présente.

Dans le cadre d'un mandat institutionnel avec un tiers (donc réalisé au nom de l'université), un professeur peut percevoir un complément de salaire provenant du financement de ce projet. Les solutions sont négociées au cas par cas.

9.1. Bases des activités accessoires

Bases légales

- Legge sull'Università della Svizzera italiana, sulla Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana e sugli Istituti di ricerca, ottobre 1995.

Article 10 : I rapporti dell'Università con i docenti, i ricercatori e gli altri dipendenti sono retti dal diritto privato. Si applica il Codice delle obbligazioni.

- Statuto dell'Università della Svizzera italiana, entrato in vigore il 2 maggio 2003.

L'article 49 est consacré aux activités accessoires. Il précise que toute personne travaillant à plus de 50% doit spontanément informer l'USI de l'éventuel exercice d'activités accessoires. De plus les personnes concernées sont tenues de trouver un accord avec l'organe de nomination pour la répartition des revenus générés, en particulier s'il y a eu utilisation de l'infrastructure de l'USI. Les activités accessoires doivent avoir un lien avec le domaine d'enseignement ou de recherche. Les règlements d'application sont édictés par le Conseil de l'Université de l'USI.

³⁸ Depuis 2000, le canton du Tessin est reconnu en tant que canton universitaire, selon l'art. 3 al. 2 de la LAU (Loi sur l'aide aux universités et la coopération dans le domaine des hautes écoles, 1999).



- Regolamento sulle condizioni generali di lavoro per il personale amministrativo, bibliotecario, tecnico e ausiliario dell'USI, entrato in vigore il 1 giugno 2000, aggiornato il 7 ottobre 2005.

Les articles 33 à 36 traitent des activités accessoires, de l'exercice d'une charge publique, des dons et des informations concernant les mutations à caractère personnel. Selon cette dernière disposition, il convient d'informer l'USI lorsqu'il y a un changement au niveau des activités accessoires.

- Regolamento sulle condizioni generali di lavoro per il corpo accademico dell'Università della Svizzera italiana, del 7 luglio 2000, aggiornato il 7 ottobre 2005 ed in 2007.

Sur le modèle du règlement pour le personnel administratif et technique, les articles 27 à 29 traitent des activités accessoires des dons et des informations concernant les mutations à caractère personnel. L'article 27 est spécifiquement consacré aux activités accessoires désormais qualifiées d'externes et aux charges publiques. Il a été sensiblement remanié et complété en 2007, précisant les conditions d'exercice de telles activités. Les nouvelles dispositions concernent avant tout les professeurs, mais s'appliquent aussi aux autres catégories du personnel académique.

Il existe deux règlements différents (R-corpo accademico pour le personnel académique et R-corpo amministrativo pour le personnel administratif) car ces deux catégories d'employés n'ont pas le même type de contrat. Les employés qui travaillent dans les services administratifs (corpo amministrativo) ont un contrat à durée indéterminée alors que le personnel académique reçoit un contrat à durée déterminée : les professeurs (di ruolo) sont engagés pour 4 ans, les professeurs assistants sont engagés pour 3 ans, les assistants ont un contrat annuel, renouvelable chaque année. La différence au niveau des règlements correspond à la distinction qui se fait au niveau des contrats.

Définition de la notion d'activité accessoire

L'art. 27 al. 1 du R-Corpo accademico 2007 précise qu'un professeur peut exercer en son nom propre, pour son propre compte et sous sa propre responsabilité des activités professionnelles qui ne sont pas prévues dans les rapports de travail avec l'Université, en particulier en qualité d'expert, à condition de ne pas compromettre les obligations liées au rapport de service.

Types d'activités accessoires

Trois types d'activités externes sont mentionnées dans le R-corpo accademico : expertise, membre d'un conseil d'administration ou direction d'une entreprise.

Champ d'application des directives

Selon les statuts de l'USI, l'ensemble du corps académique et administratif de l'USI ayant un contrat de travail d'au moins 50% doit annoncer à l'employeur des éventuelles activités accessoires. Pour les modalités d'application, il existe ensuite une directive spécifique pour le personnel académique et une directive particulière pour le personnel administratif et technique.

Activités accessoires durant le temps de travail

Pour le corps académique, il est possible de consacrer un jour de travail par semaine, soit 20% du temps de travail, pour des activités externes sans demander une autorisation préalable. Pour une charge supérieure à 20%, les professeurs doivent demander l'autorisation du Président de l'université. Dans la pratique, il n'y a pas encore eu de demande de ce genre.



Devoir d'annonce des activités accessoires

L'art. 29 du R-Corpo accademico et l'art. 36 du R-Personale amministrativo prévoit que le personnel est tenu : le personnel académique doit communiquer immédiatement au supérieur direct ou à la direction administrative toute mutation à caractère personnel (adresse, état civil, activités accessoires, etc.) qui peut avoir une influence sur le rapport contractuel.

Il n'existe en revanche pas d'obligation d'annoncer annuellement les activités accessoires ou externes exercées durant l'année écoulée.

Autorisation préalable pour les activités accessoires

Depuis 2007, les professeurs et, le cas échéant, les autres membres du corps académique sont tenus de demander une autorisation au Président de l'Université afin d'exercer un mandat d'administrateur ou pour assumer la direction d'une entreprise. Autre disposition également introduite en 2007, le personnel académique doit demander une autorisation au Président de l'Université pour exercer une activité publique ou une charge publique lorsqu'il existe un conflit d'intérêt potentiel avec l'USI (art. 27 al. 6 du R-Corpo accademico).

Rétrocession des revenus issus d'activités accessoires

Aucune disposition particulière n'est prévue dans ce domaine.

Dédommagement pour l'utilisation de l'infrastructure

Il est prévu qu'un professeur, le cas échéant un membre du corps académique, indemnise l'USI lorsqu'il a eu recours aux ressources de l'université pour accomplir une activité rémunérée pour le compte d'un tiers (art. 27 al. 4 du R-Corpo accademico).

9.2. Volume des activités accessoires

L'USI ne dispose pas de fichier ou de statistique sur les activités accessoires. Les situations sont réglées spontanément, au cas par cas, sans que cela ne fasse l'objet d'un enregistrement formalisé. Les nouvelles dispositions introduites en 2007 n'ont pas entraîné de changements notoires dans ce domaine.

L'activité externe la plus répandue à l'USI est celle qui consiste à enseigner (cours, modules, formation continue) dans une autre université. Dans ce domaine, l'USI estime que les gains pour les professeurs sont minimes. Les activités annexes les plus intéressantes d'un point de vue financier sont les expertises réalisées à titre privé.

Dans les faits, les activités annexes concernent avant tout les « professori di ruolo ». A l'USI, il y a 60 « professori di ruolo », dont 48 à Lugano et 12 à l'Accademia d'architettura de Mendrisio.

Pour les professeurs d'architecture, le règlement est le même que pour les autres professeurs, mais leur type de contrat est différent. En effet, un professeur architecte dispose en général d'un contrat qui stipule que sa présence à l'USI est limitée, ce qui lui permet de continuer à travailler dans un bureau privé, tout en pouvant être rémunéré à l'équivalent d'un poste à 100%. Les architectes coûtent très chers et c'est le seul moyen de pouvoir avoir des professeurs de renom. De fait la plupart des professeurs d'architecture ont leur propre bureau privé à côté de leurs activités d'enseignement et de recherche à l'USI.



9.3. Mise en œuvre des directives

Système de contrôle

Les bases légales et les règlements ont avant tout un caractère préventif dans le but de couvrir l'université en cas de problème. Elles ont donc surtout une valeur théorique. Il n'existe pas de système de contrôle et l'USI, en tant que petite université, souhaite limiter la charge bureaucratique. Etant donné le nombre restreint de professeurs, les procédures d'annonce et d'acceptation en matière d'activités accessoires se font de manière informelle.

La comptabilité et la gestion financière de l'USI ont été confiées à une entreprise externe depuis 1996. Si quelque chose n'est pas claire, les collaborateurs de cette entreprise peuvent en tout temps demander des explications. Ce système de gestion en outsourcing correspond à un mécanisme de contrôle efficace et constitue pour l'USI un gage de qualité. En outre, le Contrôle cantonal des finances effectue des pointages annuels quant à la situation financière générale, la gestion des finances, la gestion des salaires et la caisse de l'Université.

Remboursement des frais d'utilisation de l'infrastructure

L'USI n'a pas été confrontée à des cas d'utilisation de l'infrastructure jusqu'à présent. Elle ne dispose pas d'informations qui indiqueraient une utilisation des moyens de l'université pour accomplir des tâches privées.

Sanctions éventuelles

Les bases légales ne mentionnent pas de dispositions particulières en matière de sanction. L'USI n'a pas été confrontée à des abus particuliers (horaires, usage illégal de matériel, etc.).

Si un conflit d'intérêt survient, le Président de l'Université est l'autorité de décision. Ceci concerne avant tout les activités ou les charges publiques. Un cas s'est présenté, sans conséquence car il n'y avait rien d'illégal, mais qui est cependant à l'origine de la modification du règlement de 2007.

9.4. Aspects positifs et risques en lien avec les activités accessoires

Risques

- Détourner les énergies des activités de recherche et d'enseignement.
- Atteinte à l'image de l'université, principalement en cas de conflit d'intérêt.
- Concurrence déloyale avec le secteur privé si un professeur réalise une expertise à titre privé à un moindre coût que le prix du marché.

Éléments positifs

- Impact positif sur l'image et la réputation de l'Université.
- Utilité de conserver un lien entre la recherche et la pratique.

Dans certains cas (architecture, par exemple), l'exercice d'activités annexes constitue un critère lors de la procédure de nomination.



10. Monografie Universität Zürich

Kurzportrait

Die Universität Zürich (UZH) besteht seit 175 Jahren. Es ist die erste Universität Europas, die nicht von einem Landesfürsten oder von der Kirche, sondern von einem demokratischen Staatswesen gegründet wurde. 1998 nahmen die Stimmberechtigten des Kantons Zürich das neue Universitätsgesetz an und gewährten der UZH den Status einer eigenständigen Rechtspersönlichkeit.

Oberstes Organ ist der Universitätsrat. Das Rektorat kümmert sich um strategische Fragen, drei Prorektorate sind für Medizin und Naturwissenschaften, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Rechts- und Wirtschaftswissenschaften zuständig; ihnen werden zudem die Bereiche Forschung, Lehre und akademische Dienste zugeordnet. Finanzen, Personal und Infrastruktur unterstehen dem Verwaltungsdirektor. Die UZH ist die grösste Universität der Schweiz und gehört als Mitglied der «League of European Research Universities» (LERU) zum Kreis der besten Europäischen Forschungsuniversitäten.

Mit rund 100 Fächern verfügt die UZH schweizweit über die grösste Vielfalt im Studienangebot. Gegenwärtig werden rund 24'000 Studierende ausgebildet.

10.1. Grundlagen für die Nebentätigkeiten

Rechtsgrundlagen

Seit 1998 verfügt die UZH über eine eigene Rechtspesönlichkeit. Seitdem wurden verschiedene Vorschriften erlassen (Universitätsgesetz, Personalverordnung, Weisung zur Erteilung von Bewilligungen für die Ausübung von Nebenbeschäftigungen usw.) und in der Zwischenzeit bereits wieder revidiert. Anlässlich der letzten Revision der Personalverordnung, in Kraft seit 1.1.2008, wurden die Bestimmungen zu den Nebenbeschäftigungen geändert. Insbesondere wurde eine generelle Abgabepflicht ab einem bestimmten Freibetrag eingeführt. Das zugehörige Reglement der Universitätsleitung zur Erteilung von Bewilligungen etc. ist am 17. Juli 2008 verabschiedet und rückwirkend per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt worden. Dabei wird auf einfache und klare Definitionen und Regelungen geachtet.

Definition des Begriffs Nebentätigkeiten

Als Nebenbeschäftigungen gelten gemäss § 41 der Personalverordnung Tätigkeiten, die von Angestellten der UZH im eigenen Namen, das heisst nicht im Rahmen ihrer universitären Aufgaben, erbracht werden. Die UZH anerkennt gemäss § 39 Personalverordnung die Bedeutung der Ausübung von universitätsnahen Nebenbeschäftigungen und von praxisbezogener Zusammenarbeit des Universitätspersonals mit Dritten.

Typen von Nebentätigkeiten

Genannt werden in der Personalverordnung Beratungstätigkeiten, externe Lehrverpflichtungen, Verwaltungsratsmandate und andere Dienstleistungen oder arbeitsvertragliche Leistungen. Die Universitätsleitung nennt zudem die Mitwirkung in wissenschaftlichen und universitären Gremien (z.B. scientific advisory board), Gutachter- und Schiedsrichtertätigkeit, die Mitwirkung an der Herausgabe von wissenschaftlichen Zeitschriften, die Ausübung eines öffentlichen Amtes, die Mitgliedschaft in leitenden Organen einer Universitätsklinik oder die Mitwirkung in Experten- oder Arbeitsgruppen etc. Explizit ausgenommen sind universitäre Tätigkeiten wie die Mitwirkung in universitä-



ren oder wissenschaftlichen Gremien von Institutionen mit öffentlichrechtlichen Aufgaben, die Teilnahme an wissenschaftlichen Tagungen, die Mitwirkung an der Herausgabe von wissenschaftlichen Zeitschriften mit keiner oder geringer Entschädigung, die Expertentätigkeit an kantonalen Maturitätsprüfungen oder die Erbringung einer Leistung im Rahmen von Nachdiplomstudien der UZH, welche nicht an die Erfüllung der Lehrverpflichtung angerechnet werden.

Geltungsbereich der Vorschriften

Den Bestimmungen über die Nebentätigkeiten untersteht das vollzeitlich angestellte wissenschaftliche Universitätspersonal. Teilzeitbeschäftigte unterstehen den Bestimmungen nur, sofern Arbeitszeit, Infrastruktur oder Personal der Universität beansprucht wird oder wenn Verwaltungsratsmandate übernommen werden.

Für die privatärztliche Tätigkeit von Zahnärztinnen und Zahnärzten gelten besondere Bestimmungen. Ärztinnen und Ärzte, die als Professorinnen und Professoren bei der Universität angestellt sind, unterstehen dem Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich. Für sie gelten besondere Abgaberegelungen.

Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit

Die UZH ist mit dem Titel dieses Abschnitts nicht einverstanden. Sie erachtet jede Tätigkeit - also auch in der vermeintlichen Freizeit einer Professorin oder eines Professors - als den Bestimmungen unterstellt. Professorinnen und Professoren führen an der UZH (nicht wie das Verwaltungspersonal) keine Zeiterfassungskontrolle und könnten sich auch nicht auf eine 42-Stunden-Woche berufen. Im Gegenzug definiert die UZH den halben Tag der Personalverordnung mit sechs Stunden.

Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

Gemäss Personalverordnung § 43 müssen die Professorinnen und Professoren der Universitätsleitung jedes Jahr die Ausübung der Nebenbeschäftigungen, deren Umfang, die damit verbundene Beanspruchung der Infrastruktur der Universität sowie die daraus erzielten Einnahmen deklarieren.

Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Nebenbeschäftigungen sind zulässig, wenn sie die universitäre Aufgabenerfüllung nicht beeinträchtigen, mit der Stellung an der Universität vereinbar sind, die Universität nicht direkt konkurrenzieren und die Interessen der Universität und ihre Rechte als Arbeitgeberin sowie die Interessen der Universitätsangehörigen nicht beeinträchtigen sowie im Jahresmittel einen Tag pro Kalenderwoche nicht überschreiten. Grundsätzlich ist eine Bewilligung der Universitätsleitung erforderlich, wenn Arbeitszeit oder Infrastruktur der UZH beansprucht oder ein Verwaltungsratsmandat übernommen wird. Eine Nebenbeschäftigung einer Professorin oder eines Professors ist bewilligungspflichtig, wenn

- die gesamten Nebenbeschäftigungen im Durchschnitt eines Jahres mehr als einen halben Tag je Kalenderwoche beanspruchen (die Universitätsleitung definiert den zeitlichen Umfang von bis zu sechs Stunden als halben Tag bzw. 12 Stunden als ganzen Tag) oder
- aus den Nebenbeschäftigungen und damit zusammenhängenden finanziellen Beteiligungen der Professorin oder dem Professor voraussichtlich Nettoeinnahmen von mehr als 50'000 Franken zufließen oder
- Infrastruktur der Universität beansprucht wird oder
- ein Verwaltungsratsmandat übernommen wird.



Abgabepflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Wer eine Nebenbeschäftigung ausübt, ist gegenüber der Universität abgabepflichtig. Nettoeinnahmen aus Nebenbeschäftigungen im Betrag bis zu 50'000 Franken sind von der Abgabepflicht befreit. Für die den Freibetrag übersteigenden Nettoeinnahmen gilt ein Abgabesatz von 10%. Diese Abgaben werden dem Lehrstuhl bzw. dem Institut der abgabepflichtigen Person gutgeschrieben. Bevor die UZH eine eigene Rechtspersönlichkeit erhielt, bestand eine Abgabepflicht nur bei Infrastrukturbenützung.

Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Werden für Nebentätigkeiten Personal oder Infrastruktur beansprucht, was nur in Ausnahmefällen und mit spezieller Bewilligung der Universitätsleitung gestattet ist, erhebt die Universitätsleitung Abgaben in Prozenten der Nettoeinnahmen, in der Regel zwischen 10% - 30%, je nach dem Umfang der Beanspruchung (Personalverordnung § 50; Weisungen der Universitätsleitung § 45). Mit dieser Abgabe sollen die effektiven Kosten gedeckt werden. Für privatärztliche Tätigkeiten gelten spezielle Regelungen.

10.2. Umfang der Nebentätigkeiten

An der UZH werden die jährlichen Deklarationen nur für interne Zwecke systematisch ausgewertet. Die Universitätsleitung präsentiert die zusammengefassten Resultate einmal im Jahr dem Universitätsrat. Die UZH publiziert keine Daten über die Nebenbeschäftigungen. Es darf im Sinne einer groben Schätzung davon ausgegangen werden, dass rund 30% aller Professorinnen und Professoren (von insgesamt rund 500 Professorinnen und Professoren) der UZH Nebenbeschäftigungen nachgehen. Zum überwiegenden Teil handle es sich dabei, gemäss Angaben der UZH, um Verwaltungsmandate. Schätzungsweise etwas weniger als 10% der Bewilligungen betreffen Nebentätigkeiten, für die mehr als 6 Stunden pro Woche aufgewendet werden.

10.3. Umsetzung der Vorschriften über Nebentätigkeiten

Kontrollsystem

Nach Aussage der zuständigen Personen der UZH werden die Vorschriften konsequent umgesetzt. Einmal jährlich werden die Professorinnen und Professoren über die Regelungen informiert. Die lückenlose jährliche Selbstdeklaration ist der zentrale Bestandteil der Umsetzung. Dabei wird auf die Selbstverantwortung der Professorinnen und Professoren gesetzt. Die Angaben der Deklaration werden in „angemessenem Rahmen“ plausibilisiert.

Die UZH untersteht der Finanzaufsicht der kantonalen Finanzkontrolle. Prüfungen vor Ort im Bereiche der Nebentätigkeiten wurden vor längerer Zeit (mehrere Jahre) durchgeführt. Seither wurden die Vorschriften angepasst. Auch das Finanzinspektorat der UZH, das als Interne Revision eingesetzt wird, hat bisher keine spezifischen Prüfungen in diesem Bereich durchgeführt. Dass weder die kantonale Finanzkontrolle noch das interne Finanzinspektorat in letzter Zeit diesen Bereich geprüft haben lässt den Schluss zu, dass die Nebentätigkeiten von den Kontrollinstanzen nicht als hohes Risiko eingestuft werden.

Inkasso der Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Grundsätzlich ist die UZH grosszügig; die Benutzung von Büroinfrastruktur wird bis zu einem gewissen Mass toleriert (Vorteil: Erreichbarkeit der Professorinnen und Professoren). Die Abrechnung



von Infrastrukturkosten bei Nebenbeschäftigungen ist kompliziert und aufwändig. Die Professorinnen und Professoren sind angehalten, solche Situationen zu vermeiden, beispielsweise indem sie bei Nebentätigkeiten ihre Assistenten über einen separaten Vertrag laufen lassen. Ist dies nicht möglich, werden Abgaben auf den Nettoeinnahmen erhoben, welche in der Regel zwischen 10% und 30% betragen.

Mögliche Sanktionen

Die UZH sieht keine Sanktionen vor bzw. es gab bisher keine solche Fälle. Die Universitätsleitung würde aber auf jeden Fall mindestens im Rahmen der jährlichen Kenntnisnahme des Deklarationsverfahrens über mögliche Verletzungen der Vorschriften befinden können. Bei Interessenskonflikten wurden auch schon in seltenen Fällen Nebentätigkeiten vom Rektorat nicht bewilligt. Genaue Angaben liegen der EFK nicht vor.

10.4. Chancen und Risiken von Nebentätigkeiten

Die UZH anerkennt die Bedeutung von universitätsnahen Nebenbeschäftigungen und von praxisbezogener Zusammenarbeit des Universitätspersonals mit Dritten. Sie unterstützt die Entwicklung und Verwertung von Erfindungen und setzt sich für den Schutz des geistigen Eigentums ein. Aus der Personalverordnung § 39 ff sollten die Vorteile und Risiken abgeleitet werden können.

Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten

- Beeinträchtigung der universitären Aufgabenerfüllung
- Unvereinbarkeit mit der Stellung an der UZH
- Konkurrenz zur UZH
- Beeinträchtigung der Interessen der UZH und ihrer Rechte als Arbeitgeberin; Interessenskonflikte sind sehr selten; Die Interessen der UZH gehen vor
- Beeinträchtigung der Interessen der Universitätsangehörigen

Positive Elemente der Nebentätigkeiten (Chancen)

- Beziehung zur Praxis ist zentral
- Permanente Weiterbildung
- In gewissen Bereichen (z.B. Juristen) ist die Möglichkeit von Nebentätigkeiten manchmal wichtig, wenn es um Berufungen geht.
- Nebentätigkeiten werden als Leistungsausweis angesehen.



11. Monographie Ecole polytechnique fédérale de Lausanne

Contexte en lien avec les activités accessoires

Se référant à la notion d'activité extérieure, l'EPFL a élaboré en 2003 des directives spécifiques en traitant cette question sous l'angle des conflits d'intérêt. Ces directives ont pour objectif de clarifier les interactions entre l'EPFL, les milieux industriels et le secteur économique, tout en tenant compte des nouvelles dispositions adoptées concernant le personnel et les professeurs des écoles polytechniques.

Ces directives ont été modifiées en 2005 faisant suite aux recommandations formulées par l'Audit interne du Conseil des EPF. Il s'agissait de mettre en œuvre les dispositions réglant les procédures d'annonce des activités extérieures par les professeurs, afin de répondre aux exigences fixées par l'Ordonnance sur le corps professoral des EPF.

Le Conseil des EPF a adopté une directive sur les activités extérieures des professeurs en 2007, mais celle-ci stipule que les directions des deux EPF règlent les modalités d'application, en particulier les procédures d'annonce et d'autorisation, l'utilisation des ressources ou encore la procédure à suivre en cas d'abus. De fait, les directives internes de l'EPFL restent valables et constituent même le document central sur la question des activités extérieures.

11.1. Bases des activités accessoires

Bases légales

- Ordonnance sur le corps professoral des EPF du 18 septembre 2003 (art. 6).
- Ordonnance du personnel des EPF du 15 mars 2001 (art. 56).
- Directive du Conseil des écoles polytechniques fédérales concernant les activités extérieures des professeurs du domaine des écoles polytechniques fédérales du 28 mars 2007.
- Directives concernant la gestion des conflits d'intérêts dans le cadre d'activités ou de fonctions publiques en dehors des rapports de travail du 17 octobre 2005.

Définition de la notion d'activité accessoire

Les directives de l'EPFL se réfèrent au premier alinéa de l'art. 6 de l'Ordonnance sur le corps professoral des EPF qui stipule que « les professeurs peuvent avoir en leur propre nom, pour leur propre compte et sous leur propre responsabilité des activités professionnelles en dehors de leurs rapports de travail avec l'EPFL, notamment en qualité d'experts, pour autant que cela ne soit pas au détriment des obligations découlant de leurs rapports de travail ».

Types d'activités accessoires

L'EPFL n'a pas défini une liste des activités extérieures. Cependant les directives de l'EPFL traitent des cas d'expertises, de consulting et de conseils scientifiques (art. 8), des activités d'administrateur ou de directeur de société (art. 10), de la création d'entreprise (art. 11) ainsi que des participations dans une entreprise (art. 12).

Champ d'application des directives

La directive du Conseil des EPF concerne les professeurs quel que soit leur taux d'activité. Les directives de l'EPFL concernent l'ensemble du personnel.

Activités accessoires pendant le temps de travail

Les professeurs engagés à plein temps disposent d'un jour par semaine au maximum pour les activités extérieures. Il s'agit de la pratique des 20%.



Devoir d'annonce des activités accessoires

Cette disposition a été introduite dans les directives de l'EPFL en 2005. Les activités extérieures doivent être annoncées une fois par an, pour l'année écoulée. Les informations concernant le mandant et le type d'activité doivent être indiquées. Un formulaire est prévu à cet effet. Les professeurs ont l'obligation de remplir ce formulaire et, le cas échéant, d'indiquer qu'ils n'ont pas eu d'activité extérieure durant l'année écoulée.

Pour les activités de conseils et d'expertise, il est nécessaire d'obtenir un engagement écrit de la part du mandant ou du co-contractant, reconnaissant que le mandat est exercé à titre privé, qu'il n'engage par conséquent pas l'EPFL, mais que d'éventuels droits de propriété intellectuelle reviennent à l'EPFL.

Autorisation préalable pour les activités accessoires

Il est nécessaire de demander une autorisation préalable pour exercer une activité d'administrateur ou assurer une fonction de directeur de société.

Rétrocession des revenus issus d'activités accessoires

Aucune disposition n'est prévue dans ce domaine.

Dédommagement pour l'utilisation de l'infrastructure

L'utilisation de ressources (laboratoire, personnel) dans le cadre d'une activité extérieure doit faire l'objet d'un contrat spécifique entre l'EPFL (services des relations industrielles) et le mandant ou le tiers.

En revanche, l'EPFL tolère l'utilisation gratuite de certaines ressources (art. 6 des directives) : téléphone, ordinateur personnel et secrétariat (jusqu'à un jour de travail par mois).

Les directives de l'EPFL contiennent différentes dispositions qui permettent de s'assurer qu'une activité extérieure ne soit pas associée à une activité exercée au nom de l'EPFL (art. 5) : ne pas utiliser du papier, des enveloppes ou des factures à en-tête de l'EPFL ; ne pas utiliser le logo de l'EPFL ; ne pas intégrer des pages web de l'EPFL dans d'autres sites internet ; ne pas ouvrir ni utiliser des comptes bancaires de l'EPFL.

11.2. Volume des activités accessoires

L'EPFL effectue un recensement des activités extérieures annuellement depuis 2006 (soit pour les activités effectuées en 2005). De fait, il existe trois recensements complets auxquels le CDF a eu accès. Les informations sont conservées sous forme papier. Par ailleurs, les informations personnelles, notamment les formulaires remplis, se retrouvent dans les dossiers individuels de chaque professeur.

Chaque recensement contient les informations suivantes :

- Un listing avec une synthèse des informations pour chaque professeur. Il s'agit d'un simple report des déclarations faites. Il n'y a pas d'information quantitative, ni d'analyse spécifique. Le listing permet cependant de comparer les activités extérieures déclarées par chaque professeur d'une année à l'autre. Les activités qui doivent faire l'objet d'une autorisation préalable sont répertoriées de manière à pouvoir retrouver qui a donné l'autorisation et à quel moment.



- Un bilan permettant de savoir si l'ensemble des professeurs ont répondu, avec, le cas échéant, les rappels.
- Les échanges de correspondance avec les professeurs.
- Les modèles de déclaration avec lettre d'accompagnement.
- L'ensemble des formulaires de déclaration remplis par les professeurs.

Les professeurs, y compris ceux engagés à temps partiel, ont l'obligation de renvoyer le formulaire de déclaration. S'ils n'ont pas effectué d'activité extérieure durant l'année écoulée, ils doivent également le renvoyer après l'avoir signé. De fait l'unité des affaires professorales, responsable de ce processus, a toujours reçu 100% des formulaires remplis. Le formulaire est simple : il est nécessaire d'indiquer le type d'activité ainsi que le nom et l'adresse du mandant.

Dans la pratique, il se révèle parfois difficile de distinguer précisément en quoi consiste une activité extérieure, effectuée à titre privé :

- Certains professeurs à temps partiel déclarent leur second temps partiel comme activité extérieure, d'autres pas.
- Certains professeurs déclarent des activités comme celles d'être membre de commission d'experts (par exemple au Fonds national de la recherche scientifique) ou membre de conseil scientifique ; à l'inverse d'autres professeurs ne considèrent pas ces activités comme des activités extérieures. Un professeur a par exemple déclaré qu'il était très actif à l'extérieur, mais a ajouté qu'il ne s'agissait pas d'activités extérieures.

Les professeurs ne doivent pas fournir d'informations sur le temps consacré aux activités extérieures déclarées ni sur les revenus provenant de ces activités. Cependant, certains le mentionnent spontanément.

Pour les activités extérieures exercées en 2007, sur un total de 255 professeurs, 79 n'ont déclaré aucune activité. La plupart de ces 79 n'avaient également pas déclaré d'activité extérieure pour 2006. En 2007, 30 professeurs sont au bénéfice d'une autorisation préalable pour un total de 47 activités déclarées (membre de conseils d'administration, associé-gérant, partenaire).

De manière générale, les professeurs ne déclarent pas plus de 5 activités par an.

L'EPFL a effectué une analyse succincte afin de déterminer le pourcentage d'activités extérieures par faculté en 2007 :

- 80 % des professeurs de CDM (management)
- 69 % des professeurs de l'ENAC (environnement construit et architecture)
- 55 % des professeurs de IC (informatique et communication)
- 40 % des professeurs de SB (sciences de base)
- 70 % des professeurs de STI (sciences et techniques de l'ingénieur)
- 67 % des professeurs de SV (sciences de la vie).

11.3. Mise en œuvre des directives

Système de contrôle

L'EPFL estime que les directives clarifient les relations entre l'employeur, les employés et les tiers. Elles ont avant tout un caractère préventif. Le système mis en place est basé sur la confiance. De fait, l'EPFL n'a pas développé de mécanisme de contrôle particulier.



L'EPFL s'assure cependant que ces procédures sont suivies, par exemple que tous les professeurs remplissent le formulaire d'annonce des activités extérieures. Celui-ci permet de repérer les cas où un professeur exercerait un mandat dans un conseil d'administration sans en avoir demandé l'autorisation.

L'Audit interne du Conseil des EPF effectue ponctuellement des audits dans lesquels ce thème est abordé.

Remboursement des frais d'utilisation de l'infrastructure

Selon les dispositions de l'EPFL, l'utilisation de l'infrastructure fait l'objet d'un contrat entre l'EPFL et le mandant ou le tiers. Le Service des relations industrielles gère ce processus. En principe, dans un tel cas, il s'agit donc d'une activité institutionnelle. Dès lors, seule la partie liée à des activités de conseil peut faire l'objet d'une activité extérieure effectuée à titre privé ; par conséquent, il n'y a pas recours aux ressources de l'EPFL nécessitant un remboursement.

Sanctions éventuelles

Les directives de l'EPFL ne prévoient pas de sanction, mais évoquent des mesures à adopter en cas de conflit, notamment la médiation. En cas de désaccord persistant, le dossier est transmis au secrétariat général et à la présidence.

11.4. Aspects positifs et risques en lien avec les activités accessoires

Risques

- L'utilisation abusive d'un laboratoire, par exemple pour une start up.
- L'utilisation abusive du nom et du logo de l'EPFL lorsqu'il s'agit d'une activité privée.

Ce sont des risques en terme d'image et de réputation de l'EPFL.

Éléments positifs

La pratique de l'EPFL en matière d'activités extérieures n'est pas un point décisif lors d'un recrutement, mais c'est une question spécifique qui peut apparaître. De manière générale, c'est un standard attendu et l'EPFL serait handicapée si elle n'offrait pas cette possibilité. C'est en outre un aspect important pour les gens qui viennent du secteur privé. Grâce aux activités extérieures, il est possible de générer un revenu annexe.

D'une manière générale, les activités extérieures constituent un enrichissement et offrent les avantages suivants :

- Renforcer les interactions avec l'industrie et tester de nouvelles idées.
- Lien avec la réalité.
- Créer des collaborations sur le long terme avec le secteur privé.
- Placer des stagiaires.
- Développer un réseau pour placer des étudiants en fin d'études.
- Création de places de travail dans des start up.
- Transfert de technologies : trouver des partenaires pour valoriser les résultats de recherches.
- Les liens servent à favoriser les donations et le sponsoring.



12. Monografie Eidg. Technische Hochschule Zürich

Kurzportrait

Die ETH Zürich (ETHZ) wurde 1855 als eidgenössische polytechnische Schule gegründet. Sie ist eine technisch-naturwissenschaftliche Universität und der Studien-, Forschungs- und Arbeitsplatz von über 18'000 Menschen aus 80 Nationen. Rund 350 Professuren in 16 Departementen³⁹ tragen Forschung und Lehre. Dies erfolgt vorwiegend im technischen, mathematischen und naturwissenschaftlichen Bereich. Die ETH Zürich hat den Auftrag, im internationalen Wettbewerb der Spitzenuniversitäten mithalten und neue zukunftsweisende Gebiete zu erschliessen.

Die Schulleitung ist das oberste Gremium der ETH Zürich. Sie ist für die Bereiche Lehre, Forschung und Dienstleistungen verantwortlich. Zentrale Organe sind die Infrastrukturbereiche⁴⁰ und die Stabsstellen⁴¹. Sie unterstützen die Schulleitung sowie die Departemente.

12.1. Grundlagen für die Nebentätigkeiten

Rechtsgrundlagen

Alle einschlägigen Vorschriften und Weisungen sind ziemlich neu. Wichtigste Rechtsgrundlage ist die Verordnung des ETH-Rates über die Professorinnen und Professoren der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Stand November 2005). Gestützt auf diese Verordnung hat der ETH-Rat die Weisungen betreffend Nebenbeschäftigung von Professorinnen und Professoren im ETH-Bereich, vom 28. März 2007, erlassen. Sie setzen einen generellen Rahmen für die Aktivitäten ausserhalb des Arbeitsverhältnisses (Nebenbeschäftigungen) von Professorinnen und Professoren im ETH-Bereich. Die Details sind durch die beiden ETH bzw. die Institutionen zu regeln. Aus diesem Grunde gibt es an den Schulen in Zürich und Lausanne unterschiedliche Regelungen.

Das zentrale Dokument für die ETHZ sind die Richtlinien der Schulleitung betreffend Nebenbeschäftigung von Professorinnen und Professoren der ETH Zürich, vom 1. März 2008. Ebenfalls wichtig für den Bereich Nebentätigkeiten sind die Weisungen betreffend Meldungen von Angehörigen der ETH Zürich zu rechtlich und ethisch unkorrektem Verhalten, vom 31. Januar 2007. Sie regeln das Verfahren, wenn ETH-Angehörige rechtlich und ethisch unkorrektes Verhalten melden, von dem sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit an der ETH Zürich Kenntnis erlangt haben.

Definition des Begriffs bzw. Typen von Nebentätigkeiten

Gemäss den Richtlinien der ETHZ (Art. 2) gelten als Nebenbeschäftigung:

- bezahlte und unbezahlte Beratungstätigkeiten;
- externe Lehrverpflichtungen und Referententätigkeiten;

³⁹ *Architektur und Bauwissenschaften (Architektur; Bau, Umwelt und Geomatik); Ingenieurwissenschaften (Biosysteme; Informatik, Informationstechnologie und Elektrotechnik; Maschinenbau und Verfahrenstechnik; Materialwissenschaft) Naturwissenschaften und Mathematik (Biologie; Chemie und Angewandte Biowissenschaften; Mathematik; Physik); Systemorientierte Naturwissenschaften (Agrar- und Lebensmittelwissenschaften; Erdwissenschaften; Umweltwissenschaften); Management- und Sozialwissenschaften (Management, Technologie und Ökonomie; Geistes-, Sozial und Staatswissenschaften).*

⁴⁰ *Infrastrukturbereiche: Corporate Communications, Rektorat, Lehr-Zentrum, ETH-Bibliothek, Informatik, Personal, Finanzen und Controlling, Immobilien: (Bau; Betrieb; Dienste, Portfolio Management; Sicherheit, Gesundheit und Umwelt).*

⁴¹ *Stabsstellen: Präsidialstab, Stab Rektor, Stab Forschung (inkl. ETH Transfer und Euresearch), Stab Planung und Logistik, Rechtsdienst.*



- Verwaltungsratsmandate;
- öffentliche Ämter;
- andere Dienstleistungen, die von Professorinnen und Professoren der ETH Zürich im eigenen Namen, auf eigene Rechnung und auf eigene Verantwortung, d.h. ausserhalb ihres Arbeitsverhältnisses mit der ETH Zürich erbracht werden.

Die Ausübung folgender eng mit den Aufgaben einer Professorin oder eines Professors verbundenen Tätigkeiten gilt nicht als Nebenbeschäftigung im Sinne dieser Richtlinien:

- die Mitwirkung in wissenschaftlichen und universitären Gremien;
- die Teilnahme an und die Organisation von wissenschaftlichen Tagungen;
- die Gutachtertätigkeit für universitäre oder universitätsnahe Aufgaben;
- die Mitwirkung an der Herausgabe von wissenschaftlichen oder anderen Fachzeitschriften;
- die Expertentätigkeit an Fachprüfungen;
- die Mitwirkung in Experten- oder Arbeitsgruppen sowie Kommissionen der kantonalen oder eidgenössischen Behörden⁴² und internationalen Gremien;
- die Koordinations-, Leitungs- und Lehrtätigkeit im Rahmen von Weiterbildungsangeboten der ETH Zürich und mit Beteiligung der ETH Zürich.

Geltungsbereich der Vorschriften

Die Weisungen des ETH-Rats und die Richtlinien der ETHZ gelten für ordentliche, ausserordentliche und Assistenzprofessorinnen und -professoren des ETH-Bereichs (einschliesslich Förderprofessuren, z.B. SNF), unabhängig von ihrem Anstellungsgrad. Sie gelten sowohl für berufliche Aktivitäten als auch für öffentliche Ämter.

Nebentätigkeiten zu Lasten der Arbeitszeit

Toleriert werden 20%, das heisst ein Arbeitstag pro Woche, bei voller Anstellung.

Deklarationspflicht für Nebentätigkeiten

Nebentätigkeiten, die nicht bewilligungspflichtig sind, müssen nicht deklariert werden.

Bewilligungspflicht für Nebentätigkeiten

Nach Artikel 7 der Richtlinien der Schulleitung sind Nebenbeschäftigungen vorgängig bewilligungspflichtig, wenn

- der Zeitaufwand bei voller Anstellung insgesamt einen Arbeitstag pro Woche übersteigt;
- es sich um die Übernahme eines Verwaltungsratsmandats oder einer Geschäftsleitungsfunktion in einem Unternehmen handelt;
- Infrastruktur der ETH Zürich oder Personal beansprucht wird oder
- ein bedeutendes Risiko der Gefährdung der Reputation oder der finanziellen Interessen der ETH Zürich vorhersehbar ist oder vorliegt.

Die Professorinnen und Professoren sind verpflichtet, ihre Nebentätigkeiten hinsichtlich der Einhaltung ihrer vertraglichen Verpflichtungen aus dem Arbeitsverhältnis sowie der möglichen Gefährdung der Reputationspflicht und/oder finanziellen Interessen der ETH Zürich zu bewerten. Bestehen Zweifel, ob eine Nebenbeschäftigung mit den Vorschriften dieser Richtlinien vereinbar ist, so ist diese vor deren Aufnahme gegenüber dem Präsidenten/der Präsidentin der ETH Zürich offen zu legen. In Fällen, in denen die Summe der Nebenbeschäftigungen einer Professorin oder eines

⁴² *ETH-Angestellte dürfen - im Gegensatz zu Professorinnen und Professoren der kantonalen Universitäten - nicht Eidgenossen (Nationalrat, Ständerat) angehören.*



Professors einen Tag je Kalenderwoche im Jahresmittel überschreiten, kann eine Reduktion des Beschäftigungsgrades festgelegt werden.

Ablieferungspflicht für Einnahmen aus Nebentätigkeiten

Eine Ablieferungspflicht besteht nur, wenn Personal und/oder Infrastruktur der ETHZ benutzt wird.

Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Die Beanspruchung von Infrastruktur oder Personal ist in Artikel 5 der Richtlinien der Schulleitung geregelt. Die Beanspruchung von Personal der ETH Zürich, namentlich von wissenschaftlichen Assistenten und technischen Mitarbeitenden, zur Ausübung von Nebenbeschäftigungen ist nur ausnahmsweise zulässig und bedarf einer speziellen Bewilligung des Präsidenten/der Präsidentin. Die Beanspruchung des Sekretariats in einem geringen Umfang bleibt davon ausgenommen.

Falls für die Ausübung von entgeltlichen Nebenbeschäftigungen Infrastruktur der ETH Zürich, namentlich Laboreinrichtungen, Apparate und Instrumente, beansprucht wird, werden der Professorin/dem Professor Abgaben in Prozent der jährlichen für die Nebentätigkeit erzielten Nettoeinnahmen belastet. Diese betragen in der Regel 5% bis 15% und richten sich nach dem Umfang der Beanspruchung. Die Abgabenregelung erfolgt mittels Verfügung des Präsidenten/der Präsidentin.

12.2. Umfang der Nebentätigkeiten

Nach der Einschätzung der befragten Personen üben praktisch alle ETH-Professorinnen und Professoren Nebentätigkeiten aus⁴³. Angaben zum Umfang der Nebentätigkeiten können keine gemacht werden, da diese nicht bzw. nur in bestimmten Fällen (VR-Mandate, Nebentätigkeiten im zeitlichen Umfang von mehr als 20%) gemeldet werden müssen. 33 von 369 Professorinnen und Professoren (9%) übten im Jahr 2007 vom Präsidenten bewilligte Verwaltungsratsmandate aus. Aus dem Revisionsbericht FISP ETH-Rat (neu: Internes Audit) vom Februar 2005 geht hervor, dass aus der Professorenschaft in den letzten 10 Jahren kein Gesuch an den Präsidenten für die Bewilligung einer Nebentätigkeit mit über 20%-Pensum gestellt wurde. Die Schulleitung verzichtet bewusst auf Angaben zur finanziellen Seite der Nebentätigkeiten.

12.3. Umsetzung der Vorschriften über die Nebentätigkeiten

Kontrollsystem

Seit es die neuen Weisungen gibt wurden noch keine Kontrollen vorgenommen. Die ETHZ geht davon aus, dass sich die Professoren in Eigenverantwortung korrekt verhalten. Sie spricht von einem sich selbst regulierenden System, da sich die Professorinnen und Professoren gegenseitig beobachten und eventuelle Regelverstösse ihrer Kollegen melden. Die ETHZ verfügt über eine „Whistleblower“-Stelle, die von einer Ombudsperson wahrgenommen wird. Trotz der Einschätzung, dass krasse Regelverstösse kaum vorkommen, erachtet die ETHZ die Regelungen als notwendiges Instrument, um bei „Ausnahmefällen“ über eine entsprechende Handhabe zu verfügen. Das Finanzinspektorat ETH-Rat hat im Jahr 2005 den Bereich Nebentätigkeiten geprüft. Die Prüfungs-

⁴³ In seiner Stellungnahme hat der ETH-Rat diese Zahlen als unrealistisch bezeichnet und spricht von 20% der Professorenschaft. Da die EFK keinen Zugang zu den Daten hatte, kann sie das nicht bestätigen, aber die 20% erscheinen im Vergleich zur ETH Lausanne sehr tief und auch nicht realistisch.



ergebnisse sind mit ein Grund, weshalb die einschlägigen Vorschriften im ETH-Bereich überarbeitet wurden.

Inkasso der Abgeltung für Infrastrukturnutzung

Wenn für eine Tätigkeit Personal oder Infrastruktur der ETHZ benötigt werden, wird diese Tätigkeit im Normalfall als Drittmitteldienstleistungen über die ETHZ laufen. Nebentätigkeiten mit hoher Personal- oder Infrastrukturbeanspruchung sind deshalb selten.

Mögliche Sanktionen

Es gibt grundsätzlich die Möglichkeit von Sanktionen bei der Verletzung arbeitsrechtlicher Pflichten (Personalverordnung ETH-Bereich Art. 58 -58b). So weit will man es aber nicht kommen lassen. In der Regel gibt es eine Reduktion des Pensums, wenn die Nebentätigkeiten ein grosses Ausmass annehmen⁴⁴.

12.4. Chancen und Risiken von Nebentätigkeiten

Risiken im Zusammenhang mit den Nebentätigkeiten

Die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner beurteilen mehrheitlich die möglichen Risiken der Nebentätigkeiten als klein. Speziell genannt werden:

- **Transparenz bei „Spin-Offs“.**
Bei „Spin-Offs“ wird auf Transparenz geachtet. Alles wird angeschaut, bevor einem „Spin-Off“ ein Label gegeben wird. Wenn möglich wird eine physische Trennung zwischen ETHZ und dem Forschungslabor vollzogen, das heisst, die „start ups“ werden bewusst ausserhalb des Campus untergebracht. Es gibt nur wenige Ausnahmefälle, die jedoch mit klaren Abgeltungsregeln geregelt werden.
- **Ungenügende Erfüllung der universitären Aufgaben.**
Wenn zu viel Zeit für Nebentätigkeiten aufgewendet wird, dann wird entweder keine Bewilligung erteilt oder der Beschäftigungsgrad der betroffenen Person gesenkt.
- **Kein Zusammenhang mit dem Unterrichts- und Forschungsgebiet.**
Es könnte trotzdem interessant sein für die Mitarbeitenden.
- **Unvereinbarkeit mit der Stellung an der ETHZ.**
- **Beeinträchtigung der Interessen der Universitätsangehörigen.**
Speziell dafür wurden die Weisungen betreffend Meldungen von Angehörigen der ETH Zürich zu rechtlich und ethisch unkorrektem Verhalten erlassen 31. Januar 2007)
- **Interessenskonflikte sind grundsätzlich möglich, das Risiko wird als klein eingeschätzt. Es gab auch keinen Fall mehr seit der Untersuchung der „Affäre Prof. F“.**

Positive Elemente der Nebentätigkeiten (Chancen)

Die Chancen, die sich aus den Nebentätigkeiten ergeben, sind sehr viel grösser als die möglichen Risiken. Risiken können sich in bestimmten Fällen sogar in eine Chance verwandeln. Speziell genannt werden folgende positiven Elemente:

- **Wissenstransfer von und in die Hochschulen.**
- **Kompetitiver Vorteil bei Berufungen von Professorinnen und Professoren.**
- **Möglichkeit, Drittmittel zu generieren.**

⁴⁴ *Verordnung des ETH-Rates über das Personal im Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen (Personalverordnung ETH-Bereich, PVO-ETH), Stand am 14. Mai 2008).*



- Netzwerk für Sponsoring.
- Bereicherung von Unterricht und Forschung.
- Verstärkte Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft.
- Höheres Ansehen der Professorinnen und Professoren und der Universität





Anhang 1: Abkürzungen

| | |
|-------|--|
| AUI | Andere Universitäre Institutionen |
| BFS | Bundesamt für Statistik |
| CRUS | Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten |
| EDI | Eidgenössisches Departement des Innern |
| EFD | Eidgenössisches Finanzdepartement |
| EFK | Eidgenössische Finanzkontrolle |
| EMPA | Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt |
| EPFL | Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne |
| ETHZ | Eidgenössische Technische Hochschule Zürich |
| EU | Europäische Union |
| FS-CH | Universitäre Fernstudien Schweiz |
| HSG | Hochschule St. Gallen |
| IKS | Internes Kontroll System |
| KLR | Kosten-Leistungs-Rechnung |
| KTI | Kommission für Technologie und Innovation |
| PWC | PricewaterhouseCooper |
| SBF | Staatssekretariat für Bildung und Forschung |
| SNF | Schweizerischer Nationalfonds |
| SUK | Schweizerische Universitätskonferenz |
| u.a. | Unter anderem |
| UNIBE | Universität Bern |
| UNIBS | Universität Basel-Stadt |
| UNIFR | Universität Freiburg |
| UNIGE | Université de Genève |
| UNIL | Université de Lausanne |
| UNILU | Universität Luzern |
| UNINE | Université de Neuchâtel |
| UNISG | Universität St. Gallen |
| UZH | Universität Zürich |
| USI | Università della Svizzera italiana |
| VZA | Vollzeit-Aequivalente |
| WSL | Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft |
| z.B. | Zum Beispiel |



Anhang 2: Rechtliche Grundlagen

| | |
|---|--|
| Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft; SR 101), vom 18. April 1999 (Stand am 8. August 2006) | |
| Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz, FKG) (SR 614.0) vom 28. Juni 1967 (Stand am 12. Juli 2005). | |
| Bundesgesetz über die Förderung der Universitäten und über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (Universitätsförderungsgesetz, UFG) (SR 414.20) vom 8. Oktober 1999 | |
| Verordnung zum Universitätsförderungsgesetz (UFV) (SR 414.201) vom 13. März 2000 (Stand am 5. Juli 2005) | |
| Vereinbarung zwischen dem Bund und den Universitätskantonen über die Zusammenarbeit im universitären Hochschulbereich, vom 14. Dezember 2000 | |
| UNIBS | <ul style="list-style-type: none"> • Ordnung über Nebentätigkeiten, Vereinbarungen mit Dritten und die Verwertung von geistigem Eigentum, vom 18.8.2004 • Wegleitung zur „Ordnung über Nebentätigkeiten, Version 2.2 vom 3.8.2005 • Wegleitung für Selbstdeklaration von „Nebentätigkeiten“, vom 1.3.2006 |
| UNIBE | <ul style="list-style-type: none"> • Gesetz vom 5. September 1996 über die Universität Bern • Verordnung vom 27. Mai 1996 über die Universität Bern |
| UNIFR | <ul style="list-style-type: none"> • Richtlinien des Rektorats vom 30. September 2002 betreffend die Anwesenheit von Professorinnen und Professoren • Richtlinien des Rektorats vom 30. September 2002 betreffend Nebenbeschäftigungen von Professorinnen und Professoren |
| UNIGE | <ul style="list-style-type: none"> • Loi sur l'université (1973) • Règlement d'application de la Loi sur l'Université du 10 mars 1986 |
| UNIL | <ul style="list-style-type: none"> • Loi sur le personnel (2001) • Directive interne (2006) |
| UNILU | <ul style="list-style-type: none"> • Personalverordnung der Universität Luzern vom 25.10.2005 • Rahmenreglement für die Institute mit Änderung vom 20.09.2006 (noch nicht in Kraft). |
| UNINE | <ul style="list-style-type: none"> • Loi sur l'université (2002) (pas de règlement d'application) |
| UNISG | <ul style="list-style-type: none"> • Richtlinien vom 27. Februar 2006 für Nebenaktivitäten und den Nebenerwerb von Dozierenden an der HSG • Richtlinien für die Nutzung von Instituts-Ressourcen bei privat anrechenbaren Tätigkeiten |
| UZH | <ul style="list-style-type: none"> • Personalverordnung vom Januar 2008 (revidiert) • Reglement der Universitätsleitung zur Erteilung von Bewilligungen für die Ausübung von Nebenbeschäftigungen, die allfällige Erhebung von Abgaben sowie zur jährlichen Deklaration der Nebenbeschäftigungen. Das Reglement wurde (rückwirkend) per 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt. |
| USI | <ul style="list-style-type: none"> • Règlement sur le corps académique • Règlement sur le personnel de l'université (2000) |
| ETH-RAT | <ul style="list-style-type: none"> • Professorenverordnung ETH, Stand 1. November 2005 • Weisungen des ETH-Rates betreffend Nebenbeschäftigung von Professorinnen und Professoren im ETH-Bereich, vom 28. März 2007 |
| EPFL | <ul style="list-style-type: none"> • Directives sur les conflits d'intérêts (2003) |
| ETHZ | <ul style="list-style-type: none"> • Richtlinien der Schulleitung betreffend Nebenbeschäftigung von Professorinnen und Professoren der ETHZ vom 1. März 2008 • Weisungen betreffend Meldungen von Angehörigen der ETHZ zu rechtlich und ethisch unkorrektem Verhalten, vom 31. Januar 2007 |

Nicht in der Tabelle erwähnt und auch nicht in die Analyse einbezogen ist die privatärztliche Tätigkeit der an den Universitätsspitalern tätigen ordentlichen Professorinnen und Professoren. Diese richtet sich in den Kantonen (Basel, Bern, Genf, Waadt, Zürich) nach den jeweiligen Bestimmungen der Spitalgesetzgebung.



Anhang 3: Literatur

Béguin Thierry: Enquête générale sur l'Université de Genève, Rapport final, 15. Januar 2007

BFS 2009: Finanzen der universitären Hochschulen der Schweiz 2007

BFS 2008: Personal der universitären Hochschulen der Schweiz 2007

Caluori Reto: Heikle Materie klar geregelt; in intern, Zeitung für die MitarbeiterInnen der Universität Basel, November 2004; Zitat von Vizerektor Prof. Dr. Gian-Reto Plattner

Forstmoser Peter: Untersuchung zu den nebenamtlichen Tätigkeiten von Prof. Dr. Karl Frey, Professor für Verhaltenswissenschaften und Didaktik an der ETHZ; Zürich 20. Juni 2005 (nicht veröffentlicht)

Geis Max-Emanuel: Die Nebentätigkeit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, Erweiterter Sonderdruck der Kommentierung des § 52 HRG aus: Hailbronner/Geis (Hg.) Kommentar zum Hochschulrahmengesetz, C.F. Müller Verlag; R. v. Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg 2004

Geschäftsprüfungskommission: Die Nebenbeschäftigungen von Beamten und die beruflichen Aktivitäten ehemaliger Beamter unter dem besonderen Blickwinkel der Interessenkonflikte; Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates, vom 12. März 1999

Geschäftsprüfungskommission: Umfang, Wettbewerbsorientierung und Steuerung des Expertenbezugs in der Bundesverwaltung; Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Ständerates, 13. Oktober 2006

Grolimund Christoph: Hochschulpolitik ist Personalpolitik: Lehre und Forschung im Kontext der Eidgenössischen Technischen Hochschulen; VSH-Bulletin Nr. 2/3, August 2005, S. 28 ff.

Heumer Wolfgang: Professoren, Profis im Abkassieren; in impulse online; Deutschland 15.7.2005.

Kamenz Uwe: Professoren sind schlechter als ihr Ruf; in Welt online vom 4. März 2007

Koller Arnold, Bundesrat: Die Universität im Kräftefeld von Politik und Wirtschaft; Festrede am Dies Academicus zum 100jährigen Jubiläum der Universität St. Gallen

Meier Johannes, **Zanchi** Marco im Tages Anzeiger vom 16.8.2004

PriceWaterhouseCoopers (PWC): «Rapport analyse et investigation des frais de déplacement et de réception, 25 août 2006»

Probala Rolf: Klarere Regelung für Nebenbeschäftigungen, in ETHLife, Die Monatszeitung der ETH Zürich • 16. September 2005

Rieder Stefan, **Schwab** Brigitte, **Hunkeler** Yvonne, **Maugué** Marc, SUK: Evaluation der Einführung des Kostenrechnungsmodells (KRM) an den Schweizer Hochschulen, Schlussbericht; Interface 4. November 2005

Universität Basel, 25.09.2006: ReBe: Beschluss des Rektorates Nr. 06.09.208 vom 12.09.06: Ordnung über VereiNebentätigkeitenarungen mit Dritten und über die Verwertung von geistigem Eigentum im Rahmen der universitären Tätigkeit

Universität Bern, Strategie 2012, vom Senat beschlossen am 31. Oktober 2006

Université de Genève: Prise de position de l'Université de Genève (UNIGE) concernant l'audit PricewaterhouseCooper (PWC) du 25 août 2006



Anhang 4: Gesprächspartner/-innen

(Konzeptphase)

- **Baltensperger** Kurt Dr., Stab ETH-Rat, Chef Wissenschaft ETH-Rat
- **Bretscher** Hugo, ETH Zürich, Delegierter der Schulleitung
- **Dubois** Daniel, Kantonale Finanzkontrolle Basel-Stadt, Leiter der Finanzkontrolle
- **Ernst** Brigitte, Kantonale Finanzkontrolle Basel-Stadt, Revisionsexpertin
- **Ischi** Nivardo Dr., Schweizerische Universitätskonferenz, Generalsekretär
- **Kemmler** Walter Dr., Stab ETH-Rat, Leiter Finanzen ETH-Rat
- **Knaus** Markus Walter Dr., ETH Zürich, Leiter Abteilung Controlling
- **Müller** Urs Dr., Stab ETH-Rat, Leiter Recht ETH-Rat
- **Rehmann** Irene, Staatssekretariat für Bildung und Forschung, Wissenschaftliche Beraterin
- **Sommer** Martin, Stab ETH-Rat, Leiter Personal ETH-Rat
- **Stauffacher** Mathias Dr., Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Generalsekretär
- **Studinger** Silvia, Staatssekretariat für Bildung und Forschung, Ressortleiterin
- **Zehnder** Alexander J.B. Prof. Dr., Stab ETH-Rat, ehem. Präsident ETH-Rat

(Durchführung)

Universität Basel

- **Meister** Hanspeter Dr., Verwaltungsdirektor der Universität Basel
- **Pfister** Ulrich, Personalabteilung Universität Basel
- **Dalle Carbonare** Bruno Dr., Leiter WTT-Stelle der Universität Basel

Universität Bern

- **Pappa** Christoph, Generalsekretär und Leiter Rechtsdienst der Universität Bern
- **Odermatt** Daniel Dr., Verwaltungsdirektor der Universität Bern
- **Steiger** Franziska, wiss. Mitarbeiterin Rechtsdienst der Universität Bern

Universität Fribourg

- **Schönmann** Daniel, Generalsekretär der Universität Freiburg

Université de Genève

- **Hausmann** Natacha, adjointe au rectorat, responsable du secteur juridique UniGE
- **Tissot** Pascal, directeur financier, division comptabilité et gestion financière UniGE

Université de Lausanne

- **Dépraz** Jean-Paul, vice-recteur, responsable ressources humaines et infrastructures UniL
- **de Trey** Christian, adjoint au Service des ressources humaines et responsable de l'administration, de l'informatique et du budget UniL
- **Wyss** Pierre, responsable financier UniL



Universität Luzern

- **Stichweh** Rudolf Prof. Dr., Rektor der Universität Luzern

Université de Neuchâtel

- **Cléménçon** Jean-Jacques, Secrétaire général de l'Université de Neuchâtel

Universität St. Gallen

- **Fäh** Oberholzer Barbara, lic. iur. RA, Generalsekretärin der Universität St. Gallen

Università della Svizzera italiana

- **Kohler** Eliana, juriste de l'USI
- **Zraggen** Albino, Secrétaire général de l'USI

Universität Zürich

- **Kehl** Jörg, Abteilungsleiter, Abteilung Professuren, Leitung der Abteilung Berufungsverhandlungen: Koordination und Begleitung Nebentätigkeiten Uni ZH
- **Würsten** Christina Dr., Rechtsdienst Uni ZH

ETH-Rat

- **Antonoli** Jean-Fred, stv. Leiter Internes Audit ETH-Rat

EPF Lausanne

- **Killias** Susan, General Council EPFL
- **Bugnion** René, délégué logistique EPFL, Vice-Présidence Planification et Logistique (VPPL)
- **Chambaz** Marc, responsable du contrôle de gestion EPFL
- **Clerc** Gabriel, chef de service EPFL, Service des relations industrielles (SRI)
- **Sadeghi** Hassan Roger Dr., Responsable des affaires professorales, Affaires académiques, Vice-Présidence pour les Affaires Académiques (VPPA)
- **Sunderland** Paul Dr., Responsable Finances et Controlling EPFL, Vice-Présidence Planification et Logistique (VPPL)

ETH Zürich

- **Poiger** Katharina, Berufungsstab ETHZ
- **Bonaccio** Silvio Dr., ETH transfer
- **Knaus** Markus Dr., Abteilung Controlling ETHZ
- **Schiesser** Brigitte, Rechtsanwältin, Sekretariat d. Schulleitung / Rechtsdienst ETHZ
- **Hauschild** Martina, Leiterin Dozentendienst ETHZ



Anhang 5: Stellungnahmen

Stellungnahme der Rektorenkonferenz

| Empfehlungsnummer | Empfehlungstext | Stellungnahme des Amtes |
|-------------------|--|--|
| 1 | <p>Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten und dem Staatssekretariat für Bildung und Forschung, Massnahmen zu initiieren, dass die Universitäten und Hochschulen Anreize schaffen, damit die Professorinnen und Professoren vorwiegend vermehrt Drittmittelaufträge anstelle von privaten Nebentätigkeiten aquirieren.</p> | <p>Die Universitäten halten es für wichtiger, mit günstigen Rahmenbedingungen und Spielraum für kreative Projekte die Bewerbung um Drittmittel zu erleichtern und attraktiv zu machen. Ob und in welchen Gebieten zusätzlich Anreize (und in welcher Art) erforderlich oder sinnvoll sind, können jeweils am besten die universitätsinternen Verantwortlichen beurteilen.</p> <p>Nebentätigkeiten können durchaus im Interesse der Universitäten sein, z.B. wenn von vermehrter Präsenz ihrer Lehrenden und Forschenden in anderen wissenschaftlichen Institutionen ein zumindest mittelbarer Know-how-Gewinn für den ganzen Bereich zu erwarten oder eine persönliche (ggf. vertrauliche) Beurteilung gefragt ist. Die Förderung von Spin-offs gehört ebensowenig wie die Mitwirkung in Unternehmen zum Kernauftrag der Universität; es kann aber im gesamtschweizerischen Interesse liegen, dass Universitätsmitglieder z.B. als Verwaltungsrat ihre Erfahrung einbringen.</p> <p>Ein auf privater Basis erbrachtes wissenschaftliches Engagement darf insbesondere auch zeitlich nicht zu Lasten der Aufgaben in Lehre und Forschung gehen.</p> |



| Empfehlungsnummer | Empfehlungstext | Stellungnahme des Amtes |
|-------------------|--|--|
| 2 | Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass Nebentätigkeiten, für die Universitätspersonal eingesetzt und/oder Infrastruktur benutzt wird, vorwiegend als Drittmittelaufträge behandelt werden. | Klare, universitätsspezifisch formulierte Richtlinien stellen an allen Standorten sicher, dass die Universität für in Anspruch genommene Ressourcen in vollem Umfang kompensiert wird. Kompensationsregelungen sind sicher zweckdienlicher als ein Verbot, universitäre Ressourcen mit zu nutzen. Sofern nicht ganz persönliche Kompetenzen gefragt sind oder z.B. Forschende als Gutachter beansprucht werden, empfiehlt sich immer das Drittmittelmodell. |
| 3 | Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass die Universitäten und Hochschulen von den betroffenen Mitarbeitenden jährlich eine schriftliche Selbstdeklaration für alle Nebentätigkeiten verlangen. Wer in dieser Periode keine Nebentätigkeiten ausgeübt hat, muss dies ebenfalls unterschriftlich bestätigen. | Erfahrungsgemäss rechtfertigen die Veränderungen von Jahr zu Jahr nicht den Aufwand für eine jährliche Umfrage bei allen entsprechenden Mitarbeiterkategorien. Eine Vollerehebung alle drei Jahre dürfte ausreichen. |
| 4 | Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, für alle Universitäten und Hochschulen einheitliche Kategorien von Nebentätigkeiten auszuarbeiten. | Diesen Vorschlag wird die CRUS aufnehmen, d.h. für eine klare Unterscheidung der denkbaren Formen von Drittmitteltätigkeit und deren Bezeichnung Empfehlungen erarbeiten. |

| Empfehlungsnummer | Empfehlungstext | Stellungnahme des Amtes |
|-------------------|---|---|
| 5 | Die EFK empfiehlt der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten, Massnahmen zu initiieren, dass die Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren an den Universitäten und Hochschulen sowohl für interne als auch für externe Instanzen kontrollierbar sind. | In den Universitäten wird grundsätzlich wenig kontrolliert, sondern auf Informations- und Vertrauensbasis gearbeitet. Mit geeigneten Richtlinien, einer klar definierten Offenlegungspflicht, dem Recht, stichprobenmässig nachzufragen, und konsequenter Abklärung bei begründetem Verdacht kann die verantwortliche Stelle (in der Regel das Rektorat) in ausreichendem Masse gewährleisten, dass auch fahrlässiges Fehlverhalten vermieden wird. |
| 6 | Die EFK empfiehlt dem ETH-Rat, die Umsetzung der Nebentätigkeitsregelungen der beiden Hochschulen Lausanne und Zürich zu vereinheitlichen. | Dies zu kommentieren, fällt nicht in die Kompetenz der CRUS. |

Datum und Visum des Direktors/der Direktorin

Dr. Mathias Stauffacher
Generalsekretär CRUS



Stellungnahme des Staatssekretariats für Bildung und Forschung, vom 24. März 2009



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF
Universitäten

Sehr geehrter Herr Vuillemin

Für die Möglichkeit zu der unser Amt betreffenden Empfehlung des obgenannten Berichts Stellung zu nehmen, danken wir Ihnen bestens.

Die EFK empfiehlt in ihrem Bericht, „Massnahmen zu initiieren, dass die Universitäten und Hochschulen Anreize schaffen, damit die Professorinnen und Professoren vorwiegend vermehrt Drittmittelaufträge anstelle von privaten Nebentätigkeiten akquirieren“. Wir nehmen dazu wie folgt Stellung:

Die Grundbeiträge des Bundes an die einzelnen kantonalen Universitäten werden aufgrund von Leistungskriterien bemessen. Ein Kriterium bezieht sich auf die Drittmittel: 5 % der Grundbeiträge (im Zahlungsjahr 2008 waren dies gesamthaft rund 25 Millionen Franken) werden den Universitäten gemäss ihrem Anteil an akquirierten Drittmitteln ausbezahlt. Damit wird unseres Erachtens bei den Universitäten im Sinne ihrer Empfehlung ein hoher Anreiz geschaffen, mehr über die Universität verrechnete Drittmittel zu akquirieren. Es liegt darüber hinaus jedoch nicht in unserer Kompetenz, den Universitäten Vorschriften über die Umsetzung dieses Anreizes und somit über das Verhältnis von Drittmittelakquirierung und privaten Nebentätigkeiten der Professorinnen und Professoren zu machen. Wir sind vielmehr der Ansicht, dass die Universitäten innerhalb eines vom jeweiligen Trägerkanton festgelegten Rahmens ihre Regelungen zu den Nebentätigkeiten selber ausgestalten sollen. Nur so wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Ermöglichung von Nebentätigkeiten einer der Standortvorteile darstellt im internationalen Wettbewerb um die besten Professorinnen und Professoren.

Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF
Silvia Studinger
Hallwylstrasse 4, CH-3003 Bern
Tel. +41 31 323 26 80, Fax +41 31 322 78 54
Silvia.Studinger@sbf.admin.ch
www.sbf.admin.ch

Mit freundlichen Grüssen

Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF

Mauro Dell'Ambrogio
Staatssekretär



Stellungnahme des ETH-Rats, vom 26. März 2009



Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
ETH-Rat

Präsident

Conseil des écoles polytechniques fédérales
CEPF

Président

Consiglio dei politecnici federali
CPF

Presidente

Cussegl da las scolas politecnicas federalas
CSPF

President

Board of the Swiss Federal Institutes of Technology
ETH Board

President

Eidg. Finanzkontrolle
Herr Armin Vuillemin
Monbijoustrasse 45
3003 Bern

Zürich, 26. März 2009

Stellungnahme des ETH-Rates zur Ämterkonsultation betreffend den Evaluationsbericht der Eidg. Finanzkontrolle (EFK): ‚Nebentätigkeiten der Universitätsprofessoren; Evaluation der Regelungen und der Praxis‘

Schr geehrter Herr Vuillemin

Ich danke Ihnen für die Gewährung der Möglichkeit, zum Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle über die Nebentätigkeiten der Universitätsprofessoren Stellung zu nehmen. Der ETH-Rat hat in seiner Sitzung vom 11./12. März 2009 vom Bericht der EFK Kenntnis genommen und die nachfolgende Stellungnahme zur Empfehlung der EFK beschlossen.

Grundsätzlich ist der ETH-Rat mit der EFK einig, dass die Handhabung der Nebentätigkeiten bzw. die Anwendung der bestehenden Regelungen einer sorgfältigen Überprüfung durch geeignete Instrumente bedarf und in ein internes Kontrollsystem (IKS) zu integrieren ist.

Der ETH-Rat beschränkt seine Stellungnahme einstweilen auf die direkt an ihn gerichtete Empfehlung 6, die Umsetzung der Nebentätigkeitsregelungen der beiden Hochschulen Lausanne und Zürich zu vereinheitlichen. Er will damit der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten nicht vorgeifen, welche durch die Empfehlungen 1 bis 5 angesprochen wird. Der ETH-Rat hält dennoch bereits jetzt fest, dass Nebenbeschäftigungen wichtige Instrumente darstellen, um die Kooperation des ETH-Bereichs mit der Privatwirtschaft im Sinne von Ziel 3 des Leistungsauftrages des Bundesrates an den ETH-Bereich für die Jahre 2008-2011 zu fördern. Dieser Grundsatz ist auch in Art. 1 der Weisungen des ETH-Rates betreffend Nebenbeschäftigung von Professorinnen und Professoren im ETH-Bereich vom 28. März 2007 festgehalten. Interaktionen zwischen Professorinnen und Professoren des ETH-Bereichs und der Wirtschaft, öffentlichen Institutionen und der Gesellschaft allgemein werden als Bereicherung von Lehre und Forschung betrachtet und deshalb von den Institutionen auch gefördert. Der ETH-Rat bekräftigt die grosse Bedeutung dieses Kooperationsinstruments, das im übrigen einem internationalen Standard entspricht. Die potentiell negativen Auswirkungen der Empfehlungen 1 und 2 auf dieses Kooperationsinstrument und auf die Wettbewerbsfähigkeit der ETH bei Rekrutierungen im internationalen Kontext wären sorgfältig zu prüfen.



Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
ETH-Rat

Conseil des écoles polytechniques fédérales
CEPF

Consiglio dei politecnici federali
CPF

Cussegl da las scolas politecnicas federalas
CSPF

Board of the Swiss Federal Institutes of Technology
ETH-Board

2

Der ETH-Rat ist daran interessiert, dass betreffend Nebenbeschäftigungen der Professorinnen und Professoren im ETH-Bereich grösstmögliche Transparenz herrscht. Er hat mit seinen Weisungen betreffend Nebenbeschäftigung von Professorinnen und Professoren im ETH-Bereich vom 28. März 2007 einen Weg beschritten, der die Autonomie der beiden Hochschulen hoch gewichtet, indem den Hochschulen die Regelung von Einzelheiten übertragen wird. Dies allerdings mit der Verpflichtung, die Einzelheiten in gegenseitiger Absprache zu regeln. Diese Weisungen sind per 1. August 2007 in Kraft getreten. Wie die EFK hat feststellen können, sind an den beiden ETH ausführende Weisungen in Anwendung (EPFL: Directives de la direction de l'EPFL du 17 octobre 2005 concernant la gestion des conflits d'intérêts dans le cadre d'activités ou de fonctions publiques exercées en dehors des rapports de travail; ETH Zürich: Richtlinien der Schulleitung vom 12. Februar 2008 betreffend Nebenbeschäftigung von Professorinnen und Professoren der ETH Zürich) und entsprechende Instrumente zur internen Kontrolle vorhanden. Wie bei jeder neuen Regelung dauert es auch bei den Weisungen über die Nebenbeschäftigung eine gewisse Zeit, die Prozesse und Instrumente zu optimieren.

Für den ETH-Rat kommt deshalb die Empfehlung der EFK nach Vereinheitlichung der Umsetzung der Nebentätigkeitsregelungen im heutigen Zeitpunkt zu früh. Der ETH-Rat verfügt mit seinen jährlichen DIALOG-Gesprächen über ein bewährtes Gefäss, in welchem den Nebentätigkeiten der Professoren die ihnen gebührende Beachtung geschenkt werden kann. Sollte es sich dereinst aber doch erweisen, dass die Konzeption der Weisungen nicht sinnvoll ist, dann wird sich der ETH-Rat nicht verschliessen, eine geeignetere Lösung zu finden.

Schliesslich sei darauf hingewiesen, dass im Bericht die Darstellung des Anteils an Professoren mit Nebenbeschäftigungen bei der ETH Zürich nicht korrekt ist (Seite 24 unten). Der Passus "Schätzung ETHZ: 100% der Professor/innen üben (grundsätzlich) Nebentätigkeiten aus;" ist zu korrigieren: Gemäss Schätzungen der ETH Zürich liegt der Anteil bei etwa 20%.

Freundliche Grüsse

Fritz Schiesser